

4.2013

# Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

## Land unter? Herausforderung Hochwasser meistern

Weitere Themen:  
Naturschutz im großen Stil  
Schulessen – regional, gesund und gut  
Revolvierende Regionalfonds

**dvs**   
Deutsche Vernetzungsstelle  
Ländliche Räume

 Bundesministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz



# Inhalt

## Land unter? Herausforderung Hochwasser meistern

Die Hochwasserereignisse im Juni 2013 haben gezeigt: Sogenannte Jahrhunderthochwasser treten nicht alle hundert Jahre auf, sondern immer häufiger. Gleichzeitig machen sie die Schwächen von Hochwasserschutz und -vorsorge noch einmal deutlicher. Zu diesem Fokusthema fragen wir, wo es hakt, und zeigen mit guten Beispielen aus der Praxis, dass es auch anders geht.

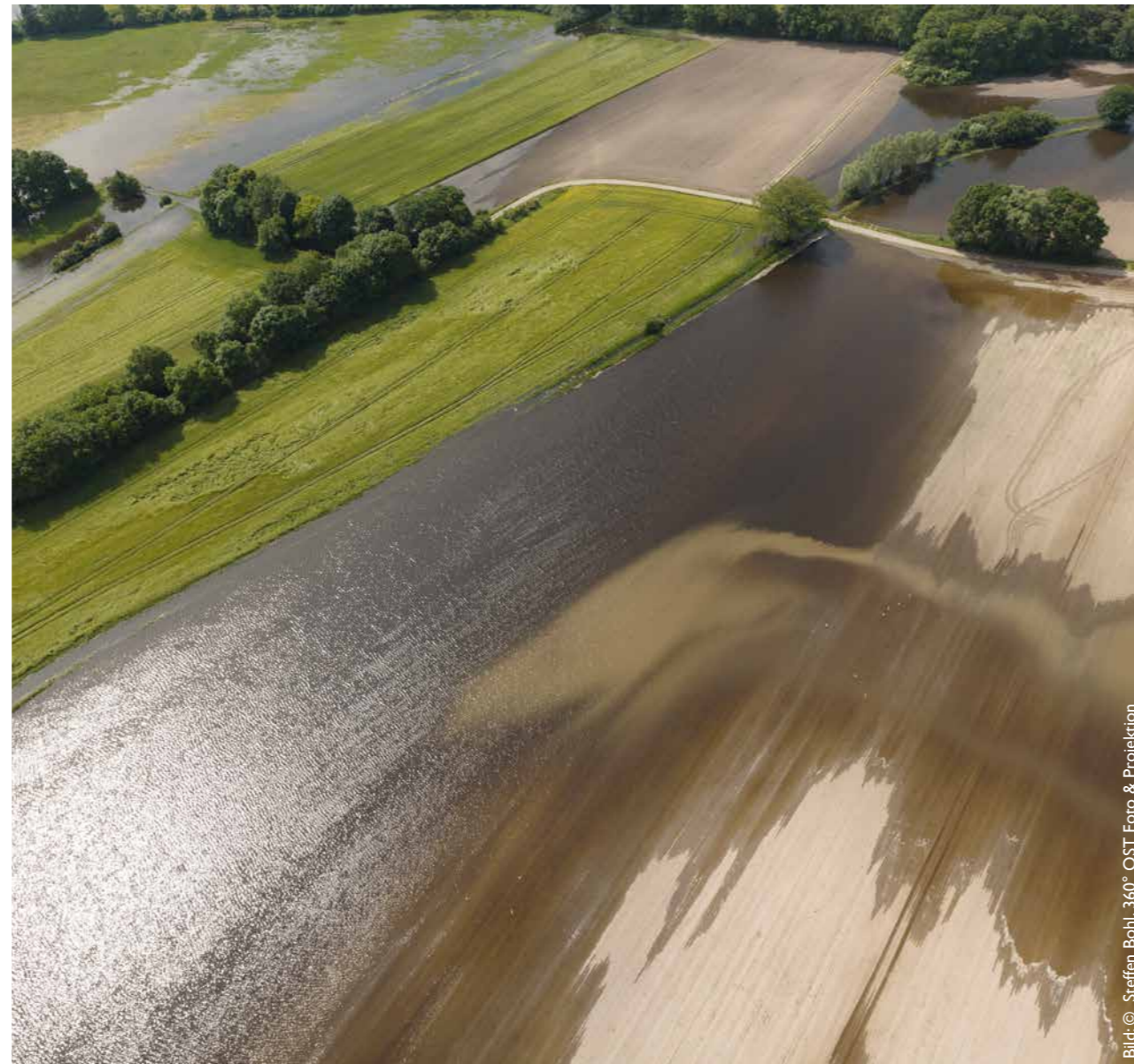


Bild: © Steffen Bohl, 360° OST Foto & Projektion

## Weitere Themen



Bild: © Fotolia / Bernd Kröger

### Naturschutz im großen Stil

Ein Naturschutzgroßprojekt in der Hammeniederung nahe dem Künstlerdorf Worpsswede im niedersächsischen Landkreis Osterholz erzielt nicht nur entscheidende Erfolge bei der Rettung eines bundesweit wertvollen Feuchtgebietes. Auch der Hochwasserschutz, die landwirtschaftliche Infrastruktur und der Tourismus profitieren. [Seite 32](#)



Bild: © Fotolia / Yantraton

### Schulessen Saale-Orla – regional, gesund und gut

Unter Federführung der LEADER-Aktionsgruppe Saale-Orla e. V. arbeiten Schüler, Lehrer, Eltern, Schulküchen, regionale Erzeuger, Politik und Verwaltung im Landkreis Saale-Orla im Südosten Thüringens daran, das Schulessen zu verbessern. Ziel ist es, mehr regionale Anbieter mit einem möglichst hohen Anteil an regionalen Qualitätsprodukten ins Boot zu holen und die Teilnehmerzahlen an einem gesunden Schulessen zu erhöhen. [Seite 34](#)



Bild: © Fotolia / Robert Kneschke

### Revolvierende Regionalfonds

Mit einem revolvierenden Regionalfonds haben zwei Regionen ein neues Finanzierungsinstrument für die ländliche Entwicklung konzipiert. Im Juni 2013 startete im Landkreis Rügen-Vorpommern der neue Fonds: Es wurden erste Kredite zwischen 5.000 und 20.000 Euro vergeben. [Seite 40](#)

## Für das Netzwerk

Inside	05 Neues aus der DVS
Veranstaltungen	06 Wasserrahmenrichtlinie und Landwirtschaft
	06 Umweltleistungen im Wald
	07 Regionalmanagerinnen in Brüssel
	08 Internationale Grüne Woche/Zukunftsforum 2014
	09 Jahresprogramm der DVS 2014

## Im Fokus: Land unter?

Einführung	11 Herausforderung Hochwasser meistern
	12 Hochwasser – natur- oder menschengemacht?
	14 Vorsorge: privat oder staatlich?
Standpunkt	16 Interview Prof. Matthias Freude, Präsident Landesumweltamt Brandenburg
	17 Interview Dr. Peter Heiland, INFRASTRUKTUR & UMWELT, Darmstadt
Projekte	18 Interview Dieter Northe, Landwirt aus Fischbeck
	20 INTERREG-Projekt ELLA: Ein Fluss – eine Gemeinschaft
	22 Hochwasserschutz-Aktionsprogramm Bayern
	24 Integrierter Hochwasserschutz an Innerste und Oker
	26 Wasserverband Gersprenz: Den ganzen Fluss im Blick
	27 Bürgerinitiative Hexental

## Aus der Praxis

28	Eine Fahrt ins Blaue
30	Leisa, die große Liebe der Schwaben
32	Hammeniederung: Naturschutz im großen Stil
34	Schulessen Saale-Orla – regional, gesund und gut
36	BioRegioFair: Kreative Zwischennutzung von Leerstand
38	Landleben – Zukunftsfähig leben im ländlichen Raum

## Perspektiven

Politik und Gesellschaft	40 Revolvierende Regionalfonds
	42 Transnationale Kooperation feiern!
	43 Interview Franz-Josef Strauß, Programmkoordinierungsreferent Rheinland-Pfalz
	44 ELER-Maßnahmen ab 2014: Günstig oder wirksam?
Bildung und Forschung Partner und Experten	46 Regionales transparent vermarkten
	48 Ackerbau der Zukunft – mit Leguminosen
	49 Interview Thorsten Michaelis, Geschäftsführer der Deutschen Agrarforschungsallianz
Service	50 .. angelesen
	51 ... angekündigt
	52 Termine



Bild: DVS

### Liebe Leserinnen und Leser,

ein Jahrhunderthochwasser ist keines mehr, wenn es in zehn Jahren dreimal auftritt. Die World Meteorological Organization bezeichnet das vergangene Jahrzehnt als Dekade der Klimaextreme. Fluten waren weltweit die häufigsten Extremereignisse. Trotz der Schwierigkeit, solche Extreme statistisch zu erfassen – sie sind eben nicht häufig zu beobachten – legen Studien in verschiedenen Ländern nahe, dass Starkregenereignisse weiter zunehmen werden.

Bei uns und in ganz Mitteleuropa sind hochwasserfördernde Dauerregenperioden wie 2013 Anzeichen für den Klimawandel. Was kann man dagegen tun? Anders als beim Sommerhochwasser 2002 hielten die Deiche in den Oberläufen von Elbe und Nebenflüssen den Wassermassen, die noch von Schmelzwässern verstärkt wurden, stand. Hier hat der technische Hochwasserschutz gegriffen. Allerdings kam dadurch mehr Wasser in den Unterläufen an, mit den bekannten Folgen und – nach Munich Re – der teuersten Naturkatastrophe in Deutschland.

Geht das zukünftig billiger? Der Ausbau des ökologischen Hochwasserschutzes wäre – nach allen Problemen bei der Installation – ein nahezu unterhaltungskostenfreier Weg, aber bei solchen Ereignissen auch überfordert. Neben Modellierungen und Vorhersagesystemen helfen die europäische Hochwasserrisikomanagementrichtlinie und ihre Kartierungen, gebietsangepasste Hochwasserschutzstrategien zu entwickeln. Deutlich wird dabei, dass die Siedlungsentwicklung in gefährdeten Gebieten häufig das Risiko nicht ausreichend berücksichtigt. Wissen, Planungsgrundlagen und Technik sind also vorhanden. Bayern führt auf diesen Grundlagen bereits einen 15-prozentigen Aufschlag als „Klimafaktor“ auf die Hochwasserbemessung und für den Deichbau ein. Wenn die Unterlieger nicht mithalten können, wird's dort knapp. Neben der Akzeptanz für Hochwasserschutzmaßnahmen vor Ort gilt es deshalb auch, an nationalen und internationalen Schutzkonzepten zu arbeiten. Die nächste Flut kommt sicher – bald.

Die DVS wünscht Ihnen einen milden Winter, eine schöne Weihnachtszeit und ein interessantes neues Jahr.

Ihr

*Jan Swoboda*



Bild: Fotolia / SG design

### Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 11.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:  
Bundesanstalt für Landwirtschaft  
und Ernährung, Bonn  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,  
Dr. Juliane Mante, Anja Rath  
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P)

Redaktionelle Mitarbeit:  
Raufeld Medien  
Marion Hughes (verantw.), Peter Altmann  
Tel. 030/69 56 65 0  
www.raufeld.de

Gestaltung: graphodata AG,  
www.graphodata.de

Druck:  
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/  
Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:  
Bundesanstalt für Landwirtschaft und  
Ernährung  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Deichmanns Aue 29  
53179 Bonn  
Telefon 0228 / 6845 34 61, 30 81  
Fax 0228 / 68 45 33 61  
E-Mail: dvs@ble.de  
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei  
unter [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de)

### Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

Gedruckt auf Recyclingpapier

## Wechsel bei „Unser Dorf hat Zukunft“



Bild: © Privat

Zum Ende des Jahres gibt es personelle Veränderungen in der Geschäftsführung des Bundeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“. Moritz Kirchesch wechselt ab Mitte Dezember 2013 in die DVS und übernimmt dort die Arbeitsbereiche Dorferneuerung und -entwicklung, Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft. Seit August 2010 war der Raumplaner Teil des Sachgebiets „Strukturen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen“.

E-Mail: [moritz.kirchesch@ble.de](mailto:moritz.kirchesch@ble.de), Telefon: 02 28 / 68 45 39 68

### Rückkehrer und Initiativen gesucht

Für die LandInForm-Ausgabe 1.2014 suchen wir Projekte und Menschen rund um das Thema Rückkehr in den ländlichen Raum: Projekte zur Schaffung von Wohnraum und betrieblicher Existenz für Rückkehrer; Kampagnen oder Aktionen, die sich gezielt an potenzielle Rückkehrer richten; Menschen, die zurückgekehrt sind und sich eine Existenzgrundlage geschaffen haben. Wir freuen uns über zahlreiche Rückmeldungen bis zum 6. Januar 2014!  
Telefon: 0228 / 68 45 34 61, 30 81, E-Mail: [landinform@ble.de](mailto:landinform@ble.de)

### Neues auf [www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)

Auf den Themenseiten zum demografischen Wandel gibt es jetzt eine Sammlung von Radio- und Fernsehbeiträgen, die sich mit dem Thema Schrumpfung von Dörfern und Regionen auseinandersetzen: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie)  
Auf [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader) ist eine aktualisierte Link- und Materialsammlung zur Vorbereitung auf LEADER in der neuen Förderperiode zu finden.  
Außerdem ständig aktualisiert: die Projektdatenbank [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/projekte](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/projekte), der Terminkalender: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine) und das Veranstaltungsarchiv: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/archiv](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/archiv)  
Folgen Sie uns auch auf Twitter: [www.twitter.com/dvs\\_land](http://www.twitter.com/dvs_land)

### Förderung kleiner Unternehmen in ländlichen Räumen

Das Kurzgutachten aus dem Sachgebiet „Strukturen der Daseinsvorsorge“ der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung erörtert, welchen Herausforderungen kleine Unternehmen in ländlichen Räumen gegenüberstehen. Es untersucht bestehende Förderprogramme, wobei der Schwerpunkt auf dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums liegt. Im Hinblick auf die 2014 neu beginnende Förderperiode beschreibt der Autor Handlungsoptionen für eine Anpassung der Förderung an die Bedürfnisse kleiner Unternehmen in ländlichen Räumen.  
Kostenloser Download unter:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/partner/sachgebiet-daseinsvorsorge/](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/partner/sachgebiet-daseinsvorsorge/)



### Sagen Sie uns die Meinung!

Wie finden Sie die DVS-Medien: die Internetseiten, den Newsletter und unsere Zeitschrift LandInForm? Wir freuen uns über Ihr Feedback.

## Kooperationspartner gesucht

### Jugend – eine Ressource der Region

Die westfranzösische LAG Pays de la Vallée de la Sarthe sucht Kooperationspartner, die Interesse an einem gemeinsamen Foto- und Filmwettbewerb für und mit jungen Menschen haben. Dargestellt werden sollen junge Menschen und Experten – Manager, Institutionen, Vereine –, allein und gemeinsam. Ziel ist, dass am Ende ein Partnerschaftsvertrag zwischen allen Akteuren entwickelt und unterzeichnet wird.

### Kontakt:

LAG Pays de la Vallée de la Sarthe  
Frau Maude Laurent  
Telefon: +33 (0) 2 43 94 80 80  
E-Mail: [leader@vallee-de-la-sarthe.com](mailto:leader@vallee-de-la-sarthe.com)

### Vernetzung von Unternehmen und NGOs

Die rumänische LAG Colinele Tutovei im Nordosten Rumäniens in der Region Moldau sucht Kooperationspartner, um gemeinsam Vernetzungsaktivitäten für Kleinunternehmen und NGOs zu entwickeln. Ziel ist es, langfristige Kooperationen zwischen den Unternehmen und NGOs in den Partnerländern aufzubauen. Bausteine der Kooperation sollen Exkursionen und transnationale Fachworkshops sein.

### Kontakt:

LAG Colinele Tutovei  
Constantin Bogdan Seto  
Telefon: +40 (0) 72 3 96 39 68

### Kooperationsgesuche aus der Kooperationsdatenbank des ENRD Contact Point:

<http://enrd.ec.europa.eu> → leader → cooperation-platform  
→ leader-cooperation-offers

## Umweltleistungen im Wald

Von **Bettina Rocha**

Am 25. und 26. September fand in Mannheim-Viernheim die Tagung „Umweltleistungen im Wald – gute Beispiele aus der Praxis“ statt. Über 80 Teilnehmer von Forst- und Umweltverwaltung, Forst- und Naturschutzverbänden, Waldbesitzer sowie Vertreter aus der Wissenschaft diskutierten die vorgestellten Praxisbeispiele im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, inwieweit sich etablierte Praxisbeispiele aus verschiedenen Bundesländern auf andere Regionen und auf Wälder mit unterschiedlichen Eigentümerstrukturen übertragen lassen und so eine realistische Möglichkeit zur Harmonisierung verschiedener Nutzungsansprüche darstellen. Neben der Auswirkung von FFH-Managementplänen lag ein weiterer Schwerpunkt auf dem Thema Wald und Wild.

Die gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald und die Interessen der Waldeigentümer wurden kontrovers diskutiert und unterschiedliche Handlungsstrategien für den Kommunal-, Landes- und Privatwald ausgemacht.



### Mehr Informationen:

Bettina Rocha  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Telefon: 02 28 / 68 45 38 82  
E-Mail: [bettina.rocha@ble.de](mailto:bettina.rocha@ble.de)  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)

## Wasserrahmenrichtlinie und Landwirtschaft

Von **Jan Freese**

**Auf einer gemeinsamen Tagung von Netzwerk Land Österreich und DVS diskutierten am 30. September und 1. Oktober 2013 in Salzburg Vertreter von Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Naturschutz, von Behörden und Verbänden mit Landwirten und Programmverantwortlichen die Herausforderungen der Wasserrahmenrichtlinie für die Landwirtschaft.**

Die im Jahr 2000 in Kraft getretene EU-Wasserrahmenrichtlinie forderte bis 2009 eine intensive Bestandsaufnahme und die Ableitung von Maßnahmenplänen, um bis 2015, spätestens aber bis 2027 in Oberflächengewässern und Grundwässern einen mengenmäßig, ökologisch, chemisch sowie gewässermorphologisch guten Zustand zu erreichen. Viele Maßnahmen betreffen auch die Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Betriebe müssen zum Beispiel häufig Flächen für die Gewässerentwicklung bereitstellen oder Gewässerrandstreifen stilllegen. Konflikträchtiger für die Landwirtschaft ist aber die Verringerung der diffusen Einträge von Nährstoffen, Pflanzenschutzmitteln und Boden in Oberflächengewässer und das Grundwasser. Dabei sind die Problemlagen sehr unterschiedlich. In intensiven Ackerbauregionen oder auf leichten Böden besteht insbesondere nach der Ernte die Gefahr von Nährstoffausträgen infolge hoher Nährstoffbilanzüberschüsse. In Regionen mit starkem Erosionspotenzial müssen Gewässerverschlammungen und Phosphateinträge durch Bodenabschwemmungen vermieden und in viehreichen Regionen wiederum wasserschutzgerechte Verwertungen für die nährstoffreiche Gülle gefunden werden.

Hoffnungen werden insbesondere in unterschiedliche Modelle der zielgerichteten Beratung und in die Umsetzung freiwilliger Agrarumwelt- oder Wasserschutzmaßnahmen gesetzt, die in Vorträgen und Arbeitsgruppen vorgestellt wurden.

Unumstritten ist, dass in vielen ohnehin intensiv landwirtschaftlich genutzten Regionen eine zusätzliche Intensivierung stattgefunden hat, die häufig an der Ausweitung des Maisanbaus und am Rückgang des Dauergrünlands abzulesen ist. Dies hat auch dazu geführt, dass viele klassische Extensivierungsmaßnahmen des Wasserschutzes weniger nachgefragt werden.

Die Podiumsdiskussion spitzte sich dahingehend zu, ob in Problemregionen nicht stärkere Kontrollen und mehr ordnungsrechtliche Regelungen

erforderlich sind. Über diese traditionell zwischen Landwirtschaft und Wasserschützern kontroverse Frage wurde auch auf der abschließenden Exkursion an die Salzach noch viel diskutiert.



Bild: © Fotolia / catolia

### Die Veranstaltung ist dokumentiert unter:

[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wrrl](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wrrl)



### Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Telefon: 02 28 / 68 45 34 77  
E-Mail: [jan.freese@ble.de](mailto:jan.freese@ble.de)  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)



Bild: © DVS

## Finanzierung von Leader: Schokolade, Sicherheits-Check und Stoemp in Brüssel

**Auf der Veranstaltung „Financing Leader/CLLD: Opportunities and relevant practices“ trafen am 12. November 2013 in Brüssel rund 200 Vertreter des Leader-Unterausschusses, nationaler Vernetzungsstellen, Verwaltungsbehörden, Zahlstellen und Regionalmanagements zusammen.**

Von Sabine Müller und Meike Lücke

Auf der vom Europäischen Netzwerk für ländliche Räume organisierten Veranstaltung drehte sich alles rund um Fragen der (Ko-)Finanzierung von ELER-Fördermitteln. Die deutsche Delegation bestand zum einen aus Vertretern der DVS und des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Zum anderen reisten die Regionalmanagerinnen Sabine Müller (LAG „Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge“) und Meike Lücke (LAG „Wesermarsch in Bewegung“) mit, in deren Leader-Regionen jeweils besondere kommunale Kofinanzierungsmodelle konzipiert wurden, und die im Folgenden ihre Eindrücke zur Veranstaltung schildern:

### Der Weg nach Brüssel ist weit

Brüssel ist zwar das Zentrum der europäischen Förderpolitik, aber – von peripher-ländlich gelegenen Regionen Norddeutschlands aus betrachtet – weder besonders nah, noch besonders gut erreichbar. Da man als Regionalmanager jedoch so oft mit europäischen Fördermitteln und den damit verbundenen Richtlinien und Vorgaben zu tun hat, war der Gedanke, einmal in das Innere des Systems einen Einblick zu erhalten, genug Ansporn, um die Reisevorbereitungen in Angriff zu nehmen. Per Zug machten wir uns also auf den sieben- bis zehnstündigen Weg in die belgische Hauptstadt.

### Das Innere des Systems

Zuerst stand der mit Spannung erwartete ganztägige Workshop auf dem Programm. Von diesem trennte uns am Morgen eine fast wohnblocklange Warteschlange weiterer Teilnehmer, die ebenfalls auf die erfolgreiche Durchquerung der Sicherheitskontrollen hofften. Mit halbstündiger Verspätung nahmen auch die letzten Eingelassenen Platz und streiften die Kopfhörer für die Simultanübersetzung (wahlweise in sieben Sprachen) über. Verschiedene Vorträge beleuchteten die Finanzierung von Leader in der Europäischen Union. Neben grundlegenden Fragen der Finanzie-

rung aus Programmsicht wurden beispielhafte Umsetzungsstrategien einzelner Mitgliedsstaaten in den Fokus gerückt. So stellten Vertreter aus Estland und Portugal IT-Systeme vor, die eine weitgehend digitale Antragstellung und deren anschließende Dokumentation ermöglichen. Zwei weitere Vorträge erläuterten den Ansatz aus dem Europäischen Sozialfonds, mit pauschalen Kostensätzen zu arbeiten. Diskutiert wurde dabei, diese Möglichkeit in den ELER zu integrieren. Sehr interessant waren die aus deutscher Sicht innovativen Lösungsansätze aus Schweden. Sowohl das dort angewendete Modell der „Umbrella-Projects“ als auch die erfolgreiche Nutzung von Crowdfunding für die Aufstockung des Eigenanteils des Projektträgers bieten viele Anknüpfungspunkte für die deutschen LAGs. Auch wenn sich die vollständige Übertragung nicht eins zu eins umsetzen lassen wird, war der Tag doch reich an Anregungen und Möglichkeiten des Austauschs mit Kollegen aus ganz Europa.

### Networking und kulturelle Bildung

Der informelle kollegiale Informationsaustausch fand bereits am Abend der Anreise statt. Interessant hierbei war die Erkenntnis, wie unterschiedlich die Nationen die Umsetzung der Leader-Vorgaben auf europäischer Ebene ausgestalten. Nach kultureller Bildung zu Stadtgeschichte und Architektur Brüssels stand am Abend die intensive Auseinandersetzung mit regionalen Produkten an, wozu erwartungsgemäß belgische Schokoladen- und Bierspezialitäten gehörten, ebenso wie die obligatorischen Pommes frites und das Nationalgericht Stoemp.

Die Vorträge der Veranstaltung gibt es zum Download unter: [http://enrd.ec.europa.eu/en-rd-events-and-meetings/seminars-and-conferences/financing-for-leader-clld/en/financing-for-leader-clld\\_en.cfm](http://enrd.ec.europa.eu/en-rd-events-and-meetings/seminars-and-conferences/financing-for-leader-clld/en/financing-for-leader-clld_en.cfm)

## Hier sind wir – Zusammen läuft's besser

Ab dem 17. Januar 2014 öffnen sich zum 79. Mal die Tore zur Internationalen Grünen Woche in Berlin. „Hier sind wir“ heißt es dann am Stand des Bundeslandwirtschaftsministeriums und der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS), wenn Jugendliche und große wie kleine Dörfer das Land bewegen.

Von Monika Wohler

Zehn Tage lang präsentiert die DVS in der Halle 4.2 „Lust aufs Land“ ein Dorfnetzwerk und ausgewählte Jugendprojekte aus Brandenburg. Da junge Menschen eine sehr heterogene Bevölkerungsgruppe sind, zeigt sich auch die Jugend auf dem Land in Sachen Mobilität, Freizeit, Schule oder Berufsorientierung auf vielfältige Weise. So erfährt der Besucher, wie das Projekt „Sonne auf Rädern“ neue Perspektiven für junge Menschen schafft, man ganz „flinc“ Zeit und Nerven spart oder fachgerecht ein blaues Auge verpasst. Selbst auf der Bühne begeistert die Jugend am 21. Januar 2014 mit Swing, Jazz und Funk – aber auch ganz traditionell mit sorbischen Liedern und Tänzen.

Traditionell und bunt geht es auch beim neu gegründeten Dorfnetzwerk „Erlebnisdörfer e.V.“ zu, das sich die Belebung des ländlichen Raumes zum Ziel gesetzt hat, indem es lokale Identitäten und Traditionen für eine nachhaltige wie auch ganzheitliche Dorfentwicklung stärkt und erhält. Mit dabei ist die Schmiedegemeinde Ybbsitz, welche Schmiedekunst und Eisentrachten präsentiert, das sorbische Dorf Nebelschütz, welches die Krabat-Sage ebenso wie sorbisches



Bild: © 2013 Messe Berlin GmbH

Brauchtum im Gepäck hat, die Krokusgemeinde Drebach, die über „Nackte Jungfern“ verfügt sowie das Museumsdorf Glashütte Baruth mit seiner Glasblasekunst. Und nicht zuletzt zeigt das kleine Gostewitz mit seinen 34 Einwohnern, das man mit dem richtigen Zusammenhalt so einiges in Sachen Kunst und Handwerk auf die Beine stellen kann.



### Mehr Informationen:

Monika Wohler  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Telefon: 02 28 / 68 45 34 62  
E-Mail: monika.wohler@ble.de  
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

## Wieder wohnen und einbauen im Ortsbern – gute Ideen für Gemeinde und Region

Wie können Ortskerne lebendiger und lebenswerter werden? Welchen Beitrag können die Bürger selbst zur Belebung der Ortsmitte leisten? Was bewegt junge Menschen dazu, alte Häuser zu beziehen? Antworten auf diese Fragen geben Praxisbeispiele und Diskussionsbeiträge auf einer Kooperationsveranstaltung, die im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung am 22. Januar 2014 in Berlin stattfindet. Beispiele aus Hessen, Niedersachsen, dem Saarland und Sachsen zeigen, wie Gemeinden und Regionen trotz sinkender Einwohnerzahlen Ortskerne attraktiv gestalten können. Sie illustrieren, wie Menschen sich in Dorfentwicklungsprojekten engagieren, um ihren Ort selbst zu gestalten. Dazu kommen Projekte, die unkonventionell den Wandel in den Köpfen anregen und zeigen, dass neben konkreten Maßnahmen starke Bilder treten müssen, damit Menschen über Jahre bestehende Brachen und Leerstände als Chance für Neues wahrnehmen können.

Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume lädt gemeinsam mit dem Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund herzlich Akteure aus Praxis und Politik, Vertreter von Verbänden und Vereinen und alle Interessierten ein (Informationen zum Zukunftsforum auf Seite 51).



### Mehr Informationen:

Stefan Kämper  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Telefon: 02 28 / 68 45 37 22  
E-Mail: stefan.kaemper@ble.de

## Was passiert 2014?



Bild: Fotolia / fotogestoeber

Das Programm der DVS für das kommende Jahr steht: 2014 ist nicht die Zeit für große Tagungen, denn es greifen zwei Förderphasen ineinander. Deshalb bieten wir überwiegend auf spezielle Zielgruppen zugeschnittene Workshops an.

Von Jan Swoboda

Die Einführung in die Methodik der kollegialen Beratung für Regionalmanager wird in Form dezentraler Schulungen nach eigener Terminwahl weitergeführt. Im Mai findet das mittlerweile traditionelle bundesweite Treffen aller Leader- und ILE-Regionen statt. Der länderübergreifende Austausch, aktuelle Diskussionen auf EU- und Bundesebene sowie Workshopangebote gehören natürlich dazu.

2013 hat die DVS zusammen mit Evaluatoren und Regionalmanagern aus neun Testregionen einen Leitfaden zur Selbstevaluierung entwickelt. 2014 bieten wir für Lokale Aktionsgruppen, Ländernetzwerke und LEADER-Referenten die Einführungen in Aufbau und Handhabung der darin enthaltenen Instrumente an. Weitere dezentrale Workshops werden zum Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels zu zwei Schwerpunkten der Innenentwicklung angeboten: Siedlung und Versorgung sowie Beteiligung. Zielgruppen sind Kommunen, Landkreise und Regionen. Die Akteure sollten sich vorab über die eigene Situation und ihre Fragestellung vor Ort im Klaren sein. Wichtig ist auch, dass die Entscheidung, Veränderungen herbeizuführen, bei den Teilnehmern bereits gut verankert ist.

Im Oktober findet die euregia-Messe statt. Hier ist geplant, zusammen mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung Aufbau und Anforderungen von Konzepten des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge und von Entwicklungskonzepten im LEADER-Kontext vorzustellen. Neben dem Verständnis der jeweiligen Systematik und des Förderhintergrundes zeigen Beispiele, wie Nutzen aus der Kombination gezogen werden kann.

Ein neues Vernetzungsthema in der DVS sind die Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP) in der Landwirtschaft. Im Juni führt eine Tagung in das Instrument ein, erläutert Idee und Methodik, die Fördermöglichkeiten aber auch die Anforderungen an Projekte und operationelle Gruppen, die sich als dessen Träger gründen müssen. Die möglichen Themenfelder werden weitgehend in den Entwicklungsprogrammen der Länder abgesteckt.

Der Workshop „Datenhoheit und Ausfallsicherheit“ für die landwirtschaftliche Produktion hat den Zuwachs an zentralisierten, internetgesteuerten Prozessen (unter anderem Linked Open Data und Cloud Computing) und deren zunehmende Verletzbarkeit zum Thema. Das Risikomanagement und die Praxiseinführung von Basiskomponenten und Standards für eine ausfallsichere, überbetriebliche Datenvernetzung der landwirtschaftlichen Produktion sind auch für EIP wichtige Inhalte. Bereits im Mai gibt es einen für Fachberater und Berufsvertretung organisierten Transferbesuch zu Projekten des Ernährungshandwerks, die in kleinräumigen Netzwerken an der Wertschöpfungskette Fleisch arbeiten. Im Dezember geht es um den „Lernort Bauernhof“. Vorgestellt werden Betriebe, die ihre Höfe für Bildungsveranstaltungen geöffnet haben, um auch junge Menschen an die Landwirtschaft heranzuführen. 2014 wird die DVS auch das Team verstärken, um die Bereiche „LEADER“ und „Community Led Local Development“ sowie die Maßnahme „Kooperation und EIP“ besser begleiten zu können.

LandInForm wird im kommenden Jahr über die Motivation und Wirkung von Rückkehrern in ländliche Räume berichten, über die Rolle von Unternehmerinnen und deren Impulse für die ländliche Entwicklung. Außerdem zeigt das Magazin, das der Umgang mit Schrumpfung nicht gleichzusetzen ist mit bloßem Verzicht. Die Redaktion – Anja Rath und Juliane Mante – freut sich über Vorschläge zu diesen Themen. Auch unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/themen](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/themen) finden Sie viele neue Informationen.



### Mehr Informationen:

Dr. Jan Swoboda  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Telefon: 02 28 / 68 45 39 56  
E-Mail: jan.swoboda@ble.de  
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

# Land unter? Herausforderung Hochwasser meistern

Bild: Photodisc / iStock

**Die Hochwasserereignisse im Juni 2013 haben gezeigt: Sogenannte Jahrhunderthochwasser treten nicht alle hundert Jahre auf, sondern immer häufiger. Gleichzeitig haben sie die Schwächen von Hochwasserschutz und -vorsorge noch einmal deutlicher gemacht. Zu diesem Fokusthema fragen wir nach, wo es hakt, und zeigen mit guten Beispielen aus der Praxis, dass es auch anders geht.**

Von Juliane Mante

Wo liegen eigentlich die Ursachen der in den letzten Jahren verstärkt auftretenden Hochwasser? Der Einführungsbeitrag des Umweltbundesamtes zeigt, dass die Antwort auf diese Frage komplex ist. Hochwasser als natürliche Ereignisse treten zum einen häufiger auf, weil der Klimawandel sie forciert. Zum anderen verschärft der Mensch auch ganz direkt die Zunahme: indem er etwa den Flüssen wichtige Überschwemmungsflächen nimmt, sie begründet, durch die Art der landwirtschaftlichen Nutzung die Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens reduziert und gefährdete Bereiche bebaut (Seiten 12 bis 13).

Doch wer ist verantwortlich dafür, die steigenden Hochwasserschäden zu minimieren und geschädigte Bürger zeitnah und angemessen zu entschädigen? Oder vielmehr, wer sollte verantwortlich sein? Die Autoren des Beitrages auf den Seiten 14 bis 15 meinen, dass diese Frage gesellschaftlich neu diskutiert werden sollte: Die bisher geforderten Lösungsansätze, etwa den Flüssen mehr Raum oder dem einzelnen Bürger mehr Verantwortung zu geben, greifen kaum. Sie sind entweder politisch schwer durchsetzbar oder erweisen sich ohne ökonomische Anreize oder schärfere Sanktionen als zahnlos.

Dieses Dilemma beschreibt auch unser Interviewpartner Prof. Matthias Freude, Präsident des Landesumweltamtes Brandenburg, auf Seite 16. Zumindest einen Hoffnungsschimmer gibt es aber am politischen Horizont: Europaweit zeichnet sich ein Umdenken ab. Bis Ende 2013 stellen die Bundesländer nach EU-Hochwasserrisikomanagementrichtlinie in Gefahren- und Risikokarten das Gefährdungspotenzial dar. Bis 2015 müssen sie dann Pläne vorlegen, wie sie den Hochwasserschutz in diesen Gebieten umsetzen wollen. Nichtwissen gilt nun nicht mehr, wie es auch Dr. Peter Heiland in unserem Interview auf der Seite 17 gut auf den Punkt bringt. Die Spielräume für Kommunen, in Überschwemmungsgebieten zu bauen, werden dadurch noch kleiner.

Dieter Northe, Landwirt aus Fischbeck, dessen Betrieb im Juni dieses Jahres vom Hochwasser überschwemmt wurde, hat am eigenen Leib erfahren, was die Autoren auf den Seiten 14 bis 15 theoretisch beschreiben. Die Kompensation von Hochwasserschäden muss flächendeckend, schneller und systematischer werden. Drei Monate waren die Betroffenen auf ehrenamtliche Hilfe und Spendengelder angewiesen, erst danach trafen – abgesehen von einer Soforthilfe von 5.000 Euro – die ersten offiziellen Hilfgelder ein. Eine flächendeckende Versicherungspflicht aller Bürger gegen Elementarschäden ist eine häufig formulierte Forderung in diesem Zusammenhang, um die Betroffenen unabhängiger von staatlichen Ad-hoc-Hilfen zu machen.

Hochwasserschutz und -entschädigung kann planvoller und effizienter werden, indem länder- beziehungsweise grenzübergreifend besser zusammengearbeitet wird. Wie das funktionieren kann, zeigt er Beitrag auf den Seiten 20 bis 21. Selbst durch die Zusammenarbeit einiger weniger Kommunen können sowohl Hochwasser- als auch Naturschutz und Fließgewässerentwicklung deutlich profitieren (Seiten 24 bis 26). Apropos Zusammenarbeit: Die Berücksichtigung unterschiedlichster Interessen ist eine der größten Herausforderungen im praktischen Hochwasserschutz. Wie schwer es für die Bürger vor Ort ist, sich hierbei Gehör zu verschaffen, beschreiben unsere Interviewpartner auf der Seite 27.

Natürliche, technische und private Maßnahmen der Hochwasservorsorge sinnvoll zu kombinieren, wird gemeinhin als beste Lösung gesehen. Das bayerische Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020 zeigt auf, wie eine Kombination solch verschiedener Maßnahmen gelingen kann (Seiten 22 bis 23).



Bild: Fotolia / Wildcat



Bild: Pixello / Ujrike Karow



Fotolia | PhotographyByMK



Bild: Fotolia / Alfred Müller



Bild: Fotolia / Brigitte Bohmhorst



Bild: Fotolia / Martin Debus



© Steffen Bohl, 360° OST-Photo &amp; Projektion

## Hochwasser: natur- oder menschengemacht?

**Hochwasser sind natürliche Ereignisse und charakteristisch für das Abflussverhalten von Flüssen. Sie haben eine wichtige ökologische Funktion für die Lebensräume, die von der Änderung des Wasserstands abhängen. Der Mensch und Klimawandel verschärfen jedoch Hochwassersituationen und die daraus resultierenden Schäden. Ein verbessertes Hochwasserrisikomanagement soll Abhilfe schaffen.**

Von Cindy Mathan

Die Entstehung von Hochwasser hängt von der Stärke des Niederschlags, den Eigenschaften des Einzugsgebietes und den Besonderheiten des jeweiligen Flusses ab. Die Größe des Flussbettes bestimmt dabei, welche Wassermenge das Gewässer aufnehmen kann. Erst wenn dieses Volumen ausgeschöpft ist, tritt der Fluss über seine Ufer. Im Winter ist die Ursache für Hochwasser meistens ein Temperaturanstieg, der zur Schneeschmelze führt. Fällt dann zusätzlich Regen auf gefrorenen Boden, kann dieser nicht versickern und verschärft die Hochwassergefahr. Im Sommer ist der Auslöser meist eine Vb-Wetterlage. Dies sind außergewöhnliche Tiefdruckgebiete, die über dem nördlichen Mittelmeer entstehen. In unseren Breiten sorgen sie für heftige Niederschläge, die, sobald der Boden gesättigt ist, Flüsse und Bäche zu reißenden Strömen verwandeln können. Örtlich begrenzte Starkregen – oft in der Kombination mit Gewittern – führen häufig in kleinen Flusseinzugsgebieten dazu, dass kleine Flüsse und Bäche in kurzer Zeit über die Ufer treten.

### Mensch verstärkt Hochwassersituation

Der Mensch verstärkt die Entstehung, den Verlauf und die Auswirkungen von Hochwassern. Die Gewinnung von Flächen für Siedlungen und eine veränderte Landnutzung führten zum Verlust wichtiger Überschwemmungsflächen sowie des Wasserrückhalts in der Fläche. Vor allem in kleinen Flusseinzugsgebieten und bei kleinen Hochwassern können Flächenversiegelung, Bodenverdichtung und Entwässerungsanlagen wie Dränagen und Kanalisationen, die Hochwassersituation verstärken. Auch die Art der landwirtschaftlichen Nutzung bestimmt die Wasseraufnahmefähigkeit der Böden: Je verdichteter der Boden

zum Beispiel durch unsachgemäße Bearbeitung ist, desto mehr Wasser fließt ohne einzusickern ab. Zusätzlich wurden durch den Deichbau und andere Flussausbaumaßnahmen natürliche Überschwemmungsgebiete verkleinert oder gingen ganz verloren. Derzeit stehen den Flüssen Rhein, Elbe, Donau und Oder mitunter nur noch 10 bis 20 Prozent ihrer ehemaligen Auen als Überschwemmungsfläche zur Verfügung. Außerdem sind die Flussläufe durch Begradigung verkürzt worden. So wurde beispielsweise die Fließstrecke des Rheins um mehr als 100 Kilometer verkürzt. Dadurch hat die Fließgeschwindigkeit zugenommen. Die Abflüsse vieler Zuflüsse konzentrieren sich schneller in einem Flussbett, wodurch die Hochwasserwelle steiler ist und schneller abläuft – auch damit steigt die Gefahr von Hochwasserschäden.

### Verschärfung durch den Klimawandel

Der Klimawandel verändert die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Hochwasser. Starkniederschläge sind in Deutschland seit Mitte des letzten Jahrhunderts nachweislich häufiger und heftiger geworden. In vielen Regionen Deutschlands weisen die jährlichen Hochwassermaxima seitdem ebenfalls einen steigenden Trend auf. Im Modell nachgestellte, beobachtete Zu- oder Abnahmen von Hochwasserereignissen können allein durch den bisherigen Klimawandel erklärt werden. Für die Zukunft simulierte Hochwassertrends fallen regional unterschiedlich aus. Obwohl die Berechnungen mit Unsicherheiten behaftet sind, zeigt ihre überwiegende Mehrzahl zunehmende Hochwasserereignisse an den Westseiten der Mittelgebirge, am Fuß der Alpen und in Ostdeutschland.

### Das Schadenspotenzial ist gestiegen

Wenn Hochwasser auf menschliche Siedlungen treffen, richten sie Schäden an, die zum Teil katastrophale Ausmaße haben. Dabei hat das Schadenspotenzial erheblich zugenommen, beispielsweise weist der Rheinatlas für das gesamte Rheingebiet ein Schadenspotenzial von 165 Milliarden Euro aus. Dies liegt daran, dass die zu schädigenden Werte – Gebäude nebst Inneneinrichtung, Industrieanlagen, Verkehrsinfrastruktur, Fahrzeuge – in der Vergangenheit zunehmend auch in den Gebieten geschaffen wurden, die ehemals den Flüssen als Überschwemmungsflächen zur Verfügung standen.

### Risikomanagement EU-weit großgeschrieben

Bis Ende 2013 erstellen die Bundesländer nun Hochwassergefahren- und -risikokarten, die Auskunft über die von Hochwasser betroffenen Flächen und das Ausmaß der Gefahren geben. Sie bilden eine wichtige Basis für die Information und Aufklärung der Öffentlichkeit. Bis 2015 sind auf Grundlage dieser Karten nationale beziehungsweise internationale Hochwasserrisikomanagementpläne (HWRM-Pläne) zu erstellen. Dabei sind auch die Erkenntnisse aus dem Juni-Hochwasser 2013 sowie die Auswirkungen des Klimawandels zu berücksichtigen. In den HWRM-Plänen werden die fachbereichsübergreifenden Ziele, Maßnahmen und Prioritäten zur Reduktion des Hochwasserrisikos unter Berücksichtigung des gesamten Risikokreislaufes festgelegt (siehe Abbildung). Das Hochwasserrisikomanagement soll bundesländer- und staatenübergreifend gestaltet werden und das gesamte Einzugsgebiet eines Flusses berücksichtigen. Es schließt den vorsorgenden Bereich, also die Vorbereitung auf ein Hochwasser, seine Bewältigung und die Nachbereitung inklusive des Wiederaufbaus ein. Dabei werden sowohl Maßnahmen der Flächenvorsorge, zur Verbesserung des natürlichen Wasserrückhalts im Einzugsgebiet als auch des technischen Hochwasserschutzes und der Bauvorsorge getroffen. Darüber hinaus umfasst es die Eigenrisikovorsorge (zum Beispiel Versicherungen), Maßnahmen aus dem Bereich Kommunikation und Warnung sowie der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes.

### Vorsorgemaßnahmen sinnvoll kombinieren

Einen absoluten Hochwasserschutz gibt es nicht. Um das Schadenspotenzial in überflutungsgefährdeten Bereichen aber so klein wie möglich zu halten, sollte man in Überschwemmungsgebieten nicht bauen beziehungsweise für regelmäßig überschwemmte Liegenschaften Rückbau oder Umsiedlung prüfen. Ansonsten sollten natürliche, technische und private Maßnahmen der Hochwasservorsorge kombiniert werden. So müssen dringend zusätzliche Rückhalteräume geschaffen werden – natürliche Überschwemmungsgebiete durch Deichrückverlegung und Renaturierung ehemaliger Auengebiete sowie steuerbare Flutpolder. Zudem sollten Instrumente zur Eigenvorsorge wie die Elementarschadensversicherung weiterentwickelt werden. Die Zusammenarbeit der Staaten und Länder in den Flusseinzugsgebieten ist zu intensivieren und nicht zuletzt müssen Betroffene von der Planung und Einführung von Hochwasserschutzmaßnahmen frühzeitig informiert und daran beteiligt werden.



Bild: Jörg Rechenberg

Abb. Zyklus des Hochwasserrisikomanagements



Quelle: UBA

### Was ist ein Hochwasserrisiko?

Das Hochwasserrisiko wird als Kombination der Eintrittswahrscheinlichkeit eines Hochwassers und der möglichen Schäden definiert. Die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten eines Hochwasserereignisses mit dazugehörigem Wasserstand und Durchflussmenge wird als „Jährlichkeit“ bezeichnet. Die Unterscheidung der Hochwasser nach einer bestimmten Jährlichkeit basiert auf statistischen Auswertungen, also einer Wahrscheinlichkeitsbetrachtung der Abflüsse eines Flusses, die man über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg beobachtet hat. Seltene Hochwasserereignisse, zum Beispiel ein „Hundertjähriges“, sind durch sehr hohe Durchflussmengen und Wasserstände gekennzeichnet. Daraus darf jedoch nicht geschlossen werden, dass nach einem „hundertjährigen Hochwasser“ 100 Jahre verstreichen, bevor ein derartiges Hochwasser erneut auftritt, wie die Ereignisse an der Elbe 2002 und 2013 gezeigt haben.

### Mehr Informationen:

Cindy Mathan  
Umweltbundesamt  
Fachgebiet Übergreifende Angelegenheiten  
Wasser und Boden  
Telefon: 03 40 / 21 03 27 95  
E-Mail: cindy.mathan@uba.de

# Hochwasservorsorge – privat oder staatlich?

**Auf die Frage „Wer ist eigentlich für Hochwasservorsorge verantwortlich?“ gibt es keine einfache Antwort. Das rechtliche Regelwerk ist komplex und führt nicht automatisch zu koordiniertem Handeln und zur Schadensvermeidung. Neben einer besseren räumlichen und privaten Hochwasservorsorge brauchen wir eine solidarischere Entschädigungspolitik und eine gesellschaftliche Debatte darüber, wer welche Verantwortung tragen soll.**

Von Christian Kuhlicke und Annett Steinführer

Wie komplex das rechtliche Regelwerk ist, zeigt das Beispiel Dresden: Für diese Stadt gibt es allein 25 Rechtsvorschriften und Regelungen zum Hochwasserschutz. Sie reichen von der EU-Hochwasserrichtlinie über die wasserrelevanten Gesetze des Bundes (siehe Kasten) und des Freistaates Sachsen bis hin zu kommunalen Regelungen. Hinzu kommen 20 technische Vorschriften. Dabei ist Dresden keinesfalls eine Stadt mit besonderer Regelungswut.

## Vorbeugen statt heilen

Die jüngsten Hochwasserereignisse zeigen, dass es trotz eines komplexen rechtlichen Regelwerks und verstärkter Anstrengungen unterschiedlicher Akteure auch zukünftig Hochwasser und Hochwasserschäden geben wird. Daher bedarf es neben dem klassischen, eher technischen, Schutzrepertoire – zum Beispiel dem Bau von Deichen – einer stärkeren Betonung des Vorsorgegedankens. Dies beinhaltet zu-

nächst die angepasste Nutzung von hochwassergefährdeten Räumen, die Renaturierung von Auen und damit die Wiederherstellung ihrer Wasserrückhaltefunktion. Entlang der großen Flüsse sind nur noch ein Drittel der ursprünglichen Überflutungsflächen funktionsfähig (BMU & BfN 2009). Daher war die Wiederherstellung von flussnahen Auen auch eine zentrale Säule des Fünf-Punkte-Programms „Arbeitsschritte zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes“, das die Bundesregierung nach dem Hochwasser 2002 verabschiedete.

## Rückhalteräume schwer durchsetzbar

Nach jedem großen Hochwasser der letzten Jahrzehnte – zuletzt 2002 und 2013 – fand die Forderung „Mehr Raum für Flüsse“ großen Widerhall in der politischen und öffentlichen Diskussion. Sie hatte jedoch kaum durchgreifende Wirkungen, denn zu unterschiedliche Interessen und Nutzungsansprüche sind zu berücksichtigen. Wohn-

und Gewerbegebiete aufzugeben oder landwirtschaftliche Flächen umzuwidmen, ist nicht nur zeit- und ressourcenaufwendig, sondern erweist sich in der politischen Praxis als oft nicht durchsetzbar. Auch deshalb sind die zurückgewonnenen Überflutungsflächen eher klein. So wurde im Rahmen einer Deichrekonstruktion im Roßlauer Oberluch (Biosphärenreservat Mittelbe, Sachsen-Anhalt) 2006 nach mehr als zehn Jahren Vorbereitung eine Überschwemmungsfläche von rund 140 Hektar reaktiviert. Weitere 2600 Hektar sind in diesem Bundesland in Planung. Im benachbarten Sachsen sind derzeit etwa 2500 Hektar zusätzlicher Überflutungsflächen in Planung beziehungsweise fertig gestellt.

## Gesetze und Appelle genügen nicht

Während lange Zeit die vom Hochwasser besonders bedrohte Bevölkerung als unmündig, mindestens aber unwissend angesehen wurde (Dombrowsky & Brauner 1996, siehe Kasten rechts), wird ihr in jüngerer Zeit durch Gesetze und Informationsbroschüren zumindest appellativ Verantwortung zugewiesen. So verpflichtet das nach 2002 novellierte Wasserhaushaltsgesetz des Bundes potenziell Betroffene, „im Rahmen des [ihnen] Möglichen und Zumutbaren [...] geeignete Vorsorgemaßnahmen“ zu treffen (WHG §5, Abs. 2). Öffentlich kaum bekannte Gesetzestexte, interaktive Karten und Flyer reichen jedoch nicht aus, denn das Setzen von Normen, ohne weiterreichende Interventionen oder ökonomische Anreize, führt kaum zu verändertem Handeln. Gerade in Gebieten, die bereits durch technischen Hochwasserschutz mit einem hohen Standard geschützt sind, ist der Anreiz, private Maßnahmen umzusetzen, eher gering. Aus Sicht der Bevölkerung ist dies nur rational, denn Deiche versprechen Schutz (Kuhlicke et al. 2013, siehe Kasten rechts).

## Solidarischer entschädigen

Selbst durch die beste Hochwasservorsorge können nicht alle Schäden vermieden werden und viele Gebiete werden auch weiterhin ungeschützt bleiben. Einen gesetzlichen Kompensationsanspruch für solche Schadensfälle gibt es für Extremereignisse oder ungeschützte Regionen bisher nur in Härtefällen. Die Betroffenen müssen sich soweit möglich selbst versichern oder sind auf staatliche Ad-hoc-Hilfen angewiesen, die keinen Rechtsanspruch auf Entschädigung begründen und stark von der medialen Wirksamkeit des Ereignisses abhängen. Dies ist weder im Sinne der Nachhaltigkeit noch der Verteilungsgerechtigkeit. Vielmehr bedarf es einer systematischen, flächendeckenden und planvollen Regelung der Schadenskompensation. Damit wird auch die bereits nach 2002 formulierte Forderung nach einer Versicherungspflicht aller Bürger gegen Elementarschäden erneut aktuell. Diese würde die Kosten für entstandene Schäden solidarisch umlegen und über Prämiennachlässe einen ökonomischen Anreiz für die private Hochwasservorsorge schaffen. In solch einem solidarischen Verbund wären auch seltene oder lokale Extremereignisse wie Erdbeben oder Erdbeben flächendeckend versicherbar.

## Interessen abwägen und koordinieren

Hochwasservorsorge braucht somit eine ausgewogene Kombination natürlicher, technischer, privater und kompensatorischer Elemente, um künftige Schäden zu verringern. Dies bedeutet auch, dass der Koordinationsaufwand nicht geringer werden wird. Vielfältige Akteure mit unterschiedlichen, manchmal konfligierenden Vorstellungen und Interessen müssen berücksichtigt werden. Gerade deshalb ist eine gesellschaftliche Debatte notwendig. Denn all diese Maßnahmen kosten nicht nur Geld, sie müssen auch miteinander bezüglich Wirkung, Kosten und Verantwortungszuweisung verglichen und abgewogen werden. Welche Verantwortung und somit Kosten sollte der Staat für Hochwasservorsorge und -kompensation übernehmen und wie viel Verantwortung bleibt bei den Bewohnern und Unternehmen der Hochwassergebiete? Die Hochwasservorsorge braucht somit nicht weniger, sondern mehr und umfassendere gesellschaftliche Risikodialoge.



Bild: Photocase / owilz

## Zum Weiterlesen

MU & BfN – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit & Bundesamt für Naturschutz (2009): Auenzustandsbericht. Flussauen in Deutschland. Download unter [http://www.bfn.de/0324\\_auenzustandsbericht.html](http://www.bfn.de/0324_auenzustandsbericht.html)  
 Dombrowsky, W. R. & Brauner, C. (1996): Defizite der Katastrophenvorsorge in Industriegesellschaften am Beispiel Deutschlands: Untersuchungen und Empfehlungen zu methodischen und inhaltlichen Fragen. Bonn.  
 Kuhlicke, C., Steinführer, A. & V. Meyer (2013): Jenseits der Leitdiffferenz von „Beton contra Natur“: Neue Paradoxien und Ungleichheiten im Hochwasserrisikomanagement. Hydrologie und Wasserbewirtschaftung, 57(2), 70-74.  
 Reese, M. (2011): Das neue Recht des Hochwasserschutzes vor den Herausforderungen des Klimawandels. Natur und Recht H. 1, 19-28.



## Mehr Informationen:

Dr. Christian Kuhlicke  
 Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung  
 Telefon: 03 41 / 235 1751  
 E-Mail: [christian.kuhlicke@ufz.de](mailto:christian.kuhlicke@ufz.de)  
[www.ufz.de](http://www.ufz.de)

Dr. Annett Steinführer  
 Johann Heinrich von Thünen-Institut  
 Telefon: 05 31 / 596 5225  
 E-Mail: [annett.steinfuehrer@ti.bund.de](mailto:annett.steinfuehrer@ti.bund.de)  
[www.ti.bund.de](http://www.ti.bund.de)

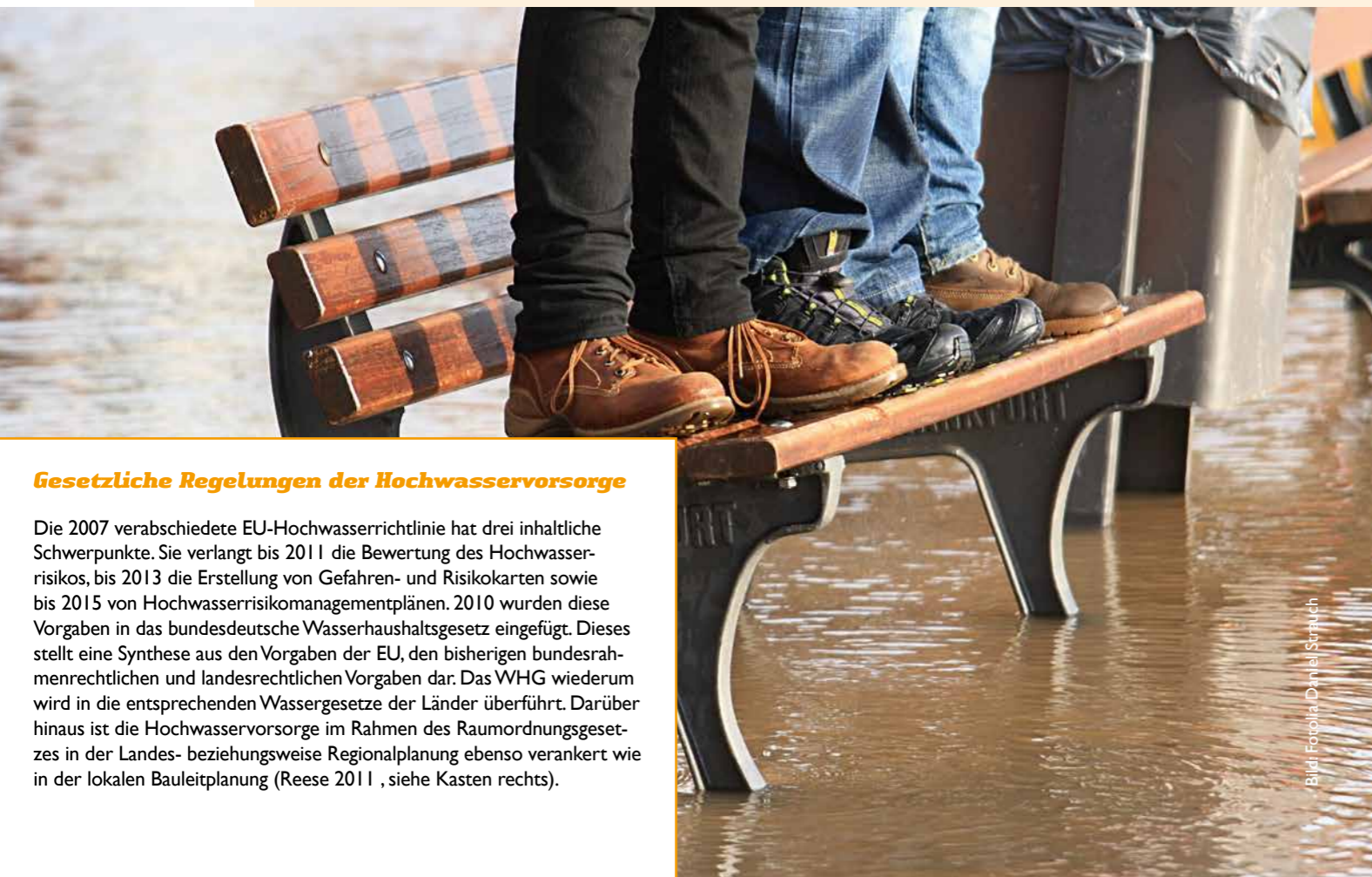


Bild: Fotolia / Daniel Schuch

## Gesetzliche Regelungen der Hochwasservorsorge

Die 2007 verabschiedete EU-Hochwasserrichtlinie hat drei inhaltliche Schwerpunkte. Sie verlangt bis 2011 die Bewertung des Hochwasserrisikos, bis 2013 die Erstellung von Gefahren- und Risikokarten sowie bis 2015 von Hochwasserrisikomanagementplänen. 2010 wurden diese Vorgaben in das bundesdeutsche Wasserhaushaltsgesetz eingefügt. Dieses stellt eine Synthese aus den Vorgaben der EU, den bisherigen bundesrechtlichen und landesrechtlichen Vorgaben dar. Das WHG wiederum wird in die entsprechenden Wassergesetze der Länder überführt. Darüber hinaus ist die Hochwasservorsorge im Rahmen des Raumordnungsgesetzes in der Landes- beziehungsweise Regionalplanung ebenso verankert wie in der lokalen Bauleitplanung (Reese 2011, siehe Kasten rechts).



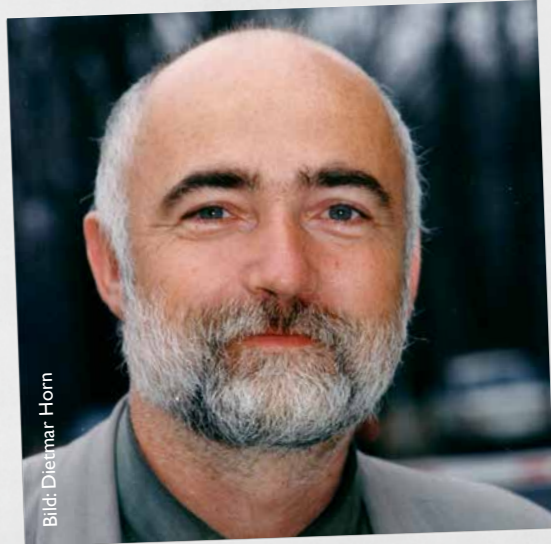


Bild: Diemar-Horn

**Prof. Dr. Matthias Freude,  
Präsident des Landesumweltamtes  
Brandenburg**

## „Wir brauchen ein Umdenken im Hochwasserschutz“

Prof. Dr. Matthias Freude ist seit 20 Jahren Präsident des Landesumweltamtes Brandenburg. Seit 1997 kümmert er sich in dieser Funktion um den Hochwasserschutz in Brandenburg und ist auch international im Hochwasserschutz aktiv. Er ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Deutschen Komitees Katastrophenvorsorge und lehrt an der Universität Potsdam sowie der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde.

### Herr Prof. Freude, wie hoch sind die landwirtschaftlichen Schäden durch das diesjährige Hochwasser in Brandenburg und was sind ihre Ursachen?

Die brandenburgischen Landwirte haben mittlerweile über 300 Entschädigungsanträge eingereicht, sie erhalten damit voraussichtlich über 200 Millionen Euro. Zum einen für die klassischen Hochwasserschäden etwa durch Deichbrüche oder Rückstau an Flussmündungen. Zum anderen wurden auch große Flächen gezielt überflutet. So haben wir dieses Jahr etwa 10.000 Hektar Polder an der Unteren Havel geflutet, um den dramatisch angestiegenen Scheitel des Elbehochwassers zu kappen. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen hatten hierfür schon Jahre zuvor einen Staatsvertrag abgeschlossen, über den sie die betroffenen Landwirte gemeinsam entschädigen können. Für mich ist das ein wirklich vorzeigbares Beispiel für länderübergreifenden Hochwasserschutz in Deutschland.

### Deichrückverlegungen schaffen notwendige zusätzliche Überflutungsflächen, welche Probleme ergeben sich bei deren Umsetzung?

Für Deichrückverlegungen sind in Deutschland Planfeststellungsverfahren notwendig: Die dauern zwar sehr lange, andererseits können dabei alle Betroffenen mitreden. In der alten Linienführung des Deiches zu bauen, geht hingegen sehr viel schneller. Bei maroden Deichen ist der Wunsch der betroffenen Bevölkerung nach schnellem Bauen – und damit schneller Sicherheit – größer als nach einer langfristig sinnvollen Lösung. Außerdem gibt es häufig Widerstand seitens der Landwirte: Durch Deichrückverlegungen gehen nicht selten gute Auenböden für den Ackerbau verloren. Zwar wäre Grünlandnutzung auch weiterhin möglich, ist aber weniger attraktiv. Aus beiden Gründen scheiterte beispielsweise 2005 eine größere Deichrückverlegung am Rühstädter Bogen an der Elbe. Es gibt aber auch positive Beispiele: In der Neuzeller Niederung an der Oder sind rund 2.000 Hektar und 1.000 Kleingartenparzellen von einem neuen Flutungspolder betroffen. Hier stehen große Teile der Bevölkerung aber hinter dem Projekt, weil bei Extremhochwassern im flussab liegenden Oderbruch ohne den neuen Flutungspolder viele Menschenleben unmittelbar gefährdet wären.

### Halten Sie Enteignung für ein sinnvolles Instrument im Hochwasserschutz?

Enteignung ist immer eine Notfalllösung. Langwierig, unbeliebt und häufig auch teuer. Sie eignet sich eher als Drohkulisse.

### Deichbau und -sanierungen sind relativ teure Projekte für häufig recht wenige Einwohner. Ist eine Umsiedlung auf Dauer nicht oft günstiger?

Nicht nur in Deutschland werden Hochwasserrisiken viel zu selten unter dem Kosten-Nutzen-Aspekt abgewogen. Natürlich ist Umsiedlung manchmal die langfristig sinnvollste Lösung, in der Praxis aber schwer umzusetzen. Seit der Klimawandel die Kosten für den Hochwasserschutz in bisher unbekannte Höhen treibt, findet in ganz Europa aber ein Umdenken statt. Deshalb gibt es seit 2009 auch die Hochwasserrisikomanagementrichtlinie der EU. Der Schutz von Menschen, Kulturgütern und wirtschaftlichen Aktivitäten – in dieser Abstufung – sind die wichtigsten Ziele. Wenn man diese Hierarchie konsequent anwenden würde, wäre dies ein klares Bekenntnis zu einem Umdenken im Hochwasserschutz. Wiesen, Felder und nahezu unbesiedelte Flächen müssen nicht zwangsläufig genau so hohe und stabile Deiche haben wie geschlossene Siedlungsgebiete. Und neue Überflutungsflächen können langfristig den Hochwasserschutz sogar preiswerter machen. Mit jedem zusätzlichen Extremereignis steigen die Chancen für dieses Umdenken.

### Verhindern vielleicht auch die Förderrichtlinien des ELER und der Strukturfonds, dass eine Umsiedlung in Betracht gezogen wird?

Sicher, ich bin da aber guter Hoffnung. Nach der neuen Richtlinie müssen alle EU-Mitgliedsstaaten bis Ende 2015 ihre Pläne fertiggestellt haben, wie sie den Hochwasserschutz nach den neuen Kriterien umsetzen wollen. Auch hier gilt das Kosten-Nutzen-Prinzip. In künftigen Förderrichtlinien der EU wird sich dieses neue Herangehen – auch der kostenbewusste vorbeugende Hochwasserschutz – sicher niederschlagen.

Das Gespräch führte Juliane Mante.

## „Nichtwissen gilt nicht mehr“

Dr. Peter Heiland arbeitet bei der Beratungs- und Ingenieurgesellschaft INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner in Darmstadt. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte ist das Hochwasserrisikomanagement. Er ist Mitglied der DWA-Arbeitsgruppe „Hochwasserangepasstes Planen und Bauen“, zudem lehrt er im Studiengang „Planungs- und Bauprojektmanagement“ an der FH Mainz.



Bild: INFRASTRUKTUR &amp; UMWELT Darmstadt

**Dr. Peter Heiland,  
INFRASTRUKTUR & UMWELT Darmstadt**

### Herr Dr. Heiland, laut Paragraph 78 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dürfen in festgesetzten Überschwemmungsgebieten (ÜSG) keine Baugebiete ausgewiesen werden. Die Kommunen haben hier aber einen Ermessensspielraum, worin besteht dieser?

Der kritische Punkt ist aktuell folgender: Bis Ende dieses Jahres müssen die Länder nach der EU-Hochwasserrisikomanagementrichtlinie in Gefahrenkarten das statistisch einmal in hundert Jahren überschwemmte Gebiet veröffentlichen. Daran werden dann zukünftig die rechtlich bindend festgesetzten ÜSG anzupassen sein. Diese werden oft mehr Fläche einnehmen als bisher oder überhaupt erstmals festgelegt. Die Kommunen müssen dies akzeptieren, außer sie können Fehler bei der Berechnung nachweisen. Grundsätzlich dürfen innerhalb von ÜSG keine neuen Baugebiete ausgewiesen werden. Es sei denn, die Kommune kann nachweisen, dass sie keine anderen Entwicklungsmöglichkeiten hat. Das dann geplante Baugebiet darf keine Leben gefährden oder Gesundheits- oder Sachschäden hervorrufen. Es darf nicht nachteilig auf Hochwasserabfluss und -rückhaltung, den bestehenden Hochwasserschutz sowie auf Oberlieger und Unterlieger wirken. Die Kommune muss außerdem den verloren gegangenen Rückhalteraum ersetzen und die Belange der Hochwasservorsorge beachten. Und Gebäude dürfen nur so errichtet werden, dass keine baulichen Schäden durch Hochwasser zu erwarten sind. Ähnliches gilt auch für einzelne bauliche Anlagen.

### Nutzen denn viele Kommunen diesen Spielraum?

Es passiert selten, dass Kommunen wider besseres Wissen völlig neue Baugebiete in ÜSG planen. Aber sie machen zum Beispiel bei der Erweiterung von gewerblichen Anlagen oder der Errichtung von Einzelbauwerken regelmäßig Gebrauch von ihrem Ermessensspielraum. Das größte Schadenspotenzial entsteht derzeit dadurch, dass bestehende Baugebiete verdichtet werden, die gebaut wurden, als die Kommune sich der Hochwassergefahr nicht bewusst war. Dies entspricht ja auch unserer Siedlungspolitik: nicht die freie Fläche verbauen, sondern vorhandene Räume verdichten. Erst jetzt mit der erwähnten Gefahrenkartierung werden die Risiken so deutlich sichtbar. Vor drei Jahren gab es solche Karten gerade mal für 40 bis 50 Prozent der wichtigsten Gewässerstrecken, jetzt gibt es sie europaweit. Viele Bürgermeister sehen die Gefahrenkarten als ein Problem, das die Wasserwirtschaftsverwaltung schafft. Dabei ist die Hochwassergefahr reell und wird nicht von der Verwaltung geschaffen.

### Wenn eine Kommune in einem ÜSG Baugebiete ausweist oder bauliche Anlagen genehmigt, verschiebt sich dann die Haftung bei Hochwasserschäden stärker vom Bürger auf die Kommune?

Nein, in der Bauleitplanung müssen ja Sicherheits- und Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt und abgewogen und gegebenenfalls Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasser festgelegt werden. Wenn das fachlich und rechtlich korrekt getan wurde, alle Informationen berücksichtigt und an den Bauherren weitergegeben wurden, ändert sich nichts an der Haftung. Nach WHG liegt der Hochwasserschutz in der Verantwortung des Einzelnen. Nur wenn in der Bauleitplanung Fehler gemacht wurden, muss gegebenenfalls die Kommune oder der Bürgermeister für auftretende Schäden haften.

### Sollte Ihrer Meinung nach der Hochwasserschutz restriktiver umgesetzt werden?

Ich denke nicht. Der Aufschrei der Kommunen bei der Festlegung der ÜSG zeigt ja, dass der vorhandene rechtliche Rahmen ihnen hier wenig Spielraum bietet. Verbesserungsbedarf gibt es aber bei der vorausschauenden hochwasserangepassten Gebäudeplanung. In den Landesbauordnungen gibt es zum Beispiel bisher keine Vorgaben zum Hochwasserschutz beim Hausbau. Die Regelungen innerhalb des WHG hierzu sind den Architekten oft gar nicht bekannt. So entstehen die meisten Konflikte durch einen Mangel an Risikoinformation und Akzeptanz. Wir müssen mehr informieren und Bewusstseinsbildung betreiben, damit frühzeitig hochwasserangepasst geplant und somit auch gebaut wird.

Das Gespräch führte Juliane Mante.



**Familie Northe aus Fischbeck in Sachsen-Anhalt**

## „Die ehrenamtliche Hilfe war überwältigend“

Dieter Northe ist 54 Jahre alt und bewirtschaftet zusammen mit seinem Sohn einen landwirtschaftlichen Betrieb in Fischbeck an der Elbe in Sachsen-Anhalt. Sie betreiben auf 450 Hektar überwiegend Ackerbau mit den Früchten Zuckerrüben, Raps, Weizen, Roggen und Mais. 25 Hektar werden als Grünland genutzt, unter anderem für eine Herde von 30 Mutterkühen. Der Pachtanteil beträgt 62 Prozent, 100 Hektar Grünland sind außerdem an die benachbarte Agrargenossenschaft verpachtet. Als Lohnunternehmen bietet der Betrieb zusätzlich landwirtschaftliche Dienstleistungen an. Neben den Familienarbeitskräften sind drei fest angestellte Mitarbeiter beschäftigt.

### Herr Northe, Ihr Betrieb liegt in Fischbeck, das in diesem Jahr dramatisch vom Hochwasser betroffen war. Welche landwirtschaftlichen Schäden gibt es in Ihrer Region?

In den benachbarten Orten Jerichow, Fischbeck und Schönhausen sind 20 Betriebe, darunter die Hälfte Milchviehbetriebe, sehr stark betroffen. Richtig große Schäden gab es auf circa 4.000 Hektar. Unser Problem war, dass wir den Prognosen vertraut hatten, in denen es bis zum Schluss hieß, dass unser Deich sicher sei. Deshalb hatten wir zu wenige Vorkehrungen für den Ernstfall getroffen. Bis kurz vor dem Deichbruch haben wir alle gemeinsam versucht, diesen zu verhindern, da kaum Bundeswehr und THW vor Ort waren. Trotzdem ist der Deich dann nachts gebrochen und innerhalb von drei Stunden war alles überflutet, auch Wohn- und Wirtschaftsgebäude und Ställe. Wir haben nahezu 100 Prozent Ernteausfall auf den überfluteten Flächen. Von den knapp 450 Hektar, die wir bewirtschaften, konnten wir noch fünf Hektar ernten. Vom Grünland haben die Betriebe nur den Maischnitt, das heißt, es gibt kaum Futter und keine Einstreu mehr.

### Wie haben Sie es geschafft, diese Situation zu meistern?

Unser großes Glück ist der gute Zusammenhalt der landwirtschaftlichen Betriebe in unserer Region. Da wir Hochwasserregion sind, waren wir schon immer sehr vernetzt. Wir haben uns gegenseitig geholfen, die Tiere zu evakuieren und Futter zu besorgen. Dadurch konnten wir die Tierverluste in Grenzen halten. Und die Unterstützung der privaten Helfer war Wahnsinn. Wir hatten insgesamt bestimmt 200 Leute auf dem Hof, die uns unentgeltlich geholfen haben, die Landschaft von Unrat zu räumen und die Ställe und Gebäude grob zu säubern. Und dann ist da noch die große Solidarität der nicht vom Hochwasser betroffenen Landwirte in anderen Regionen, die uns zum Beispiel mit Futter unterstützen. Das weiteste Angebot kam aus Koblenz. Viel Futter lagert immer noch irgendwo zwischen. Die Spendengelder der Schorlemer-Stiftung des Deutschen Bauernverbandes waren sehr schnell und effektiv. Und auch der Agrarhandel und die Raiffeisenbanken waren sehr solidarisch. Sie haben uns Stundungen beziehungsweise Überbrückungskredite gewährt. Es müssen ja jetzt insgesamt zwei Ernten vorfinanziert werden – die durch das Hochwasser ausgefallene und die kommende. Alle unsere Kosten, wie Personalkosten und Aufwendungen, laufen ja weiter, die Spenden sind im Moment aber unsere einzigen Einnahmen. Die Hilfe von offizieller Seite war

leider nicht ganz so schnell und effektiv. Abgesehen von der Soforthilfe von 5.000 Euro treffen die offiziellen Hilfgelder erst jetzt ein. Insgesamt glaube ich aber, dass wir Landwirte mit der Situation besser umgehen können als Privatleute, denn wir sind es als Unternehmer gewohnt, schnelle Entscheidungen für den Betrieb zu treffen. Wenn es ins Private geht, ist das weitaus dramatischer, das sehe ich hier im Ort.

### Wie lange wird es dauern, bis Sie und Ihre Kollegen den ganz normalen Betriebsablauf wiederherstellen können?

Die Ställe sind alle wieder in Betrieb. Das Problem sind die Altgebäude aus gebranntem Stein, etwa die Wohn- und Bürogebäude, die trocken immer noch aus. Eventuell ist ein Drittel dieser Gebäude später wieder nutzbar. Wir selbst wissen auch nicht, ob wir unsere Büro- und Wirtschaftsgebäude wieder nutzen können. Hilfgelder hierfür können wir erst dann beantragen, wenn der endgültige Schaden durch einen Gutachter festgestellt ist.

Unsere Flächen haben wir mithilfe der Rekultivierungsprämie wiederhergestellt. Den Müll, die Rückstände, den Schlamm und den Aufwuchs zu entfernen, war ein ziemlicher Kraftakt. Ungefähr 70 Prozent der Flächen sind aber bearbeitet und bestellt. Das Problem ist nur: Durch das Sommerhochwasser sind Bodenstruktur und Bodenleben fast komplett weg. Es gibt keine Lebendverbauung und keine Regenwürmer mehr. Der Boden ist bis zehn Zentimeter unter der Krume mit Wasser gesättigt, wir haben noch einen extrem hohen Grundwasserstand. Wie die kommende Ernte aussieht, ist also noch nicht absehbar. Hilfgelder für einen kommenden Ernteausfall wird es aber nicht geben. Für den Ackerbau können wir sagen: Frühestens ab der Ernte im nächsten Jahr wird der normale Betriebsablauf wiederhergestellt sein. In der Tierhaltung sieht das anders aus: Durch Krankheiten infolge der Hochwasserevakuierung mussten bis zu 20 Prozent des Viehs im Nachhinein ausgesondert werden und die Milchleistung ist auf zwei Drittel gesunken. Viehbetriebe werden sicher mehr als drei Jahre brauchen, bis sich alles normalisiert hat.

### Wird in Ihrer Region über neue Hochwasserschutzmaßnahmen nachgedacht? Wie stehen Sie zu den Überlegungen?

In Fischbeck wird es eine Deichrückverlegung geben: Über acht Kilometer wird ein komplett neuer Deich gebaut. Die Planungen dazu sind im Moment noch im Prozess. Wir spüren aber ein Umdenken:

Das Land beteiligt die Kommune und die betroffenen Bürger stärker als vorher. Wir Landwirte sind mit der Beteiligung auch ganz zufrieden, wir sind da aber auch sehr hartnäckig. Wir haben der Deichrückverlegung zugestimmt, da wir jetzt schnell eine sichere Lösung brauchen. Nach dem jetzigen Vorschlag würde ich 15 Hektar eigene Flächen verlieren und außerdem 30 Hektar gepachtete Grünlandflächen nicht mehr bewirtschaften können. Für die Pachtflächen wird es keinen Ersatz geben, die sind dann weg. Bezüglich der eigenen Flächen ist die Landgesellschaft mit einem Flächentausch beauftragt. Das wird in diesem Jahr noch passieren. Wie das Resultat aussieht, werden wir dann sehen. Außerdem werden neue Gräben gezogen und neue Zuwegungen für einen besseren Hochwasserschutz gebaut. Wie groß der damit verbundene Flächenverlust für uns ist, ist noch nicht absehbar.

### Denken Sie manchmal über eine Umsiedlung des Betriebes nach?

Ich selbst denke laufend über einen Wegzug nach, denn ich sehe hier im Ort, wie schlimm es für die alten Leute ist, durch das Hochwas-

ser entwurzelt worden zu sein. Das möchte ich selbst im Alter nicht erleben. Und die Angst, dass wieder etwas Ähnliches passiert, bleibt immer im Hinterkopf. Aber einen landwirtschaftlichen Betrieb kann man nicht einfach in die Tasche packen und mitnehmen. Unser Sohn möchte hierbleiben und den Betrieb weiterführen.

### Was sollte sich an der Hochwasserschutz- und Entschädigungspolitik ändern?

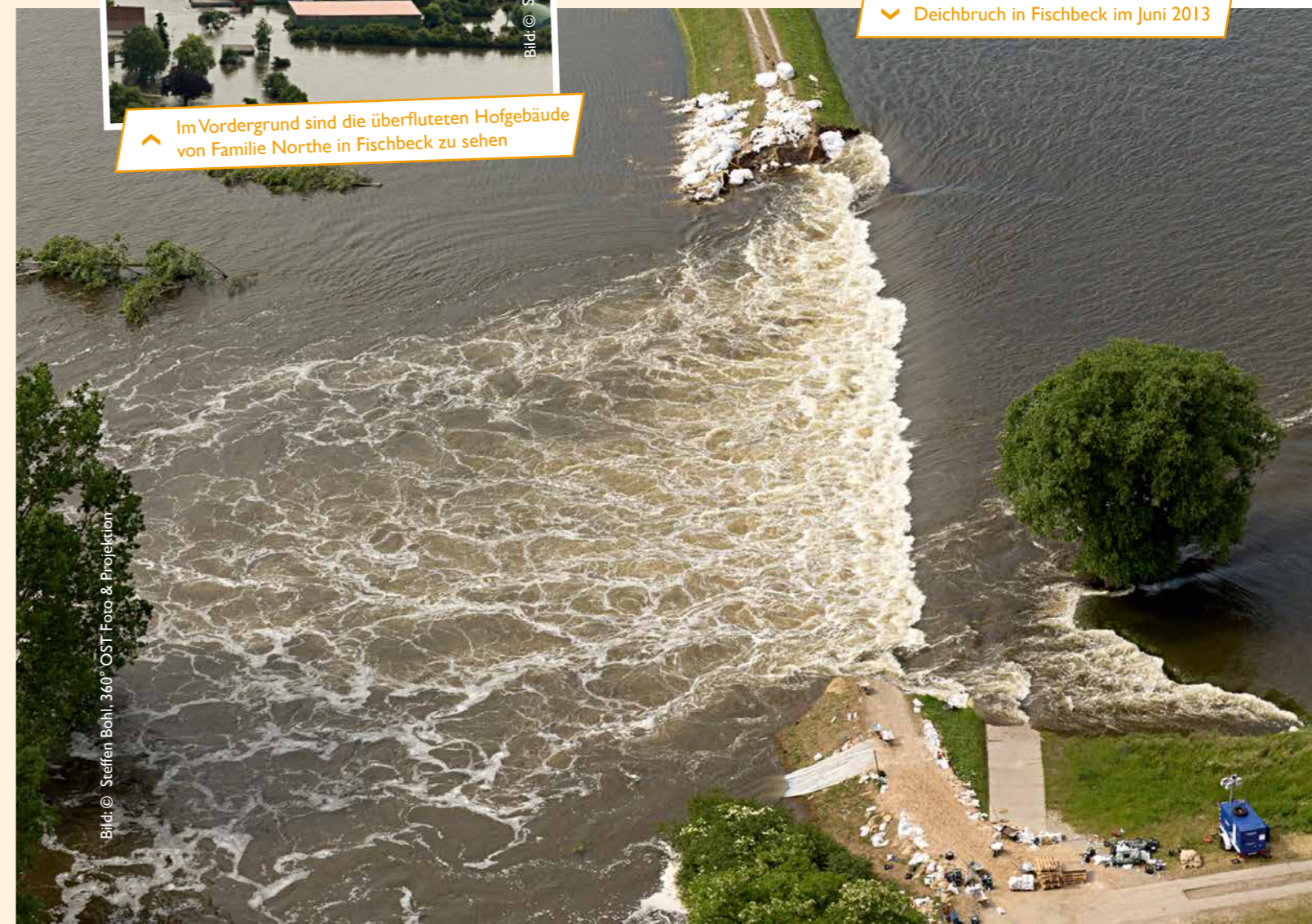
Wir brauchen insgesamt mehr Transparenz und mehr Beteiligung. Ich erwarte nicht, dass ich als Eigentümer in allen Belangen beteiligt werde. Aber zumindest die Kommunen müssen aktiv am Hochwasserschutz beteiligt werden und uneingeschränkte Einsicht in alle Protokolle der zuständigen Landesbetriebe haben. Sonst gibt es solche Diskussionen wie bei uns: Wer hat vom dem Schwachpunkt gewusst? Wurde der Bruch toleriert um andere Regionen zu schützen? Es geht auch nicht, dass wir fast drei Monate die Situation nur über ehrenamtliche Helfer und Spendengelder gemeistert haben. Wir haben hier jetzt das Problem, dass Ehrenamtler wegen falsch getroffener Entscheidungen vor Gericht erscheinen sollen. In solchen Notfällen müssen staatliche Kommissare eingesetzt werden, die in der Lage sind solche Katastrophen zu meistern. Außerdem ist die Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg sehr verbesserungswürdig, sie scheidet schon an unterschiedlichen Begrifflichkeiten. Hier muss sich unbedingt etwas ändern.

Das Gespräch führte Juliane Mante.

Deichbruch in Fischbeck im Juni 2013



Im Vordergrund sind die überfluteten Hofgebäude von Familie Northe in Fischbeck zu sehen



# Ein Fluss – Eine Gemeinschaft

**Große Flüsse und Ströme machen nicht vor Grenzen halt. Ein vorausschauender Hochwasserschutz muss deshalb auch grenzüberschreitend sein. Partner aus Deutschland, Tschechien, Ungarn und Österreich haben im transnationalen INTERREG-Projekt ELLA eine vertrauensvolle, konstruktive Zusammenarbeit genau zu diesem Thema aufgebaut. Die Fortsetzung hieß LABEL – wie ELLA ein Wortspiel mit dem Stromnamen Elbe, der tschechisch „Labe“ lautet.**

Von Peter Heiland

Im August 2002 überschwemmten Rekordfluten acht Staaten in Mitteleuropa. Sie kosteten 20 Menschenleben und brachten Milliarden Schäden. Als Konsequenz dieser Naturkatastrophe startete im September 2002 die Initiative ELLA. Von 2003 bis 2006 waren über 20 nationale, regionale und lokale Partner, vor allem aus Tschechien und Deutschland, in dem EU-geförderten Projekt aktiv. Die Idee hört sich so einfach wie selbstverständlich an: Wer in einem internationalen Flussgebiet das Hochwasserrisiko verringern will, muss mit allen Nachbarn kooperieren. Es zeigte sich: Ganz so einfach ist es nicht. Für den Erfolg der transnationalen Kooperation bedurfte es auch Geduld und Hartnäckigkeit.

## Durchhaltevermögen, das Früchte trägt

2006 und 2010 trat das Elbewasser wieder vielerorts über die Ufer. 2013 die nächste Katastrophe: Eine große Flutwelle von Tschechien bis zur Nordsee verursachte abermals Milliarden Schäden. Doch trotz der Schreckensmeldungen zeigte sich, dass viele betroffene Gebiete inzwischen besser vorbereitet waren. Es konnten 2013 einige Schäden verhindert oder

vermindert werden, die vor elf Jahren noch unabwendbar erschienen. Menschen waren diesmal besser vorgewarnt, die deutschen Städte wussten lange, bevor die Welle kam, wann in Tschechien die Staustufen geöffnet werden mussten. Auch ELLA hat hierzu einen wichtigen Grundstein gelegt: Akteure aus der Raumplanung und Wasserwirtschaft in Staaten und Regionen entlang der Elbe einigten sich auf gemeinsame Aktivitäten, um Hochwasser vorzubeugen. Neben Risikokarten wurde ein grundlegender Aktionsplan für die Elbe entwickelt. Schäden können bei extremen Naturereignissen niemals ganz verhindert werden. Das Anliegen von ELLA war es, Vorsorge zu treffen und Zusammenarbeit zu üben, solange es kein Hochwasser gibt. Diese Initiative wurde in dem Folgeprojekt LABEL bis 2012 fortgesetzt.

## Schlüsselakteure zusammenbringen

Das Sächsische Staatsministerium des Innern initiierte als Raumplanungsbehörde im Zentrum des Elbegebietes das Projekt und übernahm für die fachübergreifende Koordination der notwendigen Aktivitäten die Verantwortung. Erstmals arbeiteten Partner aus

## Projektaktivitäten in LABEL: von Raumordnung über Wanderausstellung und Elbe-Radfahrer bis zu Studienreise oder Konferenz „Elbe grenzenlos“

### Die Projektpartner

#### Deutschland

- Sächsisches Staatsministerium des Innern
- Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt
- Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt & Naturschutz
- Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft
- Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft & Geologie
- Landkreis Ludwigslust-Parchim
- Bundesanstalt für Gewässerkunde
- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

#### Tschechische Republik

- Ministerium für Umwelt der Tschechischen Republik
- Bezirk Aussig

- Bezirk Südböhmen
- Bezirk Pilsen
- Bezirk Königgrätz
- Mittelböhmischer Bezirk
- Bezirk Reichenberg
- Bezirk Pardubitz
- Wasserverband Elbe
- Wasserverband Moldau

#### Österreich

- Lebensministerium Österreich

#### Ungarn

- Gewässerdirektion Mittlere Theiß

#### Projekt

Laufzeit: 09/2008 – 08/2012  
Gesamt-Budget: 4.215.680 €

Durchführung im Rahmen von CENTRAL EUROPE, Ko-Finanzierung durch den Europäischen Fonds für Regionalentwicklung



Grafik: © Infrastruktur & Umwelt / SMI



Projektpartner des INTERREG-Projektes LABEL

Deutschland, Tschechien, Österreich und Ungarn staats- und fachübergreifend an der Entwicklung einer gemeinsamen Strategie zur Hochwasservorsorge und zur Anpassung an Hochwasserrisiken im gesamten Flussgebiet. Vertreten waren Wasser- und Raumplanungsbehörden aus den meisten deutschen und tschechischen Regionen des Einzugsgebietes. Über Arbeitsgruppen, Workshops und Konferenzen wurden Kommunen und Interessengruppen beispielsweise aus Tourismus, Schifffahrt und beim ELLA-Projekt auch der Landwirtschaft eingebunden. Die Finanzierung erfolgte zu einem großen Teil aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Zusammenarbeit und aus Eigenanteilen aller Projektpartner.

## Gemeinsam Risiken erkennen und handeln

Die lokale Risikobewertung stand genauso im Fokus wie gemeinsame Karten, ein Risikomanagementsystem sowie Maßnahmen, um die Öffentlichkeit für Hochwasserrisiken zu sensibilisieren. Anhand einer Analyse von Konflikten zwischen Bebauungsplänen und Überschwemmungsgebieten diskutierten Menschen aus betroffenen Gemeinden über hochwasserangepasstes Planen und Bauen. Ergänzend wurde in juristischen Gutachten und Workshops weniger die planerische Lösung als vielmehr die rechtliche Situation hinterfragt. Durch die Zusammenarbeit sind während der zehn Jahre enge Partnerschaften auf politischer, kommunaler und Forschungsebene gewachsen, etwa die Hochwasserpact Elbe als Plattform für den Informationsfluss und die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit von bislang dreizehn Kommunen. ELLA und LABEL waren auch Katalysatoren für innovative Produkte: So stellt beispielsweise der Elbe-Atlas potenzielle Überflutungsflächen länderübergreifend dar und integriert Angaben zur Vermögenswertbestimmung. Im LABEL-Projekt wurde ein Ansatz für die einzugsgebietsweite Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie erarbeitet. Dies hat die Aufmerksamkeit der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe erzeugt – sie bezieht das Projekt und seine Ergebnisse nun in eigene Arbeiten ein.

## Widersprüchliche Ansprüche

Das LABEL-Projekt beinhaltet 53 Einzelaktivitäten (siehe Karte), neu aufgegriffen wurde das Thema wasserbezogene Nutzung und deren Koordination. Risikoversorge, Tourismus, Erholung, Wohnen oder Verkehr stellen unterschiedliche, teilweise widersprüchliche Anforderungen an den Fluss. So ist die Elbe vor allem bei Rad- und Wassertouristen beliebt – gleichzeitig ist sie aber als transnationaler Verkehrsweg Teil eines intermodalen Systems. Auch das Wohnen am Fluss wird vermehrt nachgefragt. Siedlungen in Überflutungsbereichen stehen aber im Widerspruch zu Vorsorgemaßnahmen, die das Freihalten dieser Bereiche erfordern.

Um Nutzung und Nachfrage entlang des Flusses weitsichtig zu koordinieren, wurden beim LABEL-Projekt Raumplanungsinstrumente weiterentwickelt und in eine umfassende Strategie für das Elbeeinzugsgebiet eingebettet. Gerade in diesem Bereich bedarf es aber auch

zukünftig großer Anstrengungen: Ende 2013 werden für ganz Europa Gefahren- und Risikokarten veröffentlicht, die für jeden sichtbar machen, wo sich Überflutungen im Ernstfall ereignen werden. Doch das dort, wo das Wasser hoch stehen kann, besser nicht gebaut werden sollte, oder Baugebiete erweitert werden sollten, ist nicht nur für betroffene Grundeigentümer oft schwierig einzusehen. Überzeugungsarbeit wird für die transnationalen Partner eine fortwährende Aufgabe bleiben.

## Es geht weiter

Im August 2012 fand die LABEL-Abschlusskonferenz unter dem Motto „Alle in einem Boot“ statt, bei der auch die gemeinsame Strategie LABEL-ELBE 2012plus (siehe Kasten) vorgestellt wurde. Dieser formale Abschluss müsse, so betonten hochrangige Repräsentanten aller Projektpartner – von Bundes- über Landesministerien bis zu regionalen oder kommunalen Amtsträgern –, auch ein Anfang sein: zu langfristiger Kooperation, zur Umsetzung zahlreicher weiterer Maßnahmen und zur Solidarität. Das in ELLA und LABEL erarbeitete und zusammengewachsene Netzwerk soll mittelfristig für die Umsetzung der vereinbarten Ziele und Maßnahmen gesichert werden – die Projektpartner wollen wieder eine Förderung durch das INTERREG-Programm beantragen.

## LABEL-ELBE 2012plus: Eckpunkte für zukunftsfähigen Hochwasserschutz

Alle mit ins Boot nehmen!  
Vor Ort Risiken vermindern!  
Voneinander lernen!  
Erfolge weiterführen!

Mehr Infos zum Projekt: [www.label-eu.eu](http://www.label-eu.eu)



**Mehr Informationen:**  
Dr.-Ing. Peter Heiland  
INFRASTRUKTUR & UMWELT  
Professor Böhm und Partner  
Telefon: 06151 / 81 30-0  
E-Mail: [peter.heiland@iu-info.de](mailto:peter.heiland@iu-info.de)  
[www.iu-info.de](http://www.iu-info.de)

Dirk Dressler  
Sächsisches Staatsministerium des Innern  
Europäische Raumordnung, Regionalentwicklung,  
Wilhelm-Buck-Straße 2  
Telefon: 0351 / 564-34 52  
E-Mail: [dirk.dressler@smi.sachsen.de](mailto:dirk.dressler@smi.sachsen.de)  
[www.sachsen.de](http://www.sachsen.de)



Flussdeiche mit erosionsstabiler Innendichtung

# Gefahren erkennen, mit ihnen leben und umgehen

**Im Jahr 2001 beschloss die bayerische Staatsregierung das Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020. Erfolgreich setzt es auf die Kombination dreier Handlungsfelder. Gleichzeitig zeigt sich: Hochwasserschutz wird uns weit über das Jahr 2020 hinaus fordern.**

Von Erich Eichenseer

Ein verheerendes Pfingsthochwasser im Jahr 1999 war der Auslöser für den Beschluss des bayerischen Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020 (AP 2020). Überdurchschnittliche Hochwasserereignisse der Jahre 2002, 2005 und 2013 haben die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema weiter gestärkt. Das Bedürfnis nach Hochwasserschutz ist gestiegen und volkswirtschaftlich auch geboten. Damit dieser auch nachhaltig wirkt, braucht es eine ursachenorientierte, integrale und effiziente Schutzstrategie.

## Bayerisches Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020

Kernziele des Programms sind, vorhandene Schäden zu verringern, künftiges Schadenspotenzial zu vermeiden und einen ausreichenden Hochwasserschutz für Siedlungen und hochwertige Infrastruktureinrichtungen zu gewährleisten. Dabei werden auch neue Entwicklungen wie der Klimawandel berücksichtigt. Seit 2001 bündelt das AP 2020 deshalb Maßnahmen zum Hochwasserschutz in drei Handlungsfelder: natürlicher Rückhalt, technischer Hochwasserschutz und Hochwasservorsorge (siehe Abbildung). Das Programm definiert fachliche Ziele, für deren Umsetzung eine Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen behördlichen Ebenen nötig ist. Für den Hochwasserschutz an größeren Flüssen ist der Freistaat verantwortlich. Mit diesen Gewässern I. und II. Ordnung befassen sich 17 regional verteilte staatliche Wasserwirtschaftsämter. Sie planen, teilweise unterstützt durch Ingenieurbüros, und setzen Maßnahmen um. Die Bezirksregierungen als Mittelbehörden haben dabei eine Controllingfunktion. Das Ministerium steuert nach Priorität

und finanziert die Maßnahmen. Für den Hochwasserschutz an kleinen Flüssen und Bächen, den Gewässern III. Ordnung, sind die Kommunen verantwortlich. Ihnen bieten die Wasserwirtschaftsämter fachliche und finanzielle Unterstützung mit einem im AP 2020 integrierten Förderprogramm. Die Zuschüsse liegen zwischen 50 und 75 Prozent. Knapp über der Halbzeit der Programmlaufzeit hat der Freistaat 1,6 Milliarden Euro des 2001 mit 2,3 Milliarden Euro ausgestatteten Programms in den Hochwasserschutz investiert.

## Wasser dort halten, wo es anfällt

Maßnahmen zum natürlichen Rückhalt zielen darauf, Niederschläge im gesamten Einzugsgebiet, in den Auen und in den Gewässern zu halten (siehe Abbildung). Mit ihnen werden nicht nur Abflussgeschwindigkeiten reduziert, sondern durch die Schaffung natürlicher Rückhalteräume, die naturnahe Gewässerentwicklung und die Pflege natürlicher, stabiler Gewässerstrukturen auch ökologische Anliegen und die Biodiversität unterstützt. Weitere Aspekte sind die Versickerung von Regenwasser und eine schonende Landbewirtschaftung. Maßnahmen im Handlungsfeld „Natürlicher Rückhalt“:

- Bis zur Halbzeit des Aktionsprogramms 2020 wurden
- rund 55 km Deiche zurückverlegt,
- an 78 % der Gewässern I. und II. Ordnung Gewässerentwicklungspläne aufgestellt,
- 764 km Gewässerstrecke und 1.883 ha Uferflächen renaturiert,
- 230 ha Auwälder aufgeforstet,
- über 8 Mio. m<sup>3</sup> ungesteuerter Retentionsraum aktiviert.

## Siedlungen vor Überflutung schützen

Der Hochwasserschutz von Siedlungsflächen wird durch technische Maßnahmen ergänzt (siehe Abbildung). Die bisher umgesetzten Maßnahmen schützen weitere rund 400.000 Menschen vor einem hundertjährigen Hochwasser. Neben alten und neuen Rückhaltebecken ist seit 2007 zudem der erste von sechs geplanten Flutpoldern mit einem Auffangvolumen von 6,6 Millionen Kubikmetern in Betrieb. Außerdem wurden Kies-, Wildholz- und Murgangsperrern zum Schutz von rund 45 000 Einwohnern im Bereich bayerischer Wildbäche geschaffen. Maßnahmen im Handlungsfeld „Technischer Hochwasserschutz“:

- Seit dem Jahr 2001 wurden im Rahmen des Aktionsprogramms 2020
- rund 78 km neue Hochwasserschutzmauern gebaut,
- 107 km neue Deiche und 5 km mobile Schutzwände errichtet,
- 277 Kilometer Deiche saniert
- 280 km von rund 1.400 km Schutzanlagen saniert,
- rund 8,6 Mio. m<sup>3</sup> neue Hochwasser-Rückhaltevolumina geschaffen.

Dass der technische Hochwasserschutz funktioniert, haben die staatlichen Rückhaltebecken und Talsperren nicht zuletzt beim extremen Hochwasserereignis im Juni 2013 gezeigt. Hier wurde der in Bayern Ende 2004 eingeführte, fünfzehnprozentige Zuschlag zur Bemessung neuer Einrichtungen, der sogenannte „Klimafaktor“, als richtig und zukunftsweisend bestätigt. Doch trotz aller Fortschritte ist der Bedarf – auch unter dem Eindruck zunehmender Hochwasserereignisse – stetig gestiegen. In den letzten Jahren haben die Wasserwirtschaftsämter im Auftrag des Ministeriums systematisch alle Brennpunkte in Form von Basisstudien untersucht und dabei weitere Lücken ermittelt. Die Maßnahmen zum technischen Hochwasserschutz werden nach einer fachlichen Prioritätensetzung – vor allem hinsichtlich des Kosten-Schadenspotenzials – umgesetzt. Eine Voraussetzung dafür ist die finanzielle Beteiligung der Kommunen, wie sie das Bayerische Wassergesetz vorsieht.

## Mit dem Restrisiko umgehen

Neben natürlichem Rückhalt und technischem Hochwasserschutz sind die Maßnahmen der weitergehenden Hochwasservorsorge eine wichtige Ergänzung (siehe Abbildung). Vorsorge zu tragen, liegt in der Verantwortung unterschiedlicher Betroffener: vom einzelnen Hausbesitzer über die Katastrophen-Einsatzkräfte bis hin zur Verwaltung. Hier bedarf es zum einen der Bewusstseinsbildung, zum anderen aber auch der schnellen Information. Freistaatliche Informationsdienste wie der „Informationsdienst Überschwemmungsgefährdete Gebiete“ vermitteln Wissen über Gefahrenbereiche, frühere Ereignisse und richtige Verhaltensweisen. Inzwischen wurde ein eigenes Naturgefahrenportal im Internet geschaffen, das alle Informations- und Warndienste übersichtlich bündelt. Als weitere Vorsorgeinstrumente wurden beispielsweise an allen größeren Gewässern die Überschwemmungsgebiete ermittelt, der Hochwassernachrichtendienst weiterentwickelt sowie Messnetze für Pegel und Niederschläge verbessert.

## Gute Gründe zum Weitermachen

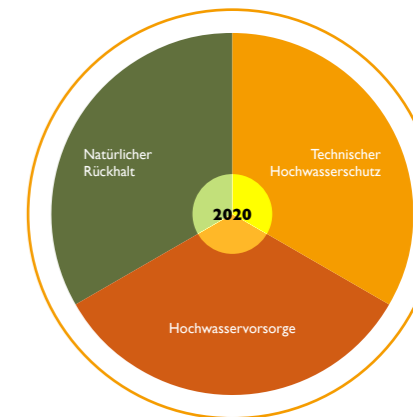
Zu Schäden und Katastrophen kam es im Juni 2013 an alten Schutzanlagen, die noch nicht dem aktuellen Stand der Technik entsprachen oder sanierungsbedürftig waren. Trotzdem konnten bei diesem Hochwasser Schäden verhindert werden, die in ihrer Größenordnung den gesamten bisher verausgabten Mitteln des Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020 entsprechen. Das AP 2020 hat sich sozusagen bereits mehrfach amortisiert, auch die gewählte Strategie hat sich als richtig bestätigt. Das motiviert die Akteure, tendenziell muss man sich auf steigende Hochwasserabflüsse, zunehmende Häufigkeiten und Extremereignisse jenseits der normalen Bemessung einstellen. Die bayerische Hochwasserstrategie wird daher in dem „Aktionsprogramm 2020plus“ fortgeschrieben. Dazu wird der Finanzrahmen des Bauprogramms erhöht und nach den Erfahrungen aus dem Juni-Hochwasser 2013 zudem die technisch-strategische Ausrichtung justiert. Neue Schwerpunkte sollen

unter anderem beim Rückhaltekonzept, bei der Renaturierung von Abflussbereichen und der Erhöhung der Widerstandskraft vorhandener Hochwasserschutzanlagen inklusive Konzepte zur räumlichen Begrenzung von Flutungen bei Deichversagen gesetzt werden. Da die Kapazitäten bereits gut ausgenutzt sind, sollen neue Rückhaltespeicher gebaut und über ein integrales Speichermanagement alle Anlagen vernetzt betrieben werden.

## Risibodialog zur Vorsorge

Die im Jahr 2007 erlassene EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie verleiht der Hochwasservorsorge ein besonderes Gewicht: An allen Gewässerstrecken mit signifikantem Risiko sind Hochwasserrisikomanagementpläne aufzustellen. Diese Managementpläne werden in Zusammenarbeit mit allen Betroffenen erstellt und erfordern einen verstärkten Risikodialog und eine intensivere fach- und ressortübergreifende Abstimmung. Hier werden verstärkt Vorsorgemaßnahmen, insbesondere für das Restrisiko, eine Rolle spielen und die Nachsorge von Ereignissen wird an Bedeutung gewinnen. Für das bayerische Maingebiet wurde bereits Ende 2010 ein Hochwasserrisikomanagementplan erarbeitet, der unter [www.hopla-main.de](http://www.hopla-main.de) der Öffentlichkeit zugänglich ist.

## Hochwasserschutz (HWS) – Aktionsprogramm 2020



- HWS in Städten, Gemeinden
- Deichsanie rung
- Speicher und Rückhaltebecken
- Flutpolder
- WS an Wildbächen

- Gewässerentwicklung
- Schutzwaldsanie rung
- Renaturierung
- Deichrückverlegung
- Auendynamisierung

- Flächenvorsorge
- Bauvorsorge
- Verhaltensvorsorge
- Risikovorsorge

Quelle: STMUV



### Mehr Informationen:

Erich Eichenseer  
 Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz  
 E-Mail: [erich.eichenseer@stmuv.bayern.de](mailto:erich.eichenseer@stmuv.bayern.de)  
 Telefon: 089 / 92 14 43 17



Bild: Fotolia / Thaut Images

## Integrierter Hochwasserschutz an Innerste und Oker

**Im Rahmen eines Modellprojekts haben sieben niedersächsische Kommunen ein integriertes Hochwasserschutzkonzept erarbeitet. Die „Hochwasserschutzpartnerschaft Nördliches Harzvorland“ setzt nun die erarbeiteten Ansätze um. Ihr Ansatz: Hochwasserschutz wirkt dann langfristig und effizient, wenn er ganzheitlich gedacht und öffentlich akzeptiert ist.**

Von Jana Freimann und Sandra Ramdohr

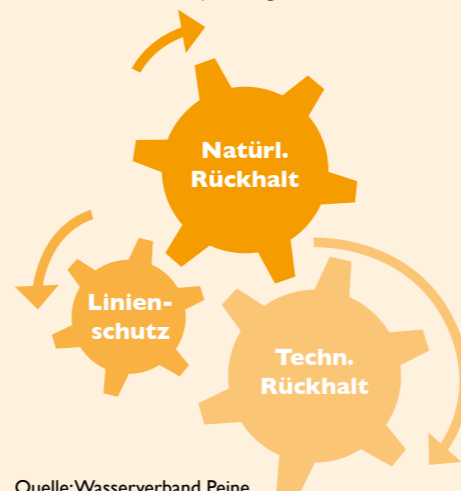
Ende Mai 2013 führten nach wochenlangen ergebnisreichen Regenfällen einige Starkregenereignisse in großen Teilen Deutschlands zu schnell steigenden Pegelständen. Überflutete Flächen und Keller gab es in diesen Wochen auch in Südostniedersachsen. Einige Anwohner des nördlichen Harzvorlandes hörte man mit bangen Blicken auf die Wettervorhersage sagen: „Das ist fast schon wie 2007“. In den 2000er-Jahren gab es in der Region Hochwasserereignisse, die schon damals empfindliche Schäden und verunsicherte Bürger hinterließen. Inzwischen treten Hochwasserereignisse auch hier in immer kürzeren Abständen auf.

### Gesetzliche Aufgaben mit Inhalten füllen

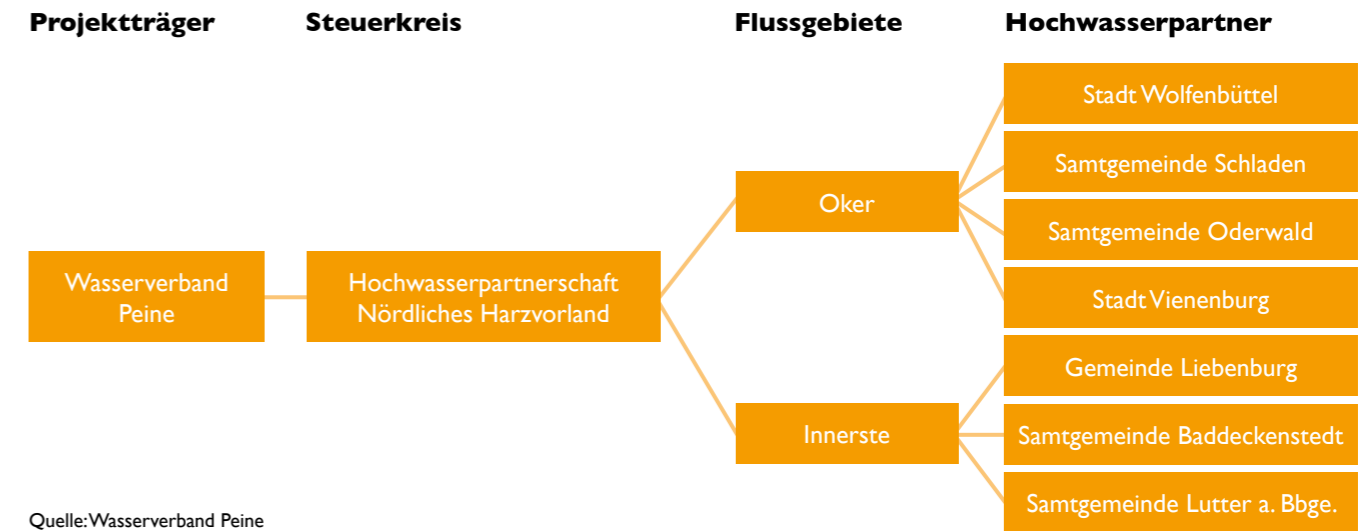
Mit der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes hat die Bundesrepublik Deutschland als Gesetzgeber jeden Einzelnen, der von Hochwasser betroffen sein kann, dazu verpflichtet, Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Auf der regionalen Ebene gehört die Sicherheit von gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen sowie der Bevölkerung zu den öffentlichen Aufgaben der Gemeinden. Die Bundesländer sind insbesondere dafür zuständig, Überschwemmungsgebiete zu ermitteln, vorläufig zu sichern, Hochwasserpläne aufzustellen und die Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie der Europäischen Union umzusetzen. Als freiwillige Leistung fördert Niedersachsen Maßnahmen für den Hochwasserschutz im Binnenland. Ein besonderes Augenmerk legt das Land dabei darauf, dass ein mit Ober- und Unterliegern abgestimmtes Hochwasserschutzkonzept vorliegt oder entwickelt wird. Besonders begrüßt wird, wenn dieses Konzept einen integrativen Ansatz hat, also neben dem reinen Hochwasserschutz auch weitere Aspekte wie den Naturschutz oder die Fließgewässerentwicklung integriert.

### Modellprojekt legt erste Grundlagen

Die 2013 gegründete „Hochwasserschutzpartnerschaft Nördliches Harzvorland“ von sieben Kommunen (siehe Grafik und Infokasten) entlang der Innerste und Oker hat sich den integrierten Hochwasserschutz auf die Fahne geschrieben. Die Initiative für einen verstärkt grenzüberschreitenden Hochwasserschutzansatz setzten Vertreter von Kommunen an den beiden Flusssystemen um. Als idealer Rahmen bot sich dafür das Engagement der ILE-Region „Nördliches Harzvorland+“ an. Mit Unterstützung der Landesregierung startete 2010 ein Modellprojekt mit zwei Jahren Laufzeit. Rund 270.000 Euro wurden investiert, davon 216.000 Euro Fördermittel. Projektträger war für das Flussgebiet Innerste der Wasserverband Peine, für das Oker-Gebiet die Stadt Wolfenbüttel. Nach einer umfassenden Datenerhebung sollte ein Katalog priorisierter Maßnahmen erarbeitet werden. Besonders wichtig waren allen beteiligten Kommunen zwei Prinzipien: Zum einen sollte die Projektgestaltung nach dem Bottom-up-Prinzip erfolgen, um die regionalen Kenntnisse und Bedürfnisse frühzeitig



Quelle: Wasserverband Peine



Quelle: Wasserverband Peine

aufzunehmen und Akzeptanz zu fördern. So wurde beispielsweise ein gebietsübergreifender Steuerkreis als Gremium gebildet, das gemeinsam beriet und Entscheidungen traf. Zu den regelmäßigen Sitzungen wurden sowohl Vertreter von Behörden als auch von Verbänden und Interessengemeinschaften eingeladen. Zum anderen fassten die Projektpartner den integrierten Ansatz weiträumig: Er sollte sowohl geografisch als auch für die untersuchten Maßnahmen wirken. So wurden neben technischen und ökologischen Schutzmaßnahmen beispielweise auch natürliche Wasserrückhaltung, Vorsorge, Bewältigung und Regeneration betrachtet. Teil des verfolgten Konzepts war zudem der Aufbau und die Pflege eines Netzwerks. Deshalb wurden möglichst viele der für den Hochwasserschutz relevanten Akteure von den Behörden über Naturschutzgruppen und andere Interessensgruppen bis hin zur Feuerwehr im ganzen Prozess beteiligt. „Neben Gesprächen vor Ort haben wir auch per Fragebogen Gruppen um ihre Einschätzung bezüglich erster Maßnahmenentwürfe gebeten“, erinnert sich Beatrice Kausch, die Projektleiterin beim Wasserverband Peine. Im Agrarland Niedersachsen ist Boden knapp – Akzeptanz für zusätzliche Flächennutzungen für den Hochwasserschutz zu schaffen, ist oft schwierig. Auch bei der intensiven Kommunikationsarbeit im Harz traten divergierende Interessen klar zutage: Einige präferierten ökologische Maßnahmen gegenüber technischen. „Um einen effektiven und von den Bürgern mitgetragenen Hochwasserschutz an Innerste und Oker langfristig zu installieren, gilt es, einen Ausgleich der Interessen zu finden“, ist für Beatrice Kausch ein Fazit des Modellprojekts. Ein weiteres Ergebnis ist ein gemeinsam entwickelter Maßnahmenkatalog mit 83 ökologischen und technischen Maßnahmen sowie 13 weiteren flussgebietsübergreifenden Projektideen.

### Partnerschaft mit Modellcharakter für Niedersachsen

Auf der Grundlage des Maßnahmenplans führen seit Januar 2013 sieben Kommunen aus dem Modellprojekt gemeinsam als „Hochwasserschutzpartnerschaft Nördliches Harzvorland“ den integrierten Prozess weiter – bislang einzigartig in Niedersachsen. Koordinierend ist der Wasserverband Peine tätig. Die Partnerschaft konnte für 2013 und 2014 insgesamt knapp 176.000 Euro Fördermittel aus Bundes- und Landesmitteln der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) sowie dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) einwerben. Die Projektpartner verpflichten sich dabei zu einem dreißigprozentigen Eigenanteil. Gegenwärtig fließen die Mittel vor allem in die weitere Intensivierung der Datenbasis. „Es handelt sich um hydrologische und hydraulische Berechnungen“, erläutert Ingenieurin Kausch. „Eine unverzichtbare Analysebasis, die dem nachhaltigen Hochwasser-

schutz an Oker und Innerste in den kommenden Jahrzehnten gute Dienste leisten wird.“ Außerdem arbeiten die Ingenieure derzeit unter Hochdruck an sieben priorisierten Projekten – technischen genauso wie ökologischen. Sie sollen sowohl lokal als auch regional Wirkung in den Flussgebieten entfalten. Die Partnerschaft ist überzeugt von ihrem ganzheitlichen Konzept, das verschiedene Ansätze miteinander kombiniert. „Zum nachhaltig wirksamen Hochwasserschutz gehört das gute Zusammenspiel sowohl von ökologischen als auch technischen Maßnahmen, darin sind wir uns einig“, sagt Steuerkreissprecher Gerhard Willms.

### Eine Hochwasserschutzpartnerschaft für zwei Flüsse

Vom Flussgebiet der Innersten gehören 199 Quadratkilometer zur Hochwasserschutzpartnerschaft Nördliches Harzvorland. Sie erstrecken sich zwischen den Talsperren der Innersten und der Grane im Oberharz und der Grenze der Samtgemeinde Baddeckenstedt. Die Innerste ist ein Nebenfluss der Leine und selbst 100 Kilometer lang – mitsamt ihrer Nebenflüsse wie Grane und Neile gehören 189 Kilometer Fließgewässer zum Projektgebiet. Zwischen den Talsperren von Oker, Ecker und Warne sowie der Stadtgrenze von Wolfenbüttel gelegen, gehören 265 Quadratkilometer des Oker-Flusssystems zur Hochwasserschutzpartnerschaft. Die Oker entspringt in den Höhenlagen des Harzes. Weitere Gebirgsbäche wie Ilse, Ecker, Radau und Abzucht speisen den insgesamt knapp 130 Kilometer langen Fluss, der in die Aller mündet. In der Hochwasserschutzpartnerschaft werden 511 Gewässerkilometer betrachtet.

### Zum Weiterlesen

Mehr zum Hochwasserschutz in Niedersachsen unter [www.umwelt.niedersachsen.de](http://www.umwelt.niedersachsen.de) und [www.hwrn-rl.niedersachsen.de](http://www.hwrn-rl.niedersachsen.de)



### Mehr Informationen:

Sandra Ramdohr  
Wasserverband Peine  
Telefon: 05171 / 95 60  
E-Mail: [ramdohr@wasserverband.de](mailto:ramdohr@wasserverband.de)  
[www.wasserverband.de](http://www.wasserverband.de)

Jana Freimann  
Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz  
Telefon: 0511 / 120-33 73  
E-Mail: [Jana.Freimann@mu.niedersachsen.de](mailto:Jana.Freimann@mu.niedersachsen.de)

# Den ganzen Fluss im Blick

**Der Wasserverband Gersprenzgebiet ist einer von vielen Verbänden in Deutschland, die sich um Flüsse II. oder III. Ordnung kümmern. Als Körperschaft öffentlichen Rechts sind seine Mitglieder Kommunen und Gemeinden, die ihm die Aufgaben der Gewässerentwicklung übertragen haben. Welche Rolle kann ein Gewässerverband beim Hochwasserschutz spielen?**

Von Heinrich Hess

**D**ort wo Mergbach und Osterbach sich treffen, entsteht die Gersprenz – ein rund 50 Kilometer langer, nicht schiffbarer Fluss. Er durchfließt den hessischen Odenwald und mündet nach einigen Kilometern durch Bayern in den Main. Insgesamt umfasst das Niederschlagsgebiet der Gersprenz rund 500 Quadratkilometer. Rund 160 Gewässerkilometer betreut der Wasserverband (WV) Gersprenzgebiet. Er arbeitet eng mit dem Wasserverband der Mümling zusammen – die Verbandsgeschäfte betreibt eine gemeinsame Geschäftsstelle im Landratsamt des Odenwaldkreises. Der Landkreis Darmstadt/Dieburg und der Odenwaldkreis sowie 21 Städte und Gemeinden sind Mitglieder im Wasserverband. Ein Auftrag des Verbandes ist es, technisch ausgebauten Gewässern zu renaturieren und Verbandsgewässer zu unterhalten. Auch der Hochwasserschutz gehört zu seinen Aufgaben: Er plant, baut und betreibt Hochwasserschutzanlagen.

## Schutz vor HQ 50

Der Wasserverband setzt verstärkt auf Retentionsräume. Mit ihnen sollen die Mitgliedsgemeinden vor einem fünfzigjährigen Hochwasser geschützt werden. Bisher wurden drei Überflutungsbereiche von rund 900 000 Kubikmetern gebaut. Für 2014 steht die nächste Maßnahme dieser Art an: In der Gemeinde Fischbachtal will der Verband eine Auffangstruktur für 220 000 Kubikmeter Wasser schaffen und nimmt dafür rund vier Millionen Euro in die Hand. Die Umsetzung solcher großer und flächenintensiver Projekte setzt fast immer Grunderwerb voraus. So hat der WV auch bei der geplanten Fischbach-Maßnahme ein Flurbereinigerungsverfahren angestoßen.

## Risiken abschätzen und informieren

In den letzten Jahren hat der vorbeugende Hochwasserschutz immer mehr Bedeutung gewonnen. Im Auftrag des Landes Hessen wird für den Gersprenzverband aktuell ein Hochwasserrisikomanagementplan (HWRMP) erstellt: Mit diesem Instrument soll das hochwasserbedingte Risiko für die Menschen selbst, aber auch jenes für Sachschäden verringert werden. Der Verband erhofft sich von dem HWRMP eine Verbesserung der Eigenvorsorge – sowohl bei den Kommunen und betroffenen Bürgern als auch verbandsintern. Durch abrufbare Pegelstände an den Hauptgewässern wurde die Hochwasser-Warnung in der Region verbessert.

Jährlich lädt der Verband zu Gewässerschauen ein: Vertreter der Kommunen, des Landwirtschaftsamtes und der Wasser- und Naturschutzbehörden aber auch von Naturschutzverbänden und anderen Interessengruppen diskutieren vor Ort oder legen ausführende Arbeiten fest. Der WV Gersprenzgebiet lädt auch zu Bürgerinformationen über die Maßnahmen ein und übernimmt dabei die Rolle des Initiators, Koordinator und Bauherrn.

## Interkommunal im Vorteil

Zwei Gremien treffen die Verbandsentscheidungen zur Gersprenz: der Vorstand mit zwei Vertretern der Landkreise und vier aus den ande-

ren Verbandsgebieten sowie die Verbandsversammlung mit Vertretern aller Mitglieder und der Aufsichtsbehörde aus dem Regierungspräsidium in Darmstadt. Dass der WV Gersprenzgebiet zuständig für das gesamte Niederschlagsgebiet seines Flusses ist, hat sich als erheblicher Vorteil herausgestellt: Er trifft Entscheidungen zum Hochwasserschutz zwar in Abstimmung mit allen Kommunen aber flussgebietsbezogen und nicht aus Sicht einzelner Kommunen. Der Bau von Retentionsräumen erfolgt in der Regel an den Oberläufen der Gewässer, den Schutz haben die Unterlieger. Dafür gilt es die Zusammenarbeit aller Kommunen zu koordinieren. Und: Projekte dieser Art werden von allen Mitgliedsgemeinden anteilig finanziert.



Bild: Wasserverband Gersprenzgebiet

## Mehr Informationen:

Heinrich Hess  
Geschäftsführer Wasserverband Gersprenzgebiet  
Telefon: 060 62 / 70 288  
E-Mail: h.hess@wv-muemling-gersprenz.de  
www.wv-muemling-gersprenz.de

## „Wir wollen uns konstruktiv einbringen!“

Über 100 Bürger von fünf Gemeinden im baden-württembergischen Hexental engagieren sich in der Bürgerinitiative Landschaftsverträglicher Hochwasserschutz Hexental (BI LVHH). Sie wollen die Forderungen eines effektiven Hochwasserschutzes mit den Interessen der von Hochwasser-schutzmaßnahmen Betroffenen in einem Dialog zusammenbringen. Wir sprachen mit drei Mitgliedern des Koordinationskreises der BI LVHH.  
www.hochwasserschutz-hexental.de

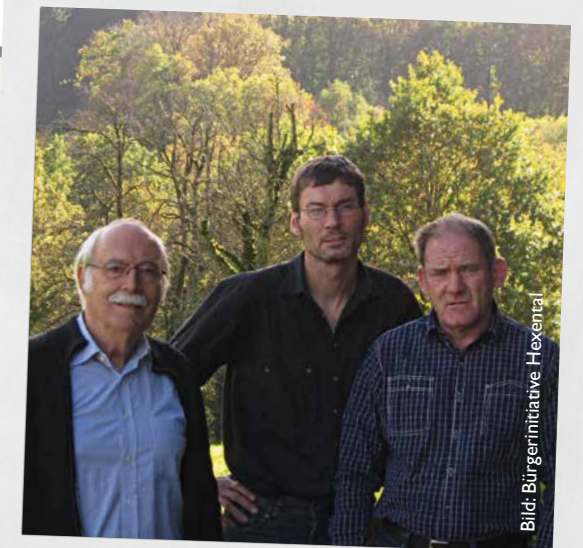


Bild: Bürgerinitiative Hexental

**Fachplaner Bernhard Donner, Diplom-Forstwirt Arno Mattes sowie Chemiker und BUND-Mitglied Hans Hermann Seydewitz – drei von acht Aktiven des Koordinationskreises der Bürgerinitiative Landschaftsverträglicher Hochwasserschutz Hexental**

## Der Gemeinderat hatte mit seinem Beschluss im Dezember 2011 einen Standort für ein Hochwasserrückhaltebecken am südlichen Ortsrand von Au favorisiert. Drei Becken gibt es im Hexental bereits – was war dieses Mal anders?

Arno Mattes: Die Größe des geplanten Beckens und der damit verbundene enorme Eingriff ins Landschaftsbild: das Ausmaß der Naturzerstörung mit der Ausbaggerung eines naturnahen Bachlaufs, die Abholzung der als Biotop kartierten bachbegleitenden Ufervegetation und nicht zuletzt der bis zu 13 Meter hohe und knapp 300 Meter lange Damm. Einzelne, denen die Landschaft des Hexentals am Herzen liegt – nicht nur aus Au – haben ohne Erfolg versucht, die dem Beschluss zugrunde liegenden Gutachten einzusehen. Als wir gemerkt haben, dass jeder für sich allein nicht weiterkommt, haben wir die Bürgerinitiative gegründet.

## Sie fordern, Bürger frühzeitiger und aktiver zu beteiligen. Wie könnte dies geschehen?

Arno Mattes: Die Gemeinderäte und die Verwaltung haben sich auch im bisherigen Prozess um Transparenz bemüht: Bei früheren Bürgerinformationsveranstaltungen wurde über Resultate von Gutachten berichtet. Wir wünschen uns aber, den Prozess aktiv begleiten zu können, was einem anderen Niveau von Partizipation entspricht: Wir haben hierzu konkrete Vorschläge unterbreitet, zum Beispiel die Einrichtung einer ökologischen Begleitkommission oder die Visualisierung der Dammbauwerke durch Lattengerüste. Generell sollten die Ideen und Kenntnisse der Menschen vor Ort stärker einbezogen werden – sie wissen sehr genau, wann und wo der Bach bisher über die Ufer getreten ist.

## Aktuell werden von Ihnen favorisierte Standortkombinationen untersucht, die von den Planern/der Verwaltung zuvor abgelehnt wurden. Werden Sie inzwischen als fachlicher Ansprechpartner abgelehnt?

Arno Mattes: Anfangs gab es Vorwürfe aus dem Gemeinderat, wir würden nur aus Eigeninteresse den Prozess in die Länge ziehen. Wir haben daraufhin die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, Frau Gisela Erler, um Rat gefragt. Sie schlug vor, eine Matrix mit objektiven Kriterien zur Bewertung von

Alternativlösungen aufzustellen. Dieses haben wir umgesetzt und Standorte aus ökologischer und sozialer Sicht bewertet. Aufgrund unserer fachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema sehen uns heute zumindest Teile des Gemeinderates/der Verwaltung als hilfreich an.

## Um mit Politikern und Bürgern ins Gespräch zu kommen, haben Sie unter anderem auch einen Natur-Info-Pfad errichtet und ein Wiesenfest organisiert. Wie mobilisieren Sie die Aktivität?

Hans Hermann Seydewitz: Bisher läuft alles freiwillig und in Eigeninitiative. Wir sind kein eingetragener Verein, weil wir die Zeit lieber in die fachliche Einarbeitung als in den Verwaltungsaufwand stecken. Glücklicherweise sind viele kompetente Menschen bei uns aktiv, unter anderem ein Fischereibiologe, ein Geologe, ein Chemiker, ein Fachplaner, ein Forstwirt mit Kontakten zur Uni – das vorhandene Fachwissen haben wir zusammengeführt.

## Der Gemeinderat hat inzwischen seinen Beschluss vom Dezember 2011 aufgehoben – für den Hochwasserschutz müssen aber Maßnahmen getroffen werden. Worin sehen Sie die größten Herausforderungen?

Bernhard Donner: Man sollte auch auf unkonventionellen Wegen nach Alternativen suchen! Warum nicht die teils veralteten formalen Kriterien vor dem Hintergrund neuer baulicher Entwicklungen und den naturräumlichen Gegebenheiten überprüfen oder modellierte Lösungen mit gesundem Menschenverstand hinterfragen? Auch die Frage nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis sollte erlaubt sein – Stichwort „Vollkaskotalität“. Vielleicht ließen sich durch einfache Einzelmaßnahmen an Gebäuden sowohl Schäden vor Ort als auch kostenintensive Landschaftseingriffe verringern.

Das Gespräch führte Anja Rath.

# Eine Fahrt ins Blaue

Bild: © Johannes Plitt

**Der Ausdruck „eine Fahrt ins Blaue“ – da ist sich Peter Plitt, Bio-Bauer im Landkreis Marburg-Biedenkopf sicher – stamme daher, dass man auf's Land fuhr, um die blau blühenden Flachsfelder zu bewundern.**

Von Bettina Rocha

Die Gesellschaft für deutsche Sprache ist sich da nicht so sicher, sie setzt Blau mit Ungewissheit gleich, schließt aber den von Peter Plitt favorisierten Zusammenhang nicht aus. Klar hingegen ist, dass die Äcker der Familie Plitt mit Flachs und rund 45 Gemüsesorten Vielfalt in die Landschaft bringen.

## Experimente gestern und heute

Flachs, auch Lein genannt, blüht nur vormittags, dann verblühen die Blüten und am nächsten Tag öffnen sich neue Knospen und schaffen erneut die blaue Pracht. Die Blüte beginnt um den 10. Juni herum und dauert insgesamt etwa zwei Wochen. Auf dem Caspersch Hof der Plitts blühte anfangs Hermes, doch die Sorte ist zurzeit nicht verfügbar. Jetzt entfaltet die Sorte Agatha auf drei bis vier Hektar ihre Pracht. Im Augenblick probieren Peter Plitt und sein Sohn eine tschechische Sorte aus, die eher auf kontinentales Klima ausgerichtet ist. Wer zu den wenigen Faserleinanbauern gehört, die es in Deutschland noch gibt, sollte für das Experimentieren aufgeschlossen sein. Und das sind Peter und Johannes Plitt: 2005 haben sie mit Unterstützung des Landes Hessens, des Forschungsrings für Biologisch-Dynamische Wirtschaftsweise e.V. und des Textilherstellers hessnatur, der auf der Suche nach heimischen Flachsfasern für seine Kollektion war, angefangen, die Faserpflanzen anzubauen. Die alten Einwohner von Lohra haben, als sie von dem Vorhaben erfuhren, erst einmal die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen. Zu gut erinnerten sich einige an den von oben verordneten Flachsbanbau im Dritten Reich, das Autarkie nicht nur bei der Nahrungsmittel-, sondern auch bei der Textilfaserproduktion anstrebte. Der Erfolg damals war bescheiden, doch den Plitts gelingt es nun schon seit acht Jahren, Pflanzen mit guter bis sehr guter Faserqualität zu erzeugen.

## Flachsblond für Hemd und Hose

Peter Plitt zwirbelt einen Faserstrang seiner ersten Flachsnernte zwischen den Fingern, der dem Haar von Rapunzel alle Ehre machen könnte: „Das Wichtigste ist der Anteil der Langfaser in der Pflanze, den wir erzielen.“ Die Langfaser ist 80 bis 100 Zentimeter lang. Im Schnitt erreichen die Plitts einen Anteil von 15 bis 18 Prozent Langfasern, auch eine Spitzenqualität mit 25 Prozent Langfasern wurde schon erreicht. Wirtschaftlich wird der Anbau bei einem Anteil von zehn bis elf

Prozent. Aber auch die Kurzfasern können gemeinsam mit Baumwolle, die eine ähnliche Faserlänge wie die Flachskurzfasern hat, zu Textilien oder zu Produkten wie Dämmmaterial verarbeitet werden.

Beim Vertragsanbau mit hessnatur erhält der Betrieb einen Preis, der über dem Weltmarktpreis für Faserlein liegt. Dennoch bauen zurzeit in Hessen nur noch drei Betriebe Faserlein auf insgesamt zehn bis elf Hektar an, statt vormals fünf Betriebe mit insgesamt 20 Hektar. Die gestiegenen Getreidepreise machen den Anbau weniger attraktiv.

## Anbau von Faserlein

Die Aussaat von Flachs findet um den 20. April statt. Seine Jugendentwicklung ist langsam, einen Monat später hat er eine Höhe von etwa zehn Zentimetern erreicht und wächst dann bis zum zehnten Juni auf eine Höhe von circa einem Meter. Die Ernte des Flachs, die sogenannte Raufe, findet um den zehnten Juli statt, dabei wird die gesamte Pflanze samt Wurzel mit einer Spezialmaschine aus dem Boden gerissen und auf dem Acker im Schwad abgelegt. Hier bleibt die Pflanze zwei Wochen zur Roste liegen, bei der die Faser leicht rotet. Die Lignine aus dem Stängel werden aufgelöst und lösen die Faser von den holzeigenen Bestandteilen der Pflanze. Die auf dem Acker liegende Pflanze wird einmal gewendet und bleibt eine weitere Woche liegen. Das Wetter in dieser Zeit sollte weder zu heiß und trocken noch zu nass sein. Mit einer Rundballenpresse wird das Erntegut aufgenommen. Die Rundballen gehen nach Holland zur Verarbeitung. Auch die Samen des Faserleins können zu Öl gepresst werden. Der Ertrag ist jedoch geringer als bei Öllein-Sorten.

Flachs ist eine abtragende Frucht, das heißt, sie steht am Ende einer Fruchtfolge, nach Pflanzen mit höherem Nährstoffbedarf. Sie kann nur alle sieben Jahre auf der gleichen Fläche angebaut werden. Bei den Plitts wird der Flachs nicht gedüngt und nach der Aussaat, wenn die Pflanzen drei bis vier Zentimeter groß sind, gestriegelt, um das Unkraut zu bekämpfen.

## Breite Angebotspalette

Der Bioland-Betrieb baut auf 45 Hektar bewirtschaftetem Acker und 40 Hektar Grünland neben Flachs etwa 45 Gemüsesorten sowie

Getreide an. Die Hauptarten an Gemüse sind jeweils zwischen drei und vier Hektar Kartoffeln, Erdbeeren und Feldgemüse sowie zwei Hektar Feingemüse, zum Teil in Folienhäusern sowie Klee gras. Als Backgetreide werden Dinkel, Roggen und Winterweizen angebaut, als Futtergetreide Triticale sowie Wintererbsen im Gemenge, Hafer mit Sommererbsen und Sommergerste. Auf rund 15 Hektar wächst Senf als Zwischenfrucht vor der Sommerung, Leguminosen-Gemenge und Ölrettich vor Erdbeeren.

Der Betrieb hält 20 Mutterkühe sowie 40 Schweine. Das Schlachtvieh wird zum Metzger in der Umgebung gebracht, der verkaufsfertige Stücke zubereitet, die auf dem Hof verpackt und verkauft werden. Brotgetreide wird an einen Bäcker aus Leipzig verkauft. Vermarktet wird über den Hofladen, an Läden in der Umgebung und über die Abo-Kiste im Lieferservice, für die es etwa 300 Abnehmer im Umkreis von 30 bis 40 Kilometern gibt. Auch Küchen von Schulen und Kindergärten gehören zum Kundenkreis. Der Caspersch Hof wirbt mit saisonalem und regionalem Obst und Gemüse. Um die Angebotspalette das ganze Jahr hindurch breit und attraktiv zu gestalten, gibt es ein Gemüselager auf dem Hof. Und die Plitts bauen auch Früchte wie Artischocken an, obwohl dieses Gemüse für sich genommen nicht auskömmlich ist – aber es bringt neben Salat, Kohl, Kartoffeln, Zwiebeln und Möhren Vielfalt ins Angebot.

Auf dem Betrieb arbeiten sechs Vollzeitkräfte, hinzu kommen Praktikanten sowie Menschen, die ihr Freiwilliges Ökologisches Jahr ableisten, und studentische Teilzeitkräfte, die im Laden verkaufen, packen und ausliefern. Insgesamt arbeiten bis zu zwölf Personen in der Saison auf dem Hof.

## Die Frage nach der Zukunft

„Zehn Hektar Ackerland oder etwas mehr wären gut, um bei der sehr unterschiedlichen Bodenqualität mehr Spielraum in der Fruchtfolge zu haben. Denn nicht jede Frucht kann auf jeder Fläche angebaut werden. Letztlich haben wir drei Fruchtfolgen auf dem Betrieb: eine Kartoffel-Getreidefruchtfolge, eine Erdbeerenfruchtfolge und eine Feldgemüsefruchtfolge. „Die Optimierung der Fruchtfolgen ist ein

Hauptziel. So kann auch Arbeitszeit eingespart werden“, beschreibt Peter Plitt seine Wünsche für die Zukunft des Betriebes. Und ergänzt: „Sonst ist eine Vergrößerung der Betriebsfläche kein Ziel für sich, wir möchten Wachstum über die Optimierung und Intensität des Anbaus erreichen.“ Die Vermarktungs- und Abnehmerstrukturen hat sich der Betrieb über viele Jahre aufgebaut und ist zufrieden damit. Mit Blick auf das Geschaffene sehen Vater und Sohn sich in ihrem Weg ebenso bestätigt wie durch das Verhalten der Verbraucher: „Die Nachfrage nach Bio-Fleischwaren übersteigt unser Angebot – mit jedem Lebensmittelskandal mehr“, sagt Johannes Plitt. „Regional zählt bei vielen Verbrauchern mittlerweile mehr als Bio.“ Sein Vater erklärt: „Bei starker Spezialisierung auf eine Sparte, ein Produkt kann man schnell viel Geld verdienen, aber auch schnell versagen. Für eine Abkipmentalität habe ich nichts übrig – ich setze lieber auf stabile Vielseitigkeit und größtmögliche Unabhängigkeit. Ich denke, man muss die natürlichen Voraussetzungen eines Betriebes sehen und langfristig entwickeln – das ist nachhaltig.“

✓ Peter und Johannes Plitt



## Alte Kultursorten in LandInForm spezial 4/2013

Dieser und der folgende Beitrag sind dem LandInForm spezial 4/2013 entnommen. Das Heft stellt landwirtschaftliche Betriebe vor, die alte und neue selten angebaute Kulturpflanzen auf dem Acker kultivieren, etwa Flachs, alte Obst- und Hopfensorten, Arznei- und Kosmetikpflanzen, alte Getreidesorten, Buchweizen, Topinambur, Soja oder die Albinse. Dazu wird jeweils ein Abnehmer der Produkte beziehungsweise deren Verwertung näher beleuchtet. Das neue Sonderheft kann bei der DVS bestellt werden und ist im Netz verfügbar unter <http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/publikationen/landinform-spezial/>



## Mehr Informationen:

Peter Plitt  
Caspersch Hof  
E-Mail: [info@caspersch-hof.de](mailto:info@caspersch-hof.de)  
[www.caspersch-hof.de](http://www.caspersch-hof.de)



Bild © Thomas Stephan

# Leisa, die große Liebe der Schwaben

**Woldemar Mammel weiß alles über Linsen, besonders über die Alb-Leisa. Die alten Sorten des Züchters Fitz Späth, Alblinse I und II aus den 1940er- und 1950er-Jahren, waren völlig verschwunden und wurden erst 2006 in der Wawilow-Saatgutbank in St. Petersburg wiederentdeckt. Dass es dazu kam und die Sorten heute von rund 70 Biobetrieben im Ländle angebaut werden, ist nicht zuletzt Woldemar Mammels Verdienst.**

Von Bettina Rocha

„Ja, sie schmeckt mir einfach gut“, schmunzelt Woldemar Mammel. „Linsen mit Spätzla“ ist ein schwäbisches Nationalgericht.“ Egal, ob es um köstliche Linsengerichte, um Fragen zum Anbau auf den steinigten Äckern der Alb oder um Historisches rund um die Linse geht, die einst sogar als Zahlungsmittel genutzt wurde und einer der Linsensorte - der Hellerlinse - den Namen gab, die heute oft fälschlicherweise als Tellerlinse bezeichnet wird, Mammel kann stundenlang über die Hülsenfrucht berichten.

Seit den Achtzigerjahren baut die Familie Mammel die Alb-Leisa auf der Schwäbischen Alb an. 2001 gründeten sie mit anderen Bauern, die einem ökologischen Anbauverband wie Bioland, Demeter oder Naturland angehören, die Öko-Erzeugergemeinschaft Alb-Leisa. „Schon 2006, als die Erzeugergemeinschaft auf dreizehn Betriebe angewachsen war, wuchs uns die Arbeit über den Kopf“, erklärt Woldemar Mammel, „wir hätten es beinahe drangegeben.“ Doch Mammels jüngerer Sohn Lutz entschloss sich nach seinen Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit, nun Entwicklungshilfe für die Linse zu leisten, statt in fremden Ländern Menschen bei der Entwicklung ihrer Landwirtschaft zu unterstützen. Und so bestand die Erzeugergemeinschaft weiter und wuchs. Sie bereitet heute die Linsenernte von 200 bis 250 Hektar zentral auf, das heißt, sie trocknet die Ernte, trennt die Linse von ihrer Stützfrucht Gerste oder Hafer, reinigt, verpackt und vertreibt sie.

## Steigende Nachfrage ohne Werbung

Auch wenn der Anbau von Linsen schon in den 1950er-Jahren aufgrund des großen Aufwands bei Ernte, Reinigung und Trocknung aufgegeben wurde, lebte die Esstradition dennoch weiter. Mit Hilfe von Gastronomen, die sich der kleinen Frucht von den steinigten Äckern der Alb angenommen haben, wird der Verzehr und das Interesse an der heimischen Linse, ein Bioprodukt aus regionalem Anbau, seit einigen Jahren neu befeuert.

Obwohl die Erzeugergemeinschaft keine Werbung macht, kommen stetig interessierte Betriebe hinzu, ebenso wie Anfragen aus dem ganzen Bundesgebiet. Und das, obwohl die Linse nur in Baden-Württemberg und Bayerisch Schwaben vermarktet wird. Die Erzeugergemeinschaft beliefert rund 150 Gaststätten und 450 Einzelhändler auf direktem Weg, ohne Zwischenhandel. Übers Ländle hinaus möchte sie die Linse auch nicht vertreiben, denn, dort in diesen geografischen Raum gehört sie und die kurzen Transportwege sind ein Beitrag zum Klimaschutz. Die Erzeugergemeinschaft erhält ständig neue Anfragen von Händlern, die die Alb-Leisa ins Sortiment aufnehmen möchten. „Wir sind schon vor der Ernte ausverkauft“, seufzt Woldemar Mammel. „Aber wir wissen nicht, wie groß wir werden können, es gibt so viele Engpässe, zum Beispiel bei der Trocknung oder bei den Lagerkapazitäten. Die Bezeichnung Alb-Leisa ist eine geschützte Textbildmarke.“



Bild © Thomas Stephan

Woldemar Mammel bei der Vermehrung des Saatgutes aus der Samenbank

## Konkurrenz vom Weltmarkt

Ja, es gibt sie, die preiswerteren Anbieter von Bio-Linsen. Für den Endverbraucher kosten sie zum Beispiel aus Kanada etwa die Hälfte wie die Alb-Leisa. Dennoch, gäbe es keine Nachfrage, wollte wohl kaum ein Bauer bei der Öko-Erzeugergemeinschaft dabei sein – die steigende Zahl von Betrieben die auf der Alb Linsen anbauen, bezeugt das große Interesse. Traditionsbewusste Linsenesser aus Baden-Württemberg sind bereit, deutlich höhere Preise für den Rohstoff ihres Nationalgerichtes zu zahlen, wenn er aus der Region kommt. Dass nordamerikanische Linsenbauer zu geringeren Kosten Linsen produzieren können, liegt nicht nur an den größeren Anbauflächen und einer stärkeren Mechanisierung und Rationalisierung der Produktion im Vergleich zu den Betrieben auf der Alb. Dank günstigerer Klimaverhältnisse benötigt die Linse in Kanada keine Stützfrucht wie Gerste, die nach der Ernte von der Linse getrennt werden muss. Die kanadische Linse kann auch trockener geerntet werden und die Trocknungs- und Reinigungskosten sinken bei größeren Partien.

## Alb-Leisa überall?

Über manche Aktionen, die die Erzeugergemeinschaft vor vielen Jahren durchgeführt hat, schüttelt Woldemar Mammel heute entgeistert den Kopf. So hat man die Linse einmal auf der Biofach, der Messe für Biolebensmittel, vorgestellt. Die enorme Resonanz und die Anfragen etwa von Versandhäusern sowie von Betrieben aus dem ganzen Bundesgebiet, die die Linse anbauen wollten und um Saatgut baten, haben die Mitgliedsbetriebe der kleinen Erzeugergemeinschaft völlig überfordert. Es ist nicht etwa so, als würden sie sich nicht über das große Interesse an einem wiederentdeckten regionalen Produkt erfreuen. Dennoch rät Woldemar Mammel Interessenten aus anderen Regionen Deutschlands, nach einer Frucht Ausschau zu halten, die typisch für ihre Region ist, für die noch eine Esstradition besteht oder neu erweckt werden kann. Gerne steht die Erzeugergemeinschaft mit ihrer Struktur und der Form der Zusammenarbeit für andere

Zusammenschlüsse, die eine Kulturart wiederbeleben möchten, in anderen Regionen als Modell zur Verfügung und bietet den Bauern die Möglichkeit, dieses Gut anzubauen und zu vermehren. Dabei macht Woldemar Mammel eines ganz deutlich: Personen oder Unternehmen, die dabei nur an Profit denken, möchte er nicht unterstützen. Folglich erklärt er: „Patente auf Saatgut sind eine unmögliche Sache und sollten verboten werden. Menschen, Tiere und Pflanzen dürfen nicht patentrechtlich behandelt werden.“ Bei der zentralen Aufbereitung der Linsenernte durch die Erzeugergemeinschaft werden die besten Linsen für die Nachsaat aussortiert und den Betrieben zurückgegeben. Der Ausschuss geht in die Schweine- und Hühnerfütterung.

## Vielfältiges Engagement

Gerne möchte die Erzeugergemeinschaft ihr Wissen weitergeben, sich austauschen und zum Erhalt alter Kulturpflanzen beitragen, doch diese Arbeit ist sehr zeitaufwendig und wird nicht vergütet.

Und so wurde 2009 der Alblinse-Förderverein gegründet, dessen Ziel es ist, alte und angepasste Kulturarten auf der Schwäbischen Alb zu fördern, landwirtschaftliche Vielfalt zurück in die Kulturlandschaft zu bringen und Produkte aus diesen Pflanzen bekannt zu machen. Regionalität ist dabei die Prämisse: Vermehrt, angebaut, verkauft und gegessen wird im Ländle.

Aktuell unterstützt der Förderverein Forschungsprojekte zum Linsenanbau der Uni Hohenheim, Uni Kassel/Witzenhausen, Uni Göttingen und FH Nürtingen personell und finanziell. Die Projekte beziehen sich sowohl auf Fragen die den Anbau betreffen, als auch die ökologische Vielfalt von Linsenäckern auf der Alb. So erhob beispielsweise eine Studentin den Ackerwildkraut-Bestand eines Linsenackers, eine weitere Diplomarbeit befasst sich mit dem optimalen Dreschzeitpunkt und im Rahmen einer Doktorarbeit werden der Aussaatzeitpunkt untersucht und Tests mit Stützpflanzen durchgeführt. Neben der Vermehrung von Alblinse I und II engagiert sich der Verein für die Züchtung weiterer regional angepasster Linsensorten und für die Erlangung der Kennzeichnung „geschützte Ursprungsbezeichnung (g. U.)“ für die Linsen, die auf der Alb angebaut werden.



Bild © Thomas Stephan

## Das Buch zur Linse

Die spannende Suche nach keimfähigem Saatgut der spätschen Alblinsensorten, der Fund in einer russischen Samenbank und die erste Vermehrung können im Buch „Alb-Leisa“ nachgelesen werden, ebenso Informationen zum Anbau und aus der Forschung sowie übers Essen der Linse. Preis 24,90 Euro plus Versandkosten.



## Mehr Informationen:

Lutz Mammel  
Öko-Erzeugergemeinschaft „Alb-Leisa“  
Telefon: 07 375 / 922 293  
E-Mail: info@alb-leisa.de



Der Himmel über der Hammeniederung begeisterte schon vor über 100 Jahren die Worpsweder Maler

Bild: Dr. Bettina Frießen

# Naturschutz im großen Stil

**Ein Naturschutzgroßprojekt in der Hammeniederung nahe dem Künstlerdorf Worpswede im niedersächsischen Landkreis Osterholz erzielt nicht nur entscheidende Erfolge bei der Rettung eines bundesweit wertvollen Feuchtgebietes. Auch der Hochwasserschutz, die landwirtschaftliche Infrastruktur und der Tourismus profitieren.**

Von Johannes Kleine-Büning

Nördlich von Bremen erstreckt sich das Teufelsmoor, das durch die Worpsweder Maler bundesweit bekannt ist. Es gehört überwiegend zum niedersächsischen Landkreis Osterholz. Heute wird die Moorlandschaft größtenteils landwirtschaftlich genutzt, naturnahe Moorbereiche sind nur noch in Teilen vorhanden. Die Moorlandschaft und das Künstlerdorf Worpswede locken Erholungssuchende aus dem nahen Bremen und Kunstinteressierte aus ganz Deutschland an.

Der Moorfluss Hamme durchströmt das Teufelsmoor. Die Hammeniederung liegt im Tideeinflussbereich und ist durch periodische Überschwemmungen, Moor- und Marschböden, Grünlandnutzung sowie zahlreiche Gewässer geprägt. Sie gehört zum europäischen Netz Natura 2000 und gilt als eines der wertvollsten großräumigen Feuchtgebiete Nordwestdeutschlands.

## Ein Großprojekt für den Naturschutz

Durch Entwässerung und Nutzungsintensivierung büßte die Hammeniederung seit den 1960er-Jahren ihre Bedeutung als Lebensraum feuchtgebietstypischer Pflanzen- und Tierarten immer mehr ein. Um dieser Entwicklung zu begegnen und die Niederung als wertvolles Feuchtgebiet zu sichern, führt der Landkreis Osterholz seit 1995 in der unteren Hammeniederung auf einer Fläche von 2.780 Hektar ein Naturschutzgroßprojekt (NGP) durch. Das Projekt wurde vom Bundesumweltministerium über das „Förderprogramm zur Sicherung und Entwicklung von Teilen von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung“ gefördert. Die förderfähigen Gesamtkosten betragen fast 16 Millionen Euro. Davon steuerte das Bundesum-

weltministerium 72,3 Prozent, das Niedersächsische Umweltministerium 16,5 Prozent und der Landkreis Osterholz als Projektträger 11,2 Prozent bei. Der Förderzeitraum dauerte bis 2009 und belief sich damit auf 15 Jahre. Mithilfe einer Entwicklungs- und Betroffenheitsanalyse, deren landwirtschaftlicher Teil die Landwirtschaftskammer Hannover erarbeitete, gelang es bereits in der fünfjährigen Antragsphase, eine breite politische Akzeptanz für das Projekt zu schaffen. 10,8 Millionen Euro flossen in den Erwerb privater Grundflächen, 3,7 Millionen Euro in Maßnahmen zur Biotopentwicklung, 0,4 Millionen Euro in die Pflege- und Entwicklungsplanung und 0,9 Millionen Euro in die Projektabwicklung.

Im Zuge des Grunderwerbs kaufte die Niedersächsische Landesgesellschaft 928 Hektar im Projektgebiet sowie 464 Hektar als Tauschflächen außerhalb des Projektgebietes. Die externen Flächen wurden im Rahmen dreier eigens durchgeführter Flurneuordnungsverfahren eingetauscht. Weitere Flächen waren bereits Eigentum des Landkreises Osterholz beziehungsweise wurden diesem im Rahmen des integrierten „Kooperationsprojektes Naturschutz-Wasserwirtschaft“ übertragen. Seit 2009 besitzt der Landkreis Osterholz innerhalb des Projektgebietes 2.075 Hektar. Davon sind circa 80 Prozent Grünland und 20 Prozent Sukzessionsflächen. Die Grünlandflächen werden unter Auflagen und zu reduzierten Preisen an Landwirte verpachtet. Die Maßnahmen zur Biotopentwicklung dienten ganz überwiegend der Renaturierung von Gewässern.

Im Laufe des NGP konnte die jahrzehntelange negative ökologische Entwicklung des Gebietes weitgehend unterbunden und in eine

positive Richtung umgekehrt werden. Dies betrifft zahlreiche Aspekte der abiotischen Faktoren, der Biotoptypen sowie der Flora und Fauna. Um die Naturschutzziele vollständig zu erreichen, sind jedoch längere Zeiträume erforderlich. Zu den Zukunftsaufgaben gehört unter anderem die Ausweisung des Projektgebietes als Naturschutzgebiet. Die Sicherung des Erreichten und das Gebietsmanagement bleiben eine Daueraufgabe des Projektträgers.

Das NGP hatte über den Naturschutz hinaus weitere positive Auswirkungen auf große Teile der Teufelsmoorregion. Diese betreffen neben weiteren Gewässerrenaturierungen den Hochwasserschutz, die Landwirtschaft sowie die Erholungsnutzung und den Tourismus.

## Hochwasser- und Naturschutz kombiniert

Im Rahmen eines „Kooperationsprojektes Naturschutz - Wasserwirtschaft“ baute der Gewässer- und Landschaftspflegeverband Teufelsmoor innerhalb des Gebietes des NGP auf insgesamt 747 Hektar drei steuerbare Rückhalteräume. Hierfür brachte der Verband eigene Flächen (724 Hektar) in das NGP ein. Diese hatte er in den 1970er Jahren mit Fördermitteln der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) für ein großes Seeprojekt erworben, das jedoch 1981 seitens der Landesregierung verworfen wurde. Für den Bau der Retentionsräume flossen zusätzlich circa 3,5 Millionen Euro aus Mitteln der GAK in die Region. In den extensivierten Rückhalteräumen können zum Zwecke des Hochwasser- und des Naturschutzes zugleich Hochwasserwellen zurückgehalten werden. Sie erweisen sich inzwischen innerhalb des Projektgebietes als die wichtigsten Lebensräume rastender Entenvögel und brütender Wiesenlimikolen.

## Landwirtschaft profitiert durch Wegebau

Die zur Umsetzung des NGP unter Führung des Amtes für Landentwicklung Bremerhaven durchgeführten Flurneuordnungsverfahren ermöglichten nicht nur landwirtschaftlichen Flächentausch. Der ebenfalls umgesetzte Wege- und Brückenbau führte zu einer erheblichen Verbesserung der landwirtschaftlichen Infrastruktur. Insgesamt wurden durch die Flurbereinigung etwa 5,5 Millionen Euro in die Region investiert.

Das NGP war auch einer der Hauptgründe für die Durchführung der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung Osterholzer Geest – Hammeniederung (AEP) durch die damalige Bezirksregierung Lüneburg. So konnten 17 der 187 Landwirtschaftsbetriebe mit Flächen im Projektgebiet als Hauptbetroffene definiert werden. Für diese erarbeitete der Landkreis Osterholz ein Sonderkonzept, um die Auswirkungen des NGP auf diese Betriebe abzufedern.

An die AEP schloss sich die vom Amt für Landentwicklung getragene Verbunddorferneuerung Teufelsmoor an. Diese war Grundlage für die Förderung zahlreicher Dorferneuerungsmaßnahmen in einer Höhe von rund 0,6 Millionen Euro.

## Naturschutz beflügelt Tourismus

Das NGP gab den Anstoß für die Erarbeitung und Umsetzung eines naturverträglichen Wegekonzeptes, das sich weit über die Grenzen des NGP hinaus auf große Teile der Teufelsmoorlandschaft bezieht. Dieses soll sowohl die Ruhezeiten für störanfällige Tierarten als auch die Möglichkeiten zum Naturerleben und zur Erholung verbessern. Bislang wurde circa eine Million Euro in zahlreiche Maßnahmen zur Besucherinformation und -lenkung sowie zum Naturerleben investiert. Gefördert wurden die Maßnahmen hauptsächlich aus dem niedersächsischen Programm Naturerleben mit EU- und Landesmitteln.

## Erfahrungen und Erfolgsfaktoren

Entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung des NGP war zunächst dessen hohe finanzielle Förderung. Um die Ziele des NGP und den Mehrgewinn für die Region zu erreichen, war und ist auch weiterhin

ein vielseitig kompetentes und handlungsfähiges Projektmanagement unerlässlich. Hierfür ist ein im Planungs- und Naturschutzamt der Kreisverwaltung des Landkreises Osterholz eingerichtetes Projektteam zuständig. Diesem kam zugute, dass es auf das fachliche und rechtliche Know-how der gesamten Kreisverwaltung zurückgreifen und die organisatorische und technische Struktur der Verwaltung nutzen konnte. Vor allem aber war das Projekt nur möglich durch die breite politische Rückendeckung des Kreistages, die durch die Erfolge des NGP und dessen sichtbaren Mehrwert auch nach fast 20 Jahren fortbesteht.



Team des Landkreises Osterholz in der heißen Bauphase des Naturschutzgroßprojektes



Biotopmaßnahme: Hammezuffluss drei Jahre nach der Renaturierung



## Mehr Informationen:

Johannes Kleine-Büning  
Landkreis Osterholz  
Planungs- und Naturschutzamt  
Telefon: 04791 / 930 – 570  
E-Mail: [planungsamt@landkreis-osterholz.de](mailto:planungsamt@landkreis-osterholz.de)  
[www.landkreis-osterholz.de](http://www.landkreis-osterholz.de)





Bild: LEADER-Aktionsgruppe Saale-Orla e.V.

# Schulesse: Regional, gesund und gut



**Unter Federführung der LEADER-Aktionsgruppe Saale-Orla e. V. arbeiten Schüler, Lehrer, Eltern, Schulküchen, regionale Erzeuger, Politik und Verwaltung im Landkreis Saale-Orla im Südosten Thüringens daran, das Schulesse zu verbessern. Ziel ist es, mehr regionale Anbieter mit einem möglichst hohen Anteil an regionalen Qualitätsprodukten ins Boot zu holen und die Teilnehmerzahlen an einem gesunden Schulesse zu erhöhen**

Von Sören Kube und Alexander Pilling

Im Herbst 2008 stellte der Landrat des Saale-Orla-Kreises in der LEADER-Aktionsgruppe Saale-Orla e. V. fest, dass die Schulesseversorgung im Landkreis unbefriedigend ist. Jahr um Jahr ging die Zahl der Teilnehmer am Schulesse zurück, insbesondere in den höheren Klassenstufen. Die LEADER-Aktionsgruppe Saale-Orla e. V. rief vor diesem Hintergrund Ende 2008 die Initiative „Schulesse Saale-Orla – Regional, Gesund und Gut“ ins Leben. Sie beauftragte die Erstellung eines Konzeptes, in dem die Verhältnisse an den 43 Schulen im Landkreis analysiert und Handlungsempfehlungen aufgezeigt werden. Gefördert wurde das Konzept aus Fördermitteln für integrierte ländliche Entwicklungskonzepte. Den Eigenanteil unterstützte die Kreissparkasse Saale-Orla durch ein Sponsoring. Das 2009 und 2010 unter Mitwirkung zahlreicher Akteure erstellte Konzept verknüpft das Thema gesunde Schulernährung mit regionalen Qualitätsprodukten. Es macht deutlich, dass die Zusammenhänge äußerst vielschichtig sind und von der Essensqualität über den Zustand der Räume, Fragen der Logistik bis zu den Schulbuszeiten reichen. Gleichzeitig zeigte sich, dass viele Betroffene sehr motiviert sind, sich vielfach jedoch gar nicht oder nur isoliert engagieren.

## Schulesse geht alle an

Das Konzept bildet seit Ende 2010 die Grundlage für die Arbeit der Initiative, in der unter Federführung der LEADER-Aktionsgruppe Saale-Orla e. V. Schüler, Lehrer, Eltern, Schulküchen, regionale Erzeuger, Politik und Verwaltung zusammenarbeiten. Eine Strategiegruppe, zusammengesetzt aus Experten in der Schulverpflegung, der Wirtschaft und den Verwaltungen, begleitet den Prozess, Projektgruppen treiben die einzelnen Umsetzungsvorhaben voran. Das LEADER-Management moderiert und organisiert den Gesamtprozess. Mit dem Landkreis Saale-Orla, der regionalen Kreissparkasse sowie der LEADER-Aktionsgruppe Saale-Orla e. V. verfügt die Initiative über Partner, die sich auch finanziell einbringen.

## Wo soll es gemeinsam hingehen?

Die Initiative hat fünf Leitziele formuliert: Sie will die Verwendung regionaler Produkte deutlich steigern, die Teilnehmerzahl am Schulesse erhöhen, die regionale Wertschöpfung steigern und die Qualität der Speisen und Rahmenbedingungen verbessern. Zudem sollen verstärkt

regional ansässige Unternehmen das Schulesse anbieten. Diese Ziele sollen über folgende Ansätze erreicht werden:

- räumliche Verbesserungen (Schülerrestaurants, Schulküchen)
- stoffliche Verbesserungen (regionale Qualitätsprodukte)
- Verbesserung der Kommunikation zwischen Anbietern, Schülern, Lehrern und Eltern
- Integration der Thematik in den täglichen Unterricht, besonders in den höheren Klassen
- Lehrerfortbildung
- organisatorische Verbesserung (Pausenzeiten, Busverkehr)
- öffentliche Darstellung und Wertschätzung des Themas.

## Kinder und Jugendliche begeistern

In den ersten Jahren lag der Fokus auf der Sensibilisierung aller Beteiligten und der Verbesserung von Räumen und Ausstattung. Im Herbst 2011 hat die Initiative Schulesse Saale-Orla zum Beispiel gemeinsam mit acht Schulen Schüler-Projekttag organisiert. Dafür engagierten sich regionale landwirtschaftliche Erzeuger und Verarbeiter sowie der Kreisbauernverband. Rund 600 Schüler aus Grund-, Mittel- und Oberstufe besichtigten Betriebe und berichteten anschließend darüber in der Schule. Höhepunkte der Projekttag waren zwei gemeinsame Abschlussveranstaltungen.

Die Ideen der Initiative wurden 2011 auch durch den gemeinsam mit dem Landkreis Saale-Orla durchgeführten Konzeptwettbewerb „Schulesse – Regional, Gesund und Gut“ für Schulen in die Region getragen. Zwölf Schulen beteiligten sich und wurden mit Preisen von 5.000 bis 25.000 Euro bedacht. Die Mittel wurden insbesondere genutzt, um Räumlichkeiten und Ausstattung rund um das Schulesse zu verbessern. Auffällig war in diesem Zusammenhang das Bedürfnis nach Verbesserung der akustischen Bedingungen in den Speiseräumen. In einem zweiten Schulwettbewerb im Jahr 2012 unterstützten Studenten und Hochschullehrer der Bauhaus-Universität Weimar sechs Modellstandorte bei der Erarbeitung von Entwürfen für neue Schulumensens oder spezielle Raumlösungen. Diese werden teilweise bereits realisiert oder befinden sich im Baugenehmigungsverfahren.

## Information zahlt sich aus

Anfangs mangelte es vielen Akteuren an Ideen und Mut zur Veränderung. Die oft gestellte Frage war: Ist Schulesse aus regionalen Produkten nicht viel zu teuer? Die Initiative in Orla hat daher sehr frühzeitig den Fokus auf umfassende Informationen für Eltern und Akteure gesetzt. Alle Schülereltern im Landkreis erhielten Broschüren mit Informationen darüber, welchen Einfluss sie selbst – etwa über die Schulversammlung – auf die Wahl des Essensanbieters haben. Schnell hat sich gezeigt, dass Schulesseversorger aus der Region motivierte Partner auf Augenhöhe sind, die selbst großes Interesse an einer Zusammenarbeit haben. So haben im Rahmen der Initiative bereits einige Schulen den Essensanbieter gewechselt und einen regionalen gewählt.

## Kooperationen auch in Zukunft

2013 und 2014 konzentriert sich die Initiative stärker auf die Themen Bildung und regionale Qualitätsprodukte. So werden zum Beispiel Informationen zu regionalen Produkten für den Unterricht aufbereitet und in den Betrieben pädagogische Weiterbildungen angeboten. Ziel ist es, noch stärker in die Prozesse vor Ort einzusteigen und die Projektpartner bei der gemeinsamen Umsetzung ihrer Ziele zu unterstützen. Mit den Schulen und dem regionalen Busunternehmen sind Gespräche geplant, um Pausen- und Schulbuszeiten so aufeinander abzustimmen, dass die Kinder entspannt zu Mittag essen können.

Das Ziel, regionale Produkte stärker in das Schulesse zu integrieren, erfordert es, wirtschaftliche Aktivitäten einer Region abzustimmen und zu verbinden. Dafür hat sich der LEADER-Ansatz als optimal herausgestellt. Die Initiative hat außerdem viele Menschen für die Regionalentwicklung und LEADER sensibilisiert, da das Thema Schulesse alle Schichten und Generationen anspricht. Der Freistaat Thüringen hat

die Relevanz des Projektes für die Landentwicklung erkannt und die Initiative als Thüringer Beispiel auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin 2013 vorgestellt.



Bild: LEADER-Aktionsgruppe Saale-Orla e.V.

## Die Ausgangssituation in der Saale-Orla-Region

Im Saale-Orla-Kreis gibt es 39 staatliche sowie vier freie Schulen. Schulträger ist der Landkreis Saale-Orla mit seinem Fachdienst Schulverwaltung. Alle Schulen verfügen über ein Mittagessenangebot. Die Zahl der durch regional ansässige Schulküchen versorgten Schulen stieg seit 2009 von 24 auf heute 31 Standorte. An dieser Entwicklung hat die Initiative Schulesse Saale-Orla ihren Anteil. Derzeit sind 14 regionale Versorger tätig, darunter Agrargenossenschaften, Gaststätten und Schul-Caterer. Im Jahr 2008 nahmen von den insgesamt 6.900 Schülerinnen und Schülern 37 Prozent am Schulesse teil, die Quote konnte seitdem kontinuierlich gesteigert werden. Grundschüler nehmen derzeit mit durchschnittlich 80 Prozent weitaus häufiger teil als Schüler an Regelschulen und Gymnasien. Am niedrigsten liegt die Teilnehmerzahl bei Gymnasien, die auf lediglich 15 Prozent kommen. Das Gros der Schulesse-Portionen wird im Saale-Orla-Kreis derzeit für rund 2,50 Euro verkauft.



## Mehr Informationen:

Sören Kube und Alexander Pilling  
LEADER-Aktionsgruppe Saale-Orla e. V.  
Telefon: 03 643 / 25 57 03, 03 64 22 / 22 498  
E-Mail: info@leader-sok.de  
www.leader-sok.de  
www.schulesse.org



# Leerstand: Kreative Zwischennutzung mit Tomate, Apfel, Kaffee und Co.

**Im Projekt „Hier zur Zwischenmiete: BioRegioFair“ hielt eine Ausstellung zu nachhaltigem Lebensmittelkonsum Einzug in die leer stehenden Schaufenster von vier Kleinstädten in Baden-Württemberg. Mit dem Angebot einer kreativen Zwischennutzung stellt das Projekt einen innovativen Ansatz zur Sensibilisierung für „bioregiofairen“ Konsum dar.**

Von Verena Günther

Heruntergelassene Rollläden und verklebte oder einfach nur leere Schaufenster begegnen uns – mehr oder weniger häufig – in vielen Innenstädten. In Baden-Württemberg stehen in kleinen Gemeinden zwischen fünf und 20 Prozent aller Gebäude im Ortskern leer. Die Gründe für den Leerstand sind vielfältig und lokal verschieden. Jedoch lassen sich einige ortsübergreifende Ursachen erkennen: das veränderte Konsum- und Mobilitätsverhalten der Bevölkerung sowie die Eigenschaften der Geschäftsflächen, die den heutigen Anforderungen des Handels nicht mehr entsprechen. Schon jetzt wird diese Entwicklung teilweise durch den demografischen Wandel, den damit zusammenhängenden Bevölkerungsrückgang und den Kaufkraftverlust verstärkt. Als Antwort auf diese Entwicklungen sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Ideen zur Zwischennutzung leer stehender Geschäftsflächen entstanden. Die Nutzung auf Zeit schützt nicht nur vor Verfall und Verschmutzung, sie trägt im Gegenteil sogar zur Attraktivitätssteigerung der Ortskerne bei und kann so das Interesse potenzieller Mieter wecken.

## Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung

Das forum für internationale entwicklung + planung, finep, entwickelte ein neuartiges Konzept, das leer stehende Schaufenster zu neuen Lernorten über nachhaltige Entwicklung macht. Die leeren Schaufenster bieten Raum, um Wissen über die Auswirkungen des individuellen Lebensmittelkonsums auf ökologische und soziale Entwicklungen lokal und weltweit zu vermitteln. Neben diesen Informationen werden konkrete Handlungsoptionen aufgezeigt, wie Konsumenten durch individuelles Verhalten zur nachhaltigen Entwicklung beitragen können. Zum Beispiel entlastet der Kauf biologisch angebaute Lebensmittel Boden und Umwelt, und saisonale Lebensmittel aus der Region ersparen klimaschädliche Emissionen, weil sie nicht um den halben Erdball transportiert werden. Fair gehandelte Lebensmittel aus den sogenannten Entwicklungsländern garantieren einen gerechten Verdienst für Produzenten von Kakao, Kaffee, Bananen und mehr.

## Lokale Netzwerke mit vielfältigen Akteuren

Die Schaufenstergestaltung setzte finep 2012 und 2013 in Kooperation mit vier Kommunen im ländlichen Raum Baden-Württembergs um: Gammertingen, Hechingen, Munderkingen und Münsingen. Finanzielle Förderung erhielt das Projekt aus Mitteln der Glücksspirale des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft. Mit Unterstützung der Bürgermeister und der Verwaltung der Kommunen wurde die Gründung von Netzwerken vor Ort initiiert. Diese übernahmen neben der Gestaltung der Schaufenster weitere Aufgaben in der Vorbereitung und Umsetzung. Von zentraler Bedeutung war, die Eigentümer der Immobilien zu überzeugen, ihre Schaufenster für die Aktion kostenfrei zur Verfügung zu stellen. In den lokalen Netzwerken kamen unterschiedliche Gruppen, die sich bereits mit Nachhaltigkeitsthemen beschäftigten, etwa Naturschutzverbände, Schulen, Weltläden oder Di-

**WEIN**

**REGIONALE PRODUKTE**

**Globale oder regionale Produkte?**  
Durch den Kauf von saisonalen und regionalen Produkten erhält man nicht nur garantiert frische Lebensmittel, sondern trägt auch zur Förderung sozialer und wirtschaftlicher Strukturen im ländlichen Raum bei.

Die Globalisierung macht es möglich, dass uns viele Lebensmittel zu jeder Jahreszeit angeboten werden. Regionale Produkte bleiben dabei auf der Strecke. Eher unbewusst, denn wer vermutet die Herkunft des hier gekauften Apfels? In China? Apfel aus Neuseeland, Hühner, Butter aus Irland, sind aus Argentinien oder Kartoffeln aus Ägypten. Oftmals sind die weit gereisten Produkte günstiger als regional angebaute Lebensmittel. Regionale Produkte haben aber mehr zu bieten: Durch kürzere Transportwege kommen die Produkte frischer bei den Kunden an. Zusätzlich kann man sich vor Ort ein Bild machen, wo und wie etwas produziert wird. Mit dem Kauf regionaler Produkte stärkt man die regionale Wirtschaft und erhält hiesige Arbeitsplätze.

**Wirtschaftsfaktor Tourismus**  
Die Landschaft in Baden-Württemberg ist beliebt und stark durch landwirtschaftliche Nutzungen geprägt. Um diese zu erhalten, muss es sich wirtschaftlich lohnen, auch weiterhin Landwirtschaft zu betreiben. Die hiesigen Kulturlandschaften dienen neben ihrem direkten Nutzen auch dem Tourismus im „Ländle“. Ländliche Gegenden werden von vielen Menschen aufgesucht, um Erholung zu finden, weshalb es wichtig ist, diese attraktiv zu halten. Mit dem Kauf von regionalen Produkten unterstützt man den Erhalt der Kulturlandschaft.

**Die wieder entdeckte Albinse der Schwäbischen Alb**  
Traditionelle und regionalspezifische Sorten sind sehr gut an ihren Standort angepasst und bereichern die Artenvielfalt. Werden solche Sorten bspw. von etablierten Neuzüchtlern oder renommierten Erzeugern verdrängt, geht immer auch ein Stück Wissen verloren. Ein Beispiel dafür ist die Albinse. Der Linsenanbau hat auf der Schwäbischen Alb eine lange Tradition, weil Linsen als Eiweißlieferanten früher überlebenswichtig waren. Hülsenfrüchte und Getreide ergeben eine vollwertige und günstige Mahlzeit. Die bekannten „Linsen mit Spätzle“. Die alte Sorte der Albinse wurde lange Zeit für verschollen gehalten. Hoch dann gelang es, sie in St. Petersburg/Russland ausfindig zu machen. Seit 2007 ist sie zurück auf der Schwäbischen Alb und erhält ein Stück Geschichte aufrecht.

**Weine aus aller Welt – gerne, wenn fair gehandelt**  
Wein wird ebenfalls in einigen so genannten Entwicklungsländern wie Chile, Algerien oder Südafrika angebaut. Fair gehandelte Weine unterstützen die Einkommensquelle etablierter ökologischer Anbauweise die Umwelt.

**Ein Weinberg hat viele Besucher und Gäste**  
Vor allem in 18. und 19. Jahrhundert erbauten Winter Trockenmauern, um Steinhänge nutzbar zu machen. Im Zuge der Flurbereinigung seit den 1950er Jahren wurden die Trockenmauern aber größtenteils zerstört, um die Hänge leichter zu bewirtschaften. Dabei bieten Trockenmauern Refugien für viele – oftmals bedrohte – Tiere und Pflanzen und sind deshalb besonders schützenswert.

**„Wir haben vor mehr als 18 Jahren auf ökologischen Anbau umgestellt, da es der Qualität und der Nachhaltigkeit dient. Die Entwicklung unseres wichtigsten Elements – dem Boden – können wir geradezu mit den eigenen Händen erleben.“**

**Weinberge dienen nicht nur dem „guten Tropfen“**  
Weinbau prägt viele Teile des Landschaftsbilds in Baden-Württemberg. Besonders Weinbergtreppen sind attraktiv für Naherholung und Tourismus. Innerhalb Baden-Württembergs sind die geographischen Bedingungen für Weinbau sehr gut und bei einem jährlichen Konsum von ca. 23 Litern Wein pro Person erklärt sich die große Anzahl der Weinberge fast von selbst.

**Regionale Produkte gibt es direkt beim Erzeuger oder auf Wochenmärkten. Einige Supermärkte führen sie in ihrem Sortiment, man kann sie dort an ihren regionalen Kennzeichnungen erkennen.**

rektvermarkter, mit Akteuren zusammen, die zu einer Auseinandersetzung mit den Themen und zur Mitwirkung angeregt werden konnten. Das waren zum Beispiel ein Sportverein, eine Künstlergruppe oder sogar der hiesige Elektrowarenhändler. Über den Projektzeitraum hinaus profitierten die Netzwerkmitglieder von diesen neu geknüpften oder vertieften Kontakten und teilweise war das Projekt der Auftakt, längerfristig Leerstände umzugestalten.

## Individuelle Umsetzung vor Ort

Die lokalen Akteure bekamen eine Ausstellung an die Hand, die von finep konzipiert wurde und die sich als roter Faden durch die einzelnen Schaufenster in den Orten zog. Sie besteht aus insgesamt 13 Postern zu einzelnen Lebensmitteln unseres täglichen Speiseplans, die beispielsweise die CO<sub>2</sub>-Ersparnis saisonaler Tomaten, die Artenvielfalt einer Streuobstwiese oder die Produktionsbedingungen von fair produziertem Kaffee und Kakao thematisieren.

Ausgehend von den Postern gestalteten die Akteure vor Ort die Schaufenster selbstständig und konnten so ihre Ideen und Interessen kreativ einbringen: Ein Sportverein zeigte seine Fußballmannschaft mit den für Sportler wichtigen Nahrungsmitteln Banane und Milch, ein Biolandwirt präsentierte mit den Postern zu Linse und Kartoffel eigene Erzeugnisse oder eine Künstlergruppe gestaltete ein Fenster mit eigenen Werken zum Thema Wein. So entstand in den Modellkommunen eine Ausstellung in etwa fünf bis sieben Schaufenstern, die über mehrere Wochen neue Farbe in die Ortskerne brachte. Begleitende Aktionen ergänzten die Ausstellung und wurden entsprechend der Rahmenbedingungen vor Ort umgesetzt: Es gab einen Markt regionaler Erzeuger zur Eröffnung der Ausstellung, die Integration in eine bestehende Veranstaltung, wie den Münsinger Biosphärenmarkt mit regionalen Angeboten, oder ein umfangreiches Aktionswochenprogramm mit unterschiedlichen Veranstaltungen, etwa einen Spaziergang durch die Ausstellung mit tiefer gehenden Informationen zu einzelnen Inhalten.

## Übertragbares Konzept: Neue Farbe für leere Schaufenster

Die Ausstellung in leeren Ladenlokalen stellt eine innovative Methode dar. Sie erfordert zwar eine intensive Vorbereitung in den lokalen Akteursnetzwerken und teilweise langwierige Absprachen mit den Gebäudeeigentümern, wird jedoch in ihrer Wirkung auf die Ortskerne von den beteiligten Akteuren wie auch den Bürgern in den Modellkommunen sehr positiv wahrgenommen. Die Aktion füllt die Schaufenster und damit die Innenstädte mit neuem Leben und kann somit auf lange Sicht die Suche nach neuen Mietern für die Leerstände erleichtern – was mancherorts in den Modellkommunen während des Projekts schon geglückt ist. Zudem ist eine Ausstellung in Schaufenstern zu allen Zeiten öffentlich zugänglich und erreicht Menschen, die sich zuvor kaum mit den Auswirkungen ihres Lebensmittelkonsums auf eine nachhaltige Entwicklung beschäftigt haben. Sie passieren die Schaufenster in ihrem Alltag und erfahren „im Vorübergehen“ etwas über die Möglichkeiten des nachhaltigen Konsums.

Leerstände sind ein Thema in vielen Kommunen. Für sie stellt das Konzept der Schaufensterausstellung einen Ansatz zur Zwischennutzung dar. Ein wichtiger Erfolgsfaktor bei der Umsetzung ist ein breites und vielfältiges Netzwerk, denn es ermöglicht nicht nur, die Aufgaben auf viele Schultern zu verteilen, sondern bringt einen zusätzlichen Gewinn mit sich: Die beteiligten Akteure bringen ihre Interessen und Hintergründe in das Projekt mit ein und erzeugen so ein vielfältiges und interessantes Ergebnis.

## Leitfaden zum Download

Ein Leitfaden zur Umsetzung einer Schaufensterausstellung zu nachhaltigem Lebensmittelkonsum zeigt die Erfahrungen aus den Modellkommunen und gibt praktische Tipps. Er steht unter <http://bioregiofair.finep.org> als PDF zum Download bereit. Zudem sind Postersätze der Ausstellung auf Anfrage beim forum für internationale entwicklung + planung erhältlich. Tel. 07 11 / 93 27 68 -60 [info@finep.org](mailto:info@finep.org)

## Mehr Informationen:

Petra Schmettow  
forum für internationale entwicklung + planung  
Telefon: 07 11 / 93 27 68 63  
E-Mail: [petra.schmettow@finep.org](mailto:petra.schmettow@finep.org)  
[www.finep.org](http://www.finep.org)



Bild: Dirk Manderbach

Hilchenbach-Grund jubelt: Durch den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ ist die Dorfgemeinschaft noch näher zusammengedrückt.

## Gewonnen hat, wer dranbleibt!

**Mit seiner „Zukunftsinitiative Siegen-Wittgenstein 2020“ begegnet der ländlich strukturierte Kreis seit zehn Jahren den Auswirkungen des demografischen Wandels. Mit der Initiative „LandLeben – Zukunftsfähig leben im ländlichen Raum“ bündelt er dafür Angebote und Informationen für Dorfakteure. Und er greift die dabei gesammelten Erfahrungen für die eigene Weiterentwicklung auf.**

Von Anne-Kathrin Werthenbach

Im waldreichen Siegen-Wittgenstein im Südosten Nordrhein-Westfalens leben rund 276 000 Einwohner in elf Städten und Gemeinden mit 168 Stadt- und Ortsteilen. 87 Prozent aller Ortschaften haben unter 3 000 Einwohner, 45 Dörfer weniger als 350. Diese kleinteilige Struktur stellt ganz besondere Herausforderungen an die Daseinsvorsorge. Funktionierende Dorfgemeinschaften und ehrenamtliches Engagement in zahlreichen Vereinen tragen maßgeblich dazu bei, die sozialen Strukturen der Region zu formen. Das bürgerschaftliche und soziale Engagement, aber auch das Erscheinungsbild, die Umweltqualität und die Entwicklung der Dörfer sind wichtige Faktoren für die Lebensqualität in der Region.

### Teil einer starken Region

Der Kreis Siegen-Wittgenstein hat sich mit den Kreisen Olpe und Soest, dem Hochsauerlandkreis und dem Märkischen Kreis im Jahr 2008 zur Region Südwestfalen zusammengeschlossen. Südwestfalen ist der drittstärkste Industriestandort Deutschlands mit 128 führenden Unternehmen auf dem Weltmarkt. Die günstigen Wohnbedingungen sowie die guten Ausbildungs- und Jobchancen sind wirksame Argumente für ein Leben in der Region. In den 59 Städten und Gemeinden leben rund 1,5 Millionen Einwohner. Südwestfalen gehört zu den jüngsten Regionen der Bundesrepublik. Zu den „Zehn guten Gründen, um zu kommen und zu bleiben!“ gehören für die Kreise aber auch die starken Gemeinschaften in der Region sowie die positive und bodenständige Mentalität der Südwestfalen. Ein großer Erfolg war der Zuschlag für die Ausrichtung des nordrhein-westfälischen Strukturförderprogramms „Regionale 2013“. Mit innovativen Projekten will sich Südwestfalen nun dauerhaft als Modellregion für zukunftsweisende Dorfentwicklung positionieren. [www.suedwestfalen.com](http://www.suedwestfalen.com)

Bereits vor etwa zehn Jahren hat der Landrat des Kreises, Paul Breuer, die „Zukunftsinitiative Siegen-Wittgenstein 2020“ initiiert. Um den demografischen Veränderungen aktiv zu begegnen, wurden unter anderem zwei Programme auf den Weg gebracht: Mit „Familie ist Zukunft“ möchte sich der Kreis als attraktiver Lebens- und Arbeitsstandort insbesondere für Familien mit Kindern zukunftsfähig aufstellen. Ziel des Programms „Leben und Wohnen im Alter“ ist es hingegen, älteren Menschen zu ermöglichen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu leben.

### Zukunftsinitiative LandLeben

Ein weiterer Baustein ist die Initiative „LandLeben – Zukunftsfähig leben im ländlichen Raum“. Sie wird durch das Fachgebiet Regionalentwicklung beim Kreis Siegen-Wittgenstein betreut, das auch den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ begleitet. Für Landrat Paul Breuer ist der Dorfwettbewerb ein wichtiges strategisches Instrument zur zukunftsfähigen Entwicklung ländlicher Ortschaften. Er macht deutlich, dass es für eine erfolgreiche Dorfentwicklung auch Durchhaltevermögen braucht. „Gewonnen hat, wer dranbleibt! Dies gilt nicht nur, wenn alle drei Jahre wieder der Wettbewerb ausgerufen wird, sondern auch dazwischen“, ist Paul Breuer überzeugt. Im Rahmen von „LandLeben“ setzt die Kreisverwaltung deshalb auf einen regelmäßigen Austausch der kommunalen Akteure und ergänzende Angebote. Dabei versteht sich der Kreis als Motivator, Moderator und Koordinator. Diese Aufgaben gehören in das Arbeitsgebiet von Sylvia P. Heinz. Sie ist die Fachgebietsleiterin Regionalentwicklung des Kreises und ihr ist der beteiligungsorientierte Grundgedanke des Entwicklungsansatzes wichtig: „Es ist unser Ziel, den regionalen Austausch zu fördern, damit die Akteure voneinander lernen und wir gemeinsam Ideen und Vorschläge zur Gestaltung unserer Region sammeln und entwickeln.“



Bild: Kreis Siegen-Wittgenstein

Fachgebiet Regionalentwicklung: Viele Ideen für Siegen-Wittgenstein: Landrat Paul Breuer mit Fachgebietsleiterin Sylvia P. Heinz und Anne-Kathrin Werthenbach

Als Kommunikationsplattform für den kreisangehörigen kommunalen Raum trifft sich eine Arbeitsgemeinschaft der zuständigen Fachgebiete und Verwaltungen regelmäßig zum Informations- und Erfahrungsaustausch oder zur Diskussion möglicher gemeinsamer Aktivitäten. Maßnahmen, wie die Durchführung von Dorfwerkstätten und -foren, die Ausrichtung von Wettbewerben oder die Erarbeitung und Bereitstellung von Informationsmaterialien stehen dabei im Mittelpunkt.

### Zukunftspreis Siegen-Wittgenstein

Um die Impulse des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ zu verstetigen und das Engagement von Menschen über den Dorfwettbewerb hinaus zu honorieren, lobt der Kreis seit 2012 einen Zukunftspreis mit abwechselnden Schwerpunkten aus. Öffentlichkeitswirksam ruft er zur Teilnahme auf, unter anderem mit einer Radiospotkampagne im lokalen Rundfunk. Für den ersten Zukunftspreis unter dem Motto „Aktives Dorf – Fit für die Zukunft“ wurden 31 Beiträge eingereicht und die besten Vorschläge in einer Online-Abstimmung und durch ein Jury-Votum gekürt. In diesem Jahr sucht der Kreis unter dem Motto „Gemeinsam mehr bewegen – Kooperation bedeutet Zukunft“ partnerschaftliche Projekte von Vereinen, sozialen Einrichtungen, Dorfgemeinschaften oder Unternehmen in der Region. „Wir wollen einen Anstoß geben: Sich mit vereinter kreativer Kraft für sein Lebensumfeld einzubringen, lohnt sich! Darüber hinaus erhoffen wir uns Best-Practice-Beispiele, die auch in anderen Ortschaften Impulse für eine aktive Gestaltung des demografischen Wandels setzen können“, erklärt Landrat Paul Breuer. Die besten eingereichten Projekte erhalten Prämien von insgesamt 5 000 Euro.

### Zukunftswerkstatt Dorf

Für alle, die sich ehrenamtlich in der Orts- und Dorfentwicklung engagieren, bot der Kreis im November die „Zukunftswerkstatt Dorf“ an. Gemeinsam wurden Instrumente zur Motivation und Moderation erarbeitet. Die Teilnehmer erhielten Hilfestellungen und Anregungen, um ihr erworbenes Wissen in die eigene Dorfgemeinschaft zu tragen und zur aktiven Mitwirkung bei der Ortsentwicklung einzuladen. Referent war Dr. Lutz Wetzlar, der als langjähriger Leiter der Bewertungskommission des Landeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ viele Erfahrungen in der Dorfentwicklung gesammelt hat. Im Mittelpunkt des fünftägigen Seminars standen Ortsrundgänge durch die teilnehmenden Dörfer. Die Seminarteilnehmer beleuchteten die soziale, wirtschaftliche, bauliche und ökologische Situation im Dorf und lernten an diesen praktischen Beispielen, wie sie die Dorfentwicklung im eigenen Heimatort positiv beeinflussen können. Das Seminar war damit auch ein Angebot an Dorfgemeinschaften, die sich auf den nächsten Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ 2014 vorbereiten wollen.



Bild: Gemeinde Neunkirchen

Wie wollen wir morgen leben? - Landrat Paul Breuer und Bürgermeister Bernhard Baumann rufen zu den Neunkirchener Dorfgesprächen auf

### Neunkirchener Dorfgespräche

„Neunkirchener aktiv – Wie wollen wir morgen leben?“ Mit dieser Frage hatten der Kreis Siegen-Wittgenstein und die Gemeinde Neunkirchen die Bürger aufgerufen, ins Gespräch zu kommen und die Zukunft der neun Neunkirchener Ortschaften aktiv zu gestalten. Ziel war es, Themen zu erörtern, die den Menschen am Herzen liegen, sich auszutauschen und gemeinsam Perspektiven für den eigenen Lebensraum zu entwickeln. Lebensgroße Aufsteller und Plakate mit Fotos von Neunkirchener Bürgern hatten im Vorfeld als Blickfang an verschiedenen Punkten in den Ortsteilen für die Dorfgespräche geworben.

„Die Ergebnisse der Dorfgespräche haben wir als Grundlage für unsere weiteren Planungen genutzt und vier thematische Arbeitsgruppen gebildet, in denen heute Verwaltung, Vereine und Bürger zusammenarbeiten“, sagt der Neunkirchener Bürgermeister Bernhard Baumann. „Ich bin sicher, dass man mit diesem partizipativen Ansatz die Anforderungen an einen attraktiven Wohn-, Erholungs- und Arbeitsstandort erfüllen kann.“

### LandLeben – Zukunftsfähig leben im ländlichen Raum

#### Die Bausteine

1. Koordination, Beratung, Information (Wissenstransfer)
  - Internetangebot
  - Newsletter
2. Ausrichtung von Dorfforen und -werkstätten
  - Dorfforum
  - „Dörfer lernen von Dörfern“: Erfahrungsaustausch zu allgemeinen Fragestellungen zur Zukunftsfähigkeit des Lebensraumes Dorf (z.B. Regionale Baukultur, Breitbandversorgung, Energie)
  - Dorfwerkstatt
3. Wettbewerbe/Würdigung
  - Dorfwettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“
  - Zukunftspreis Siegen-Wittgenstein
4. Vernetzung
  - Kommunale Arbeitsgemeinschaft
  - Synergieeffekte nutzen



#### Mehr Informationen:

Anne-Kathrin Werthenbach  
Kreis Siegen-Wittgenstein  
Fachgebiet Regionalentwicklung  
Telefon: 0271 / 333-11 65  
E-Mail: [ak.werthenbach@siegen-wittgenstein.de](mailto:ak.werthenbach@siegen-wittgenstein.de)  
[www.siegen-wittgenstein.de](http://www.siegen-wittgenstein.de)





Bild: © Fotolia / flucas

# Ein Fonds, der sich selber speist

**Mit einem revolving Regionalfonds haben zwei Regionen ein neues Finanzierungsinstrument für die ländliche Entwicklung konzipiert. Im Juni 2013 ist im Landkreis Rügen-Vorpommern der neue Fonds gestartet: Es wurden erste Kredite zwischen 5 000 und 20 000 Euro vergeben.**

Von Josef Bühler, Walter Benkert und Gwendolin Dettweiler

Der Zweckverband Allgäuer Moorallianz, ein Zusammenschluss der Landkreise Ost- und Oberallgäu, und die Nordvorpommersche Waldlandschaft, ein Naturschutzgroßprojekt von 18 Gemeinden im Landkreis Vorpommern-Rügen, sind zwei der fünf Gewinner des Ideenwettbewerbs „idee.natur“. Damit unterstützen die Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die ländliche Entwicklung durch Naturschutzgroßprojekte. Die beiden Regionen haben sich der Aufgabe gestellt, neue Finanzierungsinstrumente zu erarbeiten, zu testen und in die Abläufe eines Regionalmanagements zu integrieren. Von 2010 bis 2013 entwickelten die Regionalmanagements beider Regionen mit ihren regionalen Entwicklungsgruppen aus kommunalen Vertretern, Wirtschafts- und Sozialpartnern ein Konzept. Unterstützt wurden sie durch das Beratungsunternehmen neulandplus.

## Förderungrecycling

Die Idee eines revolving Fonds ist, Projekte zu 100 Prozent über zinsvergünstigte Darlehen vorzufinanzieren. Über die Tilgung und Zinserträge fließen Gelder zurück in den Fonds. Auch eine Gewinnbeteiligung kann möglich sein. Mit den sozusagen „recyclten Geldern“ werden erneut Projekte finanziert. Der Fonds wird aus öffentlichen und regionalen Mitteln gespeist. So stammen die 440 000 Euro des Regionalfonds Waldlandschaften zu 85 Prozent aus Bundes- und zu zehn Prozent aus Landesmitteln, fünf Prozent investiert die Region.

## Wer braucht und nutzt neue Finanzierungsmodelle?

Die entwickelten Fondsmodelle sind auf Zielgruppen ausgerichtet, die Einnahmen erwirtschaften. In Nordvorpommern sind dies Klein- und Kleinstunternehmen sowie Land- und Forstwirtschaftsbetriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern, die im Gebiet des Naturschutzgroßprojektes wirken. Förderfähig sind betriebliche und überbetriebliche Investitionen zur Schaffung und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe mit möglichst engem Bezug zu den Naturschutzanliegen im Gebiet. Ausgangspunkt für jedes der beiden Konzepte war eine Bedarfs- und Akzeptanzanalyse. Neue Finanzierungskonzepte sind dann sinnvoll, wenn ein regionaler Bedarf darstellbar ist, also Förder-, Finanzierungs- oder Zugangslücken bestehen. In beiden Modellregionen zeigte sich, dass zentrale sozioökonomische Ziele und damit verbundene Maßnahmen über die Regelförderung nicht unterstützt wurden oder mangels nationaler Kofinanzierungsmittel in Mecklenburg-Vorpommern für private Antragsteller nicht zur Verfügung standen. Entscheidend für die Finanzierungsart des Fonds ist die Eigenmittelsituation potenzieller Projektträger und deren Zugang zu Fremdmitteln. Um herauszufinden, ob ein revolving Regionalfonds akzeptiert werden würde, musste zu Beginn getestet werden, ob und welche Zielgruppen die Förderformen Zuschüsse, zinsvergünstigte Kredite und Beteiligungen annehmen. Die befragten Betriebe in den Regionen hatten unterschiedliche Präferenzen: Die mit nur wenig Eigenkapital ausgestatteten Unternehmen hatten ein größeres Interesse an Krediten, Unternehmen mit hohem Eigenkapital fanden Zuschüsse in der Regel attraktiver.

## Finanzberater Regionalmanagement

Wichtig für die Akzeptanz ist ein zentraler Ansprechpartner. Diese Aufgabe übernimmt in den Konzepten das Regionalmanagement: Es informiert, berät potenzielle Projektträger, prüft die Förder- und Finanzierungsvoraussetzungen und bereitet die Unterlagen für das Vergabegremium vor. Im Rahmen einer festgelegten Geschäftsordnung und erlassener Förderrichtlinien beurteilt dieser Ausschuss mit je einem Vertreter aus der regionalen Entwicklungsgruppe und dem Landkreis sowie zwei fachkundigen Bürgern die Nachhaltigkeit des Projektes sowie die Tragfähigkeit des Finanzierungsplans. Aufgrund dieser Einschätzung entscheidet die Entwicklungsgruppe über den Antrag. Als Geschäftsführer des Fonds schließt das Regionalmanagement den Darlehensvertrag und veranlasst die Auszahlung der Kredit- oder Beteiligungssumme.

## Eine Idee, zwei Modelle

Die konzipierten Regionalfondsmodelle unterscheiden sich zum einen in ihrer inhaltlichen Ausrichtung und zum anderen vor allem in der Abwicklung. Bei der Initiative Nordvorpommersche Waldlandschaft ist der Landkreis Träger und Abwickler der Kreditvergabe (siehe dazu Tabelle 1). Damit stellte sich die Frage, ob der Landkreis ein nach dem Kreditwesengesetz „erlaubnispflichtiges Kreditgeschäft“ betreibt. Nach einer Einschätzung der Bundesanstalt für Finanzen liegt eine Erlaubnispflicht jedoch nicht vor. Der Tatbestand des Kreditgeschäfts trete beim Regionalfonds hinter der Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben zurück.

**Tabelle 1: Regionalfondsmodell der Nordvorpommerschen Waldlandschaft**

Modellform und Kontenführung	Regionalfonds als Sonderkonto im Haushalt des Landkreises, jedes Darlehen hat ein eigenes Unterkonto
Träger	Landkreis Vorpommern-Rügen
Gebietsabdeckung	18 Gemeinden, die zur Nordvorpommerschen Waldlandschaft gehören
Abwicklung	Regionalmanagement gemeinsam mit Fachdienst Finanzen
Vergabe	Vorbereitung durch Regionalmanagement, Entscheidungsvorschlag durch vierköpfiges Vergabegremium, Entscheidung durch Entwicklungsgruppe
Vertragsgestaltung	Zuwendungsbescheid vom Landkreis, der zum Abschluss eines Darlehensvertrages ermächtigt
Kredithöhe	keine Mindesthöhe; maximal 70 000 Euro
Laufzeit	bis 8 Jahre, davon 1 Jahr tilgungsfrei
Zinsen für Darlehen	1 – 2 Prozent für die gesamte Laufzeit
Zusätzliche Verwaltungskosten	Getragen durch den Landkreis Vorpommern-Rügen
Mahnverfahren	einmalig durch Fachdienst Finanzen
Zahlungsverzug	Kontaktaufnahme und weitere Maßnahmen durch Regionalmanagement

Im Allgäu wurde ein Abwicklungsverfahren in Zusammenarbeit mit einer regionalen Partnerbank konzipiert: Im Auftrag der Moorallianz vergibt die Partnerbank Kredite mit bankeigenem Geld zu Regionalfonds-Konditionen. Die notwendigen Sicherheiten gewährleistet ein Kapitalkonto der Moorallianz. Erst bei einem nachgewiesenen Kreditausfall kann die Bank auf das Fondskapital zurückgreifen. Die ihr entstehenden Organisationskosten werden beispielweise über Zinseinnahmen oder durch die Entnahme von maximal drei Prozent Verwaltungskosten aus dem Fondskonto gedeckt. Die Kooperation mit einer Regionalbank ist für Walther Benkert das effizientere der beiden Modelle. Der Leader-Regionalmanager aus Nordvorpommern-Rügen sieht darin viele Vorteile: „geringe Verwaltungskosten, zusätzliches Know-how bei der Projektbeurteilung, Outsourcing der kompletten Kreditabwicklung und des Mahnverfahrens“. Für ihn ist die Variante in seiner Region, Darlehen über den Landkreis abzuwickeln, keine Ideallösung. Aber sie ist eine, mit der der Regionalfonds realisiert werden konnte.

## Innovationen stellen auch Anforderungen

Die Regionalfonds-Entwickler sind mit ihren Vorschlägen und Modellen auch auf Vorbehalte gestoßen. Bei einer ausreichenden Nachfrage der etablierten zuschussbasierten Förderung betrachten Fördergeldgeber das neue Finanzierungsinstrument mitunter als ein nicht zwingend nötiges Experiment. Dabei trifft nicht nur eine Abwicklung in Zusammenarbeit mit externen Partnern auf Skepsis, sondern auch die Langfristigkeit des Förderkonzepts. Regionalfonds sollen Fördermittel mehrfach in den Umlauf bringen und bei einer begrenzten Zahl an Kreditausfällen über bis zu 25 Jahre Förderimpulse setzen. Dazu braucht es eine solide Organisationsstruktur. Und auch der Nutzen des Instruments muss vermittelt werden, denn in Zeiten niedriger Marktzinsen wird eine der Zuschusshöhe vergleichbare finanzielle Förderung nur über lange Kreditlaufzeiten erreicht – der Geldumlauf eines Regionalfonds ist aber möglichst mittelfristig auf maximal acht Jahre angelegt. Zudem gilt es ein Modell zu entwickeln, das nur geringe Verwaltungskosten produziert. Bei Fondsvolumen von 400 000 bis 700 000 Euro müssen Synergieeffekte oder die kostenneutrale Übernahme eines Teils der Managementkosten über bestehende Abwicklungsstrukturen erschlossen werden. Ein sich selbst tragender Regionalfonds benötigt eine Finanzausstattung von mindestens 2,5 Millionen Euro. Und auch das Regionalmanagement und der Träger müssen für einen Regionalfonds neue Kompetenzen und Qualifizierungsstandards als Kreditdienstleister aufbauen.



Bild: © Fotolia / Petrus

Im Dezember 2013 erscheint eine 72-seitige Broschüre, die die Modelle, Erfahrungen im Detail und rechtlichen Grundlagen vorstellt. Euregia-Verlag, ISBN-Nr. 9-939361-05-4, 15 Euro.



## Mehr Informationen:

Josef Bühler  
Geschäftsführer Neulandplus – Tourismus-, Standort- und Regionalentwicklung GmbH & Co KG  
Telefon: 0175/58 031 50  
E-Mail: buehler@neulandplus.de  
www.neulandplus.de

Walther Benkert  
Leader Regionalmanager Landkreis Vorpommern-Rügen  
Telefon: 03831 / 357-12 74  
E-Mail: walther.benkert@lk-vr.de  
www.leader-nvp.de

Gwendolin Dettweiler  
Regionalmanagerin Allgäuer Moorallianz  
Telefon 08342/911-465  
E-Mail: gwendolin.dettweiler@ira-oal.bayern.de  
www.moorallianz.de



# Transnationale Kooperation feiern!



Mit dem Nordic-Baltic Leader Cooperation Award würdigten die Vernetzungsstellen der baltischen Länder Ende September die Leistung von Akteuren aus transnationalen Kooperationsprojekten. Die eingereichten 60 Projekte zeigen, wie facettenreich und zukunftsweisend grenzüberschreitende Zusammenarbeit sein kann.

Von Anke Wehmeyer und Anja Rath

Die Vernetzungsstellen aus Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden pflegen seit Beginn der aktuellen Förderphase einen intensiven und regelmäßigen Austausch. Bei einem gemeinsamen Workshop entstand die Idee, das beste transnationale Kooperationsprojekt mit baltischer Beteiligung zu krönen – 2013 riefen sie den Nordic-Baltic Leader Cooperation Award (TNC) aus.

## Vielfältige Partnerschaften

Zum Wettbewerb wurden von April bis Mai 60 Projekte für die fünf Wettbewerbskategorien eingereicht (siehe Tabelle), in denen Partner aus über 20 europäischen Ländern aktiv sind. Im Juni wählte eine Jury daraus 21 als Finalisten aus. Die Juroren bewerteten die Kriterien „Nutzen für die Beteiligten“, „Transnationale Kooperation und Partnerschaft“, „Innovationslevel“, „Wirkung auf die lokale Entwicklung“ und „Mehrwert bezogen auf Übertragbarkeit und Nachhaltigkeit“.

## Viele Aktive in ganz Europa

Wettbewerbskategorie	Einsendungen	beteiligte Länder insgesamt
Jugend	18	12
Tourismus	8	16
Kultur	16	14
Regionalentwicklung	8	10
Regionale Ressourcen und Umwelt	10	13
insgesamt	60	23 (davon 22 EU)

Zwei der vier Projekte mit deutscher Beteiligung schafften es in die engere Auswahl: „Bees and Biodiversity“ mit der LAG Dübener Heide als Kooperationspartner in einem Projekt mit insgesamt sieben EU-Ländern sowie „À la Region – Upper Tampere & Hunsrück and Rhein Valley“ mit der LAG Hunsrück.

## Mehrwert Vernetzung

In festlicher Atmosphäre wurden bei der Abschlussveranstaltung mit Vertretern aller nominierten Partner Ende September die fünf Gewinner bekannt gegeben und gefeiert. Die baltischen Vernetzungsstellen haben eine Internetpräsenz geschaffen und eine 56-seitige Broschüre veröffentlicht. Neben Informationen rund um den Wettbewerb werden die Finalisten vorgestellt – Erfolgsgeschichten, die zum Nachahmen anregen sollen.

## Kooperation gewinnt

### „Wind for Youth“ für die Jugend

Ein Ziel des Projekts ist, junge Menschen in ländliche Musikgruppen, -vereine oder Laien-Orchester einzubinden, um Bleibeperspektiven zu schaffen. Dazu haben die Partner aus Österreich und Finnland die regionale und internationale Zusammenarbeit ihrer Musikgruppen intensiviert.

### „Nature Tourism“ für Tourismus

Neun Hauptpartner und vielzählige weitere Projektbeteiligte aus sechs verschiedenen Ländern arbeiten an der gemeinsamen Vermarktung der Regionen und organisieren Transferbesuche, gemeinsame Messeauftritte und Veranstaltungen zu Umwelttourismus.

### „Medieval Festival“ für Kultur

Partner aus sechs europäischen Mitgliedsstaaten untersuchen den Beitrag von Mittelalterfestivals für die touristische Entwicklung der Regionen. Sie binden dabei Jugendliche ein, die in den Bereichen Kunsthandwerk, Eventmanagement, Musik und Theater eigene Ideen einbringen und zukünftige Einkommensmöglichkeiten für sich ausprobieren können.

### „Cross-Border Entrepreneurs“ für Regionalentwicklung

In dem grenzüberschreitenden Unternehmerprojekt von Lokalen Aktionsgruppen aus Schweden und Polen können sich Hersteller von regionalen Produkten vor Ort, auf Veranstaltungen und Messen gemeinsam vermarkten und austauschen. Die Produkte und die Veranstaltungsauftritte werden gegenseitig bewertet und können so optimal an die jeweiligen Zielgruppen angepasst werden.

### „Growing Gastronauts“ für regionale Ressourcen und Umwelt

Fünf Kooperationspartner aus drei Ländern bringen Produzenten regionaler Produkte mit Schulen zusammen. Die Schüler werden für die Herstellung regionaler Produkte vom Anbau bis zur Landtheke sensibilisiert und lernen dabei viel über Nahrungsmittel und die eigene Region.

## Mehr Informationen:

Rural Economy Research Centre  
Estonian Rural Network Unit  
E-Mail: [info@maainfo.ee](mailto:info@maainfo.ee)  
<http://maainfo.ee/index.php?page=3604>



Franz-Josef Strauß,  
Programmbeschäftigter  
für Rheinland-Pfalz

# „Rheinland-Pfalz nimmt Beteiligung ernst“

In allen Bundesländern läuft die Programmierung der neuen Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum auf Hochtouren. Als langjähriger Programmkoordinierungsreferent für Rheinland-Pfalz hat auch Franz-Josef Strauß alle Hände voll zu tun: Er stimmt mit den verschiedenen Akteuren die zukünftigen Programminhalte des neuen Entwicklungsprogramms „Umweltmaßnahmen, Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährung“ (EULLE) ab.



## Herr Strauß, bei der Programmentwicklung binden Sie viele Akteure ein, investieren viel Zeit und Arbeit in Koordination und Kommunikation. Lohnt sich dieser Aufwand?

Wir sprechen von einem Planungszeitraum von sieben Jahren und einem Umsetzungszeitraum von zehn Jahren, da lohnt sich der Aufwand. Unsere Diskussionen laufen bereits seit über einem Jahr. In der Tat kostet die Vor- und Nachbereitung jeder Veranstaltung viel Zeit und Arbeit. Aber ohne diesen Einsatz ist eine Einbindung der Akteure nicht möglich. Die Menschen müssen angesprochen werden. Sie müssen ihre Bedürfnisse und Vorstellungen persönlich darlegen können, denn das ist die Grundlage dafür, dass man einander versteht. Und dass sich die Menschen beteiligen wollen, zeigen die Teilnehmerzahlen unserer Projektgruppensitzungen: Hier sind grundsätzlich 30 bis 50 Personen aus den unterschiedlichsten Bereichen anwesend.

## Im LEADER-Ansatz wollen Sie in der nächsten Förderperiode die Möglichkeit bieten, unbare Eigenleistungen in den Finanzierungsplan eines Projekts einzubringen. Wie kann man sich das konkret vorstellen?

Nun, unbare Eigenleistungen – wie etwa eigene handwerkliche Leistungen – waren bislang leider nicht durch den ELER kofinanzierungsfähig. Andererseits sind Landesmittel knapp. Mit Artikel 59 (1) der ESI-Verordnung wird nun auch die Beteiligung des ELER an den unbaren Eigenleistungen erleichtert. Diese Möglichkeiten wollen wir im Entwicklungsprogramm EULLE ausschöpfen. Da wir uns noch im Entwicklungsstadium der Programmierung befinden, kann ich Ihnen jedoch auf die Frage der genauen Ausgestaltung noch keine Antwort geben. Wir werden die unbaren Eigenleistungen jedoch besser berücksichtigen – so viel steht fest.

Anträge von LEADER-Regionen sollen in Rheinland-Pfalz zukünftig im Strukturfonds prioritär behandelt und die Managements mit jeweils einer ganzen Stelle ausgestattet werden. Darf man daraus ableiten, dass sich LEADER als Förderansatz in Ihren Augen bewährt hat?

Der LEADER-Ansatz hat sich in Rheinland-Pfalz bewährt, ebenso die Zusammenarbeit mit den anderen Fonds. Das wollen wir möglichst unbürokratisch fortsetzen. Rheinland-Pfalz ist überwiegend ländlich geprägt. Wir haben keine großen Städte, von denen die ländlichen Regionen profitieren könnten. Daher ist LEADER als partnerschaftlicher Ansatz unerlässlich. Die Bedarfsanalyse, die jede LEADER-Region erstellen muss, ist eine wichtige Grundlage für die Entwicklungsstrategie und die Ausgestaltung der Projekte. Daher werden an das Konzept qualitativ hohe Anforderungen gestellt. Deshalb empfehlen wir auch, das Regionalmanagement zu stärken. Als Nebenjob mit einer halben Stelle ist dies nicht zu bestreiten.

## Die Lokalen Aktionsgruppen (LAGn) müssen in Zukunft den Nachweis erbringen, dass sie sich projektunabhängig an der LEADER-Kofinanzierung beteiligen. Was hat Sie dazu bewegt, diese Forderung zu stellen?

Wir hoffen, dass mit einer unabhängigen, finanziellen Beteiligung zum einen die Zusammenarbeit einer Region und ihr Interesse an dem LEADER-Prozess herausgestellt werden. Zum anderen haben so möglicherweise finanzschwache Gemeinden bessere Möglichkeiten, ihre Projekte umzusetzen. Wir wollen zudem das Verantwortungsgefühl für die Entwicklung in der Gesamtregion stärken. Gute Beispiele der laufenden Förderperiode bestärken uns in diesem Ansatz. In der LAG wird über ein Projekt im Interesse der Entwicklung der Region entschieden. Die Projekte sollen nicht einfach durchgewunken werden. Die LAG muss mit dem gemeinsamen Geld entscheiden, ob ein Projekt sinnvoll und notwendig ist oder nicht.

Das Gespräch führte Anke Wehmeyer.



Bild: © Marco28 | I

## ELER-Maßnahmen ab 2014: Günstig oder wirksam

**Die 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik wird seit Jahren für ihren hohen bürokratischen Aufwand kritisiert, mit dem vor allem die Antragsteller konfrontiert sind. Die Belastung der nationalen Förderverwaltungen wird jedoch oft vergessen. Dabei sind Verwaltungskosten ebenso öffentliche Kosten wie die Fördermittel selbst. Die 7-Länder-Evaluierung des Thünen-Instituts zeigt Probleme und Lösungsansätze auf.**

Von Barbara Fähmann, Regina Grajewski und Karin Reiter

Jüngsten Untersuchungen im Rahmen der 7-Länder-Evaluierung (siehe Kasten) zufolge unterscheiden sich die Verwaltungskosten der einzelnen Maßnahmen sehr stark, sie variieren zwischen einem bis 60 Prozent der ausgezahlten Mittel. In Ausnahmefällen betragen sie sogar über 100 Prozent. Besonders verwaltungsaufwendig sind zum Beispiel der Vertragsnaturschutz und andere Agrarumweltmaßnahmen mit hohem Aufwandsniveau, ebenso klein dimensionierte und wenig standardisierbare Maßnahmen wie LEADER und Qualifizierungsmaßnahmen. Eher niedrige relative Kosten sind mit der Ausgleichszulage, der Ökolandbauförderung sowie größeren Infrastrukturmaßnahmen und einzelbetrieblicher Investitionsförderung verbunden.

In Zeiten rigider Sparvorgaben in den öffentlichen Verwaltungen liegt die Schlussfolgerung nahe: mehr Standardmaßnahmen und einfache Maßnahmenausgestaltung, weniger Innovation und Komplexität. Politische Förderziele und ein wirksamer Einsatz der Fördermittel laufen damit Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten.

### Der Handlungsdruck steigt

Die EU legt wenig Wert auf die kritische Reflexion dieser Aspekte in der Evaluierung – in den vorgegebenen Bewertungsfragen spielen sie

eine absolut untergeordnete Rolle. Die Ergebnisse des Thünen-Instituts verdeutlichen jedoch, wie wenig passend das aus der 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik stammende Verwaltungs- und Kontrollsystem teilweise für das heterogene Maßnahmenspektrum der 2. Säule ist. Die Programmverantwortlichen der Bundesländer haben jedoch ein sehr großes Interesse an diesen Zusammenhängen, denn mit Blick auf die Förderperiode ab 2014 steigt der Handlungsdruck. Dies zeigt ein O-Ton aus der Verwaltung: „Die Schere aus dem, was administrativ von Verwaltungen verlangt wird, was fachlich erforderlich wäre und was die Verwaltung fachlich und mengenmäßig leisten kann, geht auseinander.“

### Was heißt dies für die Förderperiode ab 2014?

Die Programmierung stellt die Verantwortlichen vor große Herausforderungen und erfordert klare Weichenstellungen. Die Evaluierung kann hierfür prozessbegleitend wesentliche Argumente liefern. Daher sieht es das Team der 7-Länder-Evaluierung auch als wesentliche Aufgabe an, die Ergebnisse in die verschiedenen Gremien hineinzutragen, die sich derzeit mit der Neuprogrammierung beschäftigen. Dazu gehören unter anderem die Begleitausschüsse in den Ländern, der im Rahmen der 7-Länder-Evaluierung eingerichtete gemeinsame

Lenkungsausschuss der Programmkoordinatoren oder maßnahmenbezogene länderübergreifende Arbeitsgruppen. Gerade der Vergleich über die Länder und Maßnahmen kann hier den Blick für Handlungsoptionen aufzeigen:

### EU-Förderung kostenbewusst einsetzen

Notwendig scheint eine Abkehr von der „Schutzschirmfunktion“ der EU-Programme vor Kürzungen. Die Finanzminister der Bundesländer kürzen Landesmaßnahmen eher als solche mit EU-Kofinanzierung. Diese Strategie hat in der Vergangenheit zu breit aufgestellten Programmen mit zum Teil geringen Finanzansätzen je Maßnahme geführt. Die Fixkosten für die Programmierung – etwa zur Erstellung von Prüf- und Kontrollpfaden, Förderhandbüchern oder für die IT-Programmierung – sind im Bereich der EU-Förderung jedoch sehr hoch und schlagen bei Kleinmaßnahmen stark zu Buche. Zudem gibt es Vorhabentypen, die mit dem „ermessensfreien“ Kontroll- und Sanktionsregime nur sehr aufwendig und mit hohem Risiko für Antragsteller und Verwaltung umzusetzen sind. Darunter fallen beispielsweise flächenbezogene Naturschutzvorhaben, in denen die Frage der Grünlanddefinition oder die variable Größe der Landschaftselemente häufig zu Auseinandersetzungen mit Prüfinstanzen bis hin zu Anlaufverfahren führen. Diese sollten gegebenenfalls national finanziert werden.

### Wirksamkeit teurer Maßnahmen betonen

Für das Erreichen förderpolitischer Ziele sind ambitionierte Maßnahmen notwendig, die einer fachlich gut aufgestellten Verwaltung bedürfen und teilweise mit hohem Beratungs- und Kontrollaufwand verbunden sind. Dafür braucht es ausreichende Ressourcen inklusive einer voranschauenden Personalentwicklung, da Fach- sowie Erfahrungswissen

in den Verwaltungen zentral für den Erfolg der Förderung sind. Hohe Umsetzungskosten, die zu einer hohen Zielerreichung führen, sollten in der derzeitigen Programmerstellung offensiv diskutiert werden.

### Organisation und IT-Systeme optimieren

Alle Bewilligungsstellen müssen, auch wenn sie nur wenige Förderfälle umsetzen, die gleiche EU-Expertise vorhalten. In Nordrhein-Westfalen betreuen beispielsweise die Unteren Landschaftsbehörden die Umsetzung von Vertragsnaturschutzmaßnahmen. Ihr Vorteil ist ihre Nähe zu den antragstellenden Betrieben und ihre Ortskenntnis. Eine dezentrale Maßnahmenumsetzung führt jedoch tendenziell zu höheren Verwaltungskosten und überfordert kleine Verwaltungseinheiten häufig. Diesen Problemen kann man begegnen, indem man Bearbeitungsschritte zentralisiert, Schwerpunkttämer einrichtet und möglichst viele Maßnahmen über den gleichen Verwaltungsstrang integriert umsetzt. Damit würde man die Kosten für den Aufbau und Erhalt dezentraler EU-Expertise minimieren. Auch eine Optimierung der IT-Systeme würde die Förderverwaltung entlasten. Die Datenverwaltung ist zum Beispiel bei den investiven Maßnahmen besonders kompliziert. Es muss häufig viel Zeit damit verbracht werden, das Vorhaben eingabemasken-kompatibel zu organisieren, zudem sind wichtige Funktionen oft nicht programmiert.

Die Länder greifen die Evaluierungsergebnisse als eine Entscheidungsgrundlage unter vielen für oder auch gegen die Umstrukturierung ihrer Verwaltung auf. Dabei ersetzt die Evaluierung natürlich keine Organisationsentwicklung. Schlussfolgerungen aus aufgezeigten Schwachstellen der IT-Lösungen fließen in die Diskussion um die langfristige IT-Strategie der Länder ein.



### 7-Länder-Evaluierung

Das Thünen-Institut evaluiert gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern die ländlichen Entwicklungsprogramme 2007 bis 2013 von sieben Bundesländern: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen/Bremen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. [www.eler-evaluierung.de](http://www.eler-evaluierung.de)

### Mehr Informationen:

Barbara Fähmann  
Thünen-Institut für Ländliche Räume  
Telefon: 0531 / 596 5247  
E-Mail: [barbara.fahermann@ti.bund.de](mailto:barbara.fahermann@ti.bund.de)  
[www.ti.bund.de](http://www.ti.bund.de)



Die Mitglieder und Initiatoren des Regionalfensters mit Bundesministerin Ilse Aigner

# Regionales transparent vermarkten

**Das Thema Regionalität ist in aller Munde und wird sehr emotional geführt, da jeder etwas anderes unter Region oder Heimat versteht. Deshalb vergab das Bundeslandwirtschaftsministerium im Oktober 2011 ein Gutachten zur Erarbeitung von Kriterien für ein bundesweites Regionalsiegel. Ab Januar 2014 werden nun die ersten regionalen Produkte mit dem „Regionalfenster“ in den Geschäften zu finden sein.**

Von Axel Wirz und Peter Klingmann

Das Forschungsinstitut für biologischen Landbau Deutschland (FiBL), die MGH „Gutes aus Hessen“ GmbH sowie weitere Partner aus Handel, Handwerk und Bioverbänden haben das Gutachten zur Einführung des „Regionalfensters“ (siehe Kasten) erarbeitet. Neben der Analyse von mehr als 185 Regionalinitiativen, zwölf verschiedenen Länderzeichen und 14 regionalen Handelsmarken wurden intensive Gespräche mit den verschiedensten Akteuren, von der Verbraucherzentrale über das Handwerk bis zum Bundesverband der Regionalinitiativen, geführt. Auf Basis dieser Gespräche hat sich der Ansatz einer Herkunftsdeklaration in Form eines Informationsfeldes als der vielversprechendste herausgestellt. Dieses ist nicht als Logo oder Siegel konzipiert, sondern beschreibt ohne weitere Zusatzinformationen ausschließlich die Herkunft des Produktes. Im Januar 2012 stellten das FiBL, die MGH und Bundesministerin Ilse Aigner diesen Ansatz auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin vor.

## Der Test in der Praxis

Im Juni 2012 erhielten das FiBL gemeinsam mit der Universität Kassel den Auftrag, das Regionalfenster beim Verbraucher zu erproben und zu evaluieren. Ziel war es, dessen Akzeptanz bei Verbrauchern und Händlern zu überprüfen. Dies erfolgte in vier aufeinander aufbauenden Phasen: a) Leitfadeninterviews mit Verbrauchern, b) computergestützte Verbraucherbefragung in den Testgeschäften, c) Mystery Shopping und d) telefonische Marktleiterbefragung. Auf Basis der im Kasten beschriebenen Vergabekriterien wurde im Januar 2013 der Praxistest in fünf Regionen und in insgesamt 20

Geschäften durchgeführt. Testregionen waren Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, die Metropolenregion Hamburg/Schleswig-Holstein und Berlin/Brandenburg. Diese Regionen spiegeln sowohl unterschiedliche Regionalaspekte- und Regionalkennzeichnungsformen als auch unterschiedliche Distributionskanäle und Handelsformen wider. Die rund 200 ausgewählten Testprodukte umfassten unterschiedliche Produktarten als auch Verpackungsformen. Alle Produkte wurden vorher mittels eines sogenannten Stresstests dahin gehend überprüft, ob die Auslobungen im Regionalfenster auch wahrheitsgemäß sind. In jedem der teilnehmenden Märkte stellten die sogenannten Botschafterinnen für Agrarprodukte, die von den regionalen Landfrauen-Verbänden gestellt wurden, in einer zweitägigen Aktion das Regionalfenster vor.

## Was die Verbraucher meinen

Während der dreimonatigen Testzeit wurden insgesamt 2.019 Verbraucher zum Thema Regionalität und dem Regionalfenster befragt. Insgesamt ist das Regionalfenster sehr positiv von den Verbrauchern angenommen worden. Seine Einführung haben über 80 Prozent der Befragten begrüßt und fast ebenso viele sagten, dass diese Kennzeichnung es leichter macht, ein regionales Lebensmittel zu erkennen. Für vier Fünftel der Befragten ist das Regionalfenster mit seinen Informationen zur Region, Herkunft der Rohstoffe und der Nennung des Verarbeitungsortes verständlich, gut lesbar, übersichtlich und informativ. Auch die abschließende Befragung der 20 Marktleiter hat ein sehr positives Ergebnis bezüglich der Akzeptanz des neuen Kennzeichnungsansatzes ergeben. Als Ergebnis des Markttestes wurde das Regionalfenster insofern

überarbeitet, als dass jetzt auch zusätzlich der Gesamtanteil der regionalen Ware am Produkt genannt wird. Zudem wurden die Kriterien angepasst, sodass nicht nur die Hauptzutaten, sondern auch die wertgebenden Zutaten aus der Region stammen müssen, etwa im Falle des Erdbeerbjoghurts nicht nur die Milch, sondern auch die Erdbeeren.

## Kontrolle gewährleistet

Während der Testphase wurde außerdem das mehrstufige Prüf- und Sicherungssystem für das Regionalfenster entwickelt. Dabei sollte vor allem eine Kompatibilität mit schon bestehenden mehrstufigen Kontrollsystemen, wie der Ökokontrolle oder der Kontrolle der „Geprüften Qualität – HESSEN“, erreicht werden, um den Kontrollaufwand für die Überprüfung so gering wie möglich zu halten. Das Prüf- und Sicherungssystem dient dazu, die auf dem Deklarationsfeld gemachten Angaben zur Herkunft und zum Verarbeitungsort zu verifizieren und von externer, neutraler Stelle überprüfen zu lassen. Prinzipiell können alle in Deutschland akkreditierten

Kontrollstellen die Einhaltung der Regionalfenster-Kriterien überprüfen. Sie müssen nur beim Regionalfenster e.V. die Zulassung beantragen. Mit dem Abschluss des Gutachtens ist die Förderung zur Einführung des Regionalfensters ausgelaufen. Dieses muss sich nun selbst auf dem Markt behaupten. Die Experten gehen aber aufgrund ihrer Erprobungsergebnisse davon aus, dass die Chancen hierfür gut stehen. Ab Januar 2014 werden die ersten regulären Regionalfenster-Produkte in den Regalen zu finden sein. Als Erste haben die Unternehmen Rewe, Edeka und tegut... Lizenzen zur Nutzung der Herkunftsdeklaration beantragt, weitere werden folgen.

## Was bedeutet regional?

Für die Vergabe des Regionalfensters wurden verschiedene Kriterien erarbeitet. Sie betreffen die Regiondefinition, die Mindestvoraussetzungen für die Herkunft der landwirtschaftlichen Rohstoffe, die Nennung des Verarbeitungsortes und das mehrstufige Prüf- und Sicherungssystem:

- So muss die Region klar benannt werden und kleiner als die Bundesrepublik Deutschland sein, sie kann jedoch Staats- oder Ländergrenzen überschreiten. Aus Verbrauchersicht wird eine Region am besten durch politisch-administrative Grenzen, wie einem Bundesland, Landkreis oder Kilometer-Radius, definiert.
- Die Hauptzutat muss komplett aus dieser Region stammen. Bezieht die Hauptzutat weniger als 50 Prozent des Gesamtgewichts, so müssen weitere Zutaten in ihrer Gänze aus der Region stammen, bis 51 Prozent der Gewichtsanteile überschritten werden. Diese Grenze wurde gesetzt, damit ein typisches Direktvermarkterprodukt, wie eine Erdbeerkonfitüre, mitberücksichtigt werden kann, da es keinen regionalen Zucker gibt.
- Der Verarbeitungsort muss genannt werden.
- Der regionale Anteil am Gesamtprodukt muss genannt werden.
- Die Überprüfung der Aussagen muss durch ein neutrales, mehrstufiges Prüf- und Sicherungssystem erfolgen.

## Der Regionalfenster e. V.

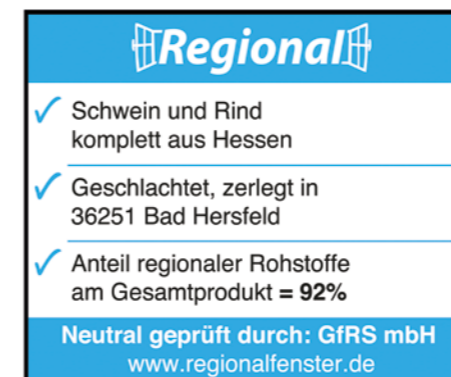
Vergeben wird das Regionalfenster durch den privatwirtschaftlichen Regionalfenster e.V., dieser hat sich im Sommer 2012 während der Testphase des Regionalfensters gegründet. Der Verein ist für die Vergabe und die Weiterentwicklung des Regionalfensters zuständig und setzt sich aus allen Vertretern der Wertschöpfungskette, von Regionalinitiativen, Bioverbänden über Handwerk, Handel bis hin zu Kontrollinstitutionen, zusammen. Begleitet wird der Verein durch einen Beirat, zusammengesetzt aus der Verbraucherzentrale, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dem Land Hessen, der Universität Kassel sowie dem FiBL. Ziel des Regionalfenster e.V. ist es, mehr Glaubwürdigkeit, Transparenz und eine einheitliche Kennzeichnung von regionalen Produkten zu erreichen. Der Verein finanziert seine Arbeit über Mitgliedsbeiträge sowie die Lizenzgebühren der Unternehmen, die das Regionalfenster nutzen möchten.



## Mehr Informationen:

Axel Wirz  
FiBL Deutschland e.V.  
Telefon: 069 / 71 37 69 94 8  
E-Mail: axel.wirz@fibl.org  
www.fibl.org

Peter Klingmann  
MGH Gutes aus Hessen GmbH  
Telefon: 06 031 / 73 23 62  
E-Mail: pklingmann@gutes-aus-hessen.de  
www.gutes-aus-hessen.de



Das aktuelle Layout des Regionalfensters mit den Informationen zur Herkunft der Rohware, zum Verarbeitungsort, dem Anteil der regionalen Ware am Gesamtprodukt und mit dem Hinweis auf das neutrale Prüfinstitut.





# Ackerbau der Zukunft – mit Leguminosen

**Die Eiweißpflanzenstrategie des Bundeslandwirtschaftsministeriums will den Wiedereinzug von Erbse, Ackerbohne, Lupine & Co auf den heimischen Äckern vorantreiben und den nachhaltigen Sojaanbau fördern. Im Zentrum stehen die Ökosystemleistungen der Leguminosen mit ihrem positiven Beitrag für Artenvielfalt, Boden, Klima und Umwelt.**

Von **Annegret Groß-Spangenberg** und **Juliane Mante**



## Partner des Netzwerks Sojabohne

Die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft koordiniert das Netzwerk Sojabohne. Weitere Partner sind das Landeskuratorium für pflanzliche Erzeugung in Bayern e.V., die Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e.V., die Life Food GmbH Taifun Sojaprodukte in Freiburg und das Landwirtschaftliche Technologiezentrum Augustenberg des Landes Baden-Württemberg mit den Unternehmen Kraichgau Raiffeisen Zentrum eG und der ZG Raiffeisen Gruppe/Raiffeisen Kraftfutterwerk Kehl GmbH. Zudem sind über 100 ökologisch und konventionell wirtschaftende Betriebe aus elf Bundesländern in das Netzwerk eingebunden.

## Hintergrund der Eiweißpflanzenstrategie

Der Anbau von Leguminosen ist in Deutschland deutlich zurückgegangen. In den letzten zehn Jahren ist die Anbaufläche von Körnerleguminosen um zwei Drittel auf weniger als 80.000 Hektar gesunken. Die Gründe für ihre sinkende Wettbewerbsfähigkeit sind vielfältig: Als Futtermittel ist Soja aus Übersee billiger, hat einen höheren Proteingehalt und eine günstigere Aminosäurezusammensetzung als heimische Leguminosen. Getreide, Mais, Zuckerrüben und Raps lassen sich leichter anbauen, vermarkten und aufbereiten, sie erzielen zudem höhere physische und monetäre Erträge. Als Folge schwinden in der Landwirtschaft die Kenntnisse zum Anbau heimischer Leguminosen. Es fehlen Innovationen, Strukturen und Investitionen, zum Beispiel in Zuchtprogramme.

## Mehr Informationen:

Dr. Annegret Groß-Spangenberg  
Geschäftsstelle Eiweißpflanzenstrategie  
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung  
Telefon: 02 28 / 68 45 29 16  
E-Mail: annegret.gross-spangenberg@ble.de  
www.ble.de/Eiweisspflanzenstrategie  
www.bundesprogramm.de

Mit dieser Zielsetzung hat das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) die Eiweißpflanzenstrategie entwickelt. Mit Hilfe von agrarpolitischen Maßnahmen – Greening im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Agrarumweltförderung – sowie einer Förderung von Beratung, Forschung und Züchtung sollen positive Impulse für eine Ausweitung der Leguminosenfläche in Deutschland gegeben werden. Ein wichtiger Ansatz ist die Einrichtung von Demonstrationsnetzwerken. Hier wird über eine intensive Beratung, gezielte Maßnahmen zum Wissenstransfer wie Feldtage und Seminare, die Demonstration von Best-Practice-Beispielen und die Entwicklung von regionalen Wertschöpfungsketten modellhaft gezeigt, wie das Angebot von und die Nachfrage nach heimisch erzeugten Leguminosen gesteigert werden können. Zudem sollen Forschungsvorhaben gezielt Wissenslücken füllen, Innovationen erzeugen und im engen Dialog mit den Demonstrationsnetzwerken stehen. Eine eigens eingerichtete Geschäftsstelle in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung koordiniert die Umsetzung der Maßnahmen der Eiweißpflanzenstrategie.

## Netzwerk für Sojabohnen gestartet

Das Demonstrationsnetzwerk Sojabohne startete im September 2013, hierfür hat das BMELV 2,9 Millionen Euro im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft zur Verfügung gestellt. In diesem Netzwerk arbeiten alle Akteure entlang der Wertschöpfungskette zusammen (siehe Kasten). Sogenannte landwirtschaftliche „Leuchtturmbetriebe“ setzen aktuelle Erkenntnisse aus der Forschung in die Praxis um, weitere Demonstrationsbetriebe liefern schlagbezogene Daten zu Sojabohnen, Vergleichs- und Nachfrüchten und geben damit Aufschluss über die Wirtschaftlichkeit, Vorfruchtwirkung und über Ökosystemleistungen der Sojabohne. Die Website [www.sojafueroendring.de](http://www.sojafueroendring.de) wird ab Februar 2014 über alle Aktivitäten des Netzwerkes informieren.

## Weitere Netzwerke geplant

Das Demonstrationsnetzwerk für Lupinen ist noch in der Vorbereitung. Nach dem gleichen Prinzip sollen ein Netzwerk und Forschungsvorhaben für Ackerbohnen und Erbsen 2014 auf den Weg gebracht werden.



**Thorsten Michaelis, Geschäftsführer der Deutschen Agrarforschungsallianz**

## Forschung und Praxis verzahnen

Thorsten Michaelis ist Geschäftsführer der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA) am Thünen-Institut in Braunschweig. Er ist Ansprechpartner für das DAFA-Fachforum Leguminosen, das 2011 gestartet wurde. Telefon: 05 31 / 596 10 17, E-Mail: [t.michaelis@dafa.de](mailto:t.michaelis@dafa.de), [www.dafa.de](http://www.dafa.de)

**Herr Michaelis, das Fachforum Leguminosen der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA) hat zusammen mit zahlreichen Experten eine Forschungsstrategie für Leguminosen entwickelt. Wie kann man denn die Leguminosen wieder stärker in den landwirtschaftlichen Anbau integrieren?**

Die DAFA-Forschungsstrategie fokussiert für zeitnahe Resultate folgende Punkte: In die Vorlaufzüchtung muss stärker investiert werden, um das Potenzial der Erträge und Ökosystemleistungen von Leguminosen zu erhöhen. Um den Anbau wirtschaftlicher zu machen, müssen der Pflanzenbau und Pflanzenschutz optimiert, aber auch die Futterbergung und -konservierung technisch verbessert werden. Ganz wichtig ist es aber auch, die Ökosystemleistungen auf betrieblicher Ebene zu bewerten, damit Landwirte diese bei ihren Anbauentscheidungen einkalkulieren können. Von der Anbau- und Erntetechnik bis zur Verarbeitung müssen die Wertschöpfungsketten in den Regionen ausgebaut werden. Ein Markt für heimische Leguminosen kann entwickelt werden, wenn Leguminosen kontinuierlich in ausreichender Menge und Qualität bereitgestellt werden. In dem Zusammenhang gibt es Forschungsbedarf zur erweiterten Nutzung von Futterleguminosen – etwa als Proteinisolat oder Grünfuttermittel. Und Leguminosen sind auch für die menschliche Ernährung wichtig. Hier braucht es Konzepte, wie Leguminosen oder ihre Bestandteile in die Ernährung eingebettet werden können, um ihre positiven Gesundheitswirkungen besser zu erschließen.

In allen Forschungsfeldern soll ein enger Bezug zur Praxis gehalten werden und regionale Anbauzentren sollen in einem bundesweiten Demonstrationsnetzwerk die Leistungsfähigkeit von Leguminosen demonstrieren. Im Fokus stehen die Körnerleguminosen Ackerbohne, Futtererbse, Lupine und Sojabohne sowie die Futterleguminosen Luzerne und Klee.

**Werden diese Stellschrauben durch die derzeitige Umsetzung der Eiweißpflanzenstrategie bedient oder muss darüber hinaus etwas getan werden?**

Die ersten bundesweiten Demonstrationsnetzwerke sind auf dem Weg. Wie die weiteren Forschungsprojekte inhaltlich ausgerichtet sind und die oben genannten Aufgaben aufgreifen, werden wir erst im

kommenden Jahr bewerten können, wenn die Projekte bewilligt sind. Besonders stiefmütterlich werden aber bisher die Futterleguminosen behandelt, obwohl gerade sie die größten Ökosystemleistungen für die Gesellschaft und die Bodenfruchtbarkeit erwarten lassen. Bezogen auf die Leguminosenarten kann ich also eine gemischte Bilanz ziehen, inhaltlich ist noch keine Bewertung möglich.

**Halten Sie das Ziel der Eiweißpflanzenstrategie für realistisch, den heimischen Leguminosenanbau so wettbewerbsfähig zu machen, dass Deutschland unabhängiger von Futtermittelimporten wird? Wie viel Zeit wird es brauchen, bis hier erste deutliche Erfolge erkennbar sind?**

Ich denke, wir sollten uns stärker auf das Ziel konzentrieren, durch die Ökosystemleistungen der Leguminosen die Produktivität des gesamten landwirtschaftlichen Anbaus in Deutschland langfristig zu sichern. Sie binden zum Beispiel Luftstickstoff, lockern den Boden auf und mindern die Treibhausgasemissionen. Zusätzlich bieten sie in der menschlichen Ernährung Schutz vor Typ-2-Diabetes oder senken den Blutdruck. Der Zeitraum, bis Erfolge erkennbar sind, hängt stark vom Umfang der öffentlichen Förderung ab. Wenn die Ziele bis 2020 sichtbare Wirkungen haben sollen, müsste die Förderung voraussichtlich verstärkt werden.

Das Gespräch führte **Juliane Mante**.

## Forschungsstrategie zeigt Lücken auf

Das Fachforum Leguminosen der Deutschen Agrarforschungsallianz hat in Zusammenarbeit mit zahlreichen Experten im Vorfeld der BMELV-Eiweißpflanzenstrategie eine Forschungsstrategie Leguminosen entwickelt. Diese zeigt langfristige Forschungsfelder und kurzfristige Aufgabenschwerpunkte auf, die bearbeitet werden müssen, um den Leguminosen zu mehr Wettbewerbsfähigkeit am Markt zu verhelfen. [www.dafa.de](http://www.dafa.de) → Fachforum Leguminosen



## Von der Redaktion für Sie angelesen

### Vielfalt statt Gleichwertigkeit

Von Jan Swoboda

Der Untertitel der Studie „Vielfalt statt Gleichwertigkeit“ sagt deutlich, worum es geht: „Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet“. Die Studie baut auf einer zwischen 2011 und 2013 organisierten Workshop-Reihe auf. Nach einer kurzen Einführung in regionale Disparitäten, demografische Trends und daraus resultierende Probleme geht es hauptsächlich um Energieversorgung und -produktion, Wasserversorgung und -entsorgung, Mobilität sowie Schule, medizinische Versorgung und Nahversorgung. Hinter diesen Infrastrukturen stehen überwiegend langfristige Investitionen und Unterhaltungskosten. Es geht also um Zeithorizonte bis 2030 und darüber hinaus, für die der demografische Wandel weitgehend gesichert prognostiziert wird. Sie werden bei hohen Fixkosten und weniger Nutzern in ihrer aktuellen Auslegung teurer. Deshalb geht es um Alternativen. Die Studie bildet dazu nicht nur den Diskussionsstand ab, den die Teilnehmer eingebracht haben, sondern bündelt die Erkenntnisse aus weiteren Untersuchungen und Statistiken. Stellenweise liest sie sich wie eine Zusammenfassung der Hintergrundpapiere der Agentur für Erneuerbare Energien oder der Informationen zur Raumentwicklung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung – nur einfacher aufbereitet und immer wieder mit Bezug auf die resultierenden Möglichkeiten der Infrastrukturgestaltung. So bekommt man quasi nebenbei Zugang zu weiteren informativen Quellen. Rahmenbedingungen, Statistiken, Prognosen und gelegentlich Projektstrukturen sind in den Kapiteln grafisch aufbereitet und erläutert. Schade, dass die Rolle der Breitbandversorgung nur gestreift wird, dieser Stabilisierungsfaktor kommt zu kurz.

Es gibt aber viele Anregungen und Vorschläge: beispielsweise zur Erfassung der regionalen Situation, für dezentrale Lösungen, zu interkommunalen Kooperationen oder der multimodalen Mobilität und zum fahrenden Klassenzimmer. In einigen Fällen werden strukturabhängige Lösungsvorschläge und Szenarien in Übersichten zusammengefasst. Sicher, viele Ansätze wurden schon mal irgendwo umgesetzt, aber meist als Modellvorhaben. Technische Standards oder solche für die Daseinsvorsorge blockieren häufig die

Übertragbarkeit. Die Studie ist folgerichtig ein Plädoyer für mehr Flexibilität. Die Autoren verweisen immer wieder darauf, dass die Bewertung und die darauf aufbauende Planung fachübergreifend und situationsangepasst stattfinden sollte. Einerseits, um funktionierende Angebote und Unternehmen nicht zu gefährden, andererseits, um nötige Synergien zu schaffen – indem etwa das mittlerweile zu große Schulgebäude durch andere Angebote mitgenutzt und aufgewertet wird. Der völlige Rückzug aus Regionen wird nur als allerletzte Konsequenz diskutiert.

Wer sich rasch in die Versorgungssituation von ländlichen Räumen im demografischen Wandel einlesen will, bekommt in der Studie von Eva Kuhn und Reiner Klingholz die Zusammenhänge und Probleme leicht verständlich serviert. Die Kapitel lassen sich auch gut separat getrennt lesen. Für den ganz eiligen Leser gibt es nach jedem Kapitel ein Fazit, das die wichtigsten Gedankengänge, Beispiele und Lösungsansätze zusammenfasst.



Eva Kuhn, Reiner Klingholz, 2013: Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung / Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) e. V. Potsdam, 76 Seiten. ISBN: 978-3-9814679-6-3  
**Kostenloser Download unter**  
<http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/vielfalt-statt-gleichwertigkeit.html>

### Kleine periphere Städte gemeinsam entwickeln

Von Hans Hercksen

Der Sammelband „Kleine Städte in peripheren Regionen“ knüpft an eine Tagung zum gleichen Thema im Mai 2012 in Duderstadt an. Im Mittelpunkt stehen die besonderen Herausforderungen kleiner Städte in peripheren Regionen sowie ihre Spielräume und Chancen, diese zu bewältigen. Einerseits sind die Städte Bestandteil des ländlichen Raumes, andererseits sind sie aber gerade erst durch ihr Umland als Stadt erfahrbar. In dieser Situation sind sie, angesichts knapper werdender Finanz- und Fördermittel, mehr denn je darauf angewiesen, sich auf eigene Stärken zu besinnen. Wesentliche Bestandteile ihrer Entwicklungsstrategien müssen dabei, wie mehrere Autoren betonen, die Ideen und das Engagement der Bürgerschaft bilden. Große

Bedeutung kommt auch der Einbindung der ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen zu, die meist das wirtschaftliche Rückgrat der peripheren Regionen bilden. Eine besondere Rolle spielen gerade in kleinen Städten die Verflechtungen zwischen den verschiedenen lokalen Netzwerken und ihr Einfluss auf die Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse. Zur Sprache kommt in dem Buch schließlich auch das Entwicklungsprojekt Duderstadt 2020, in dem Wissenschaft und Bürgerschaft gemeinsam Projekte entwickeln, die in eine Stadtentwicklungsstrategie für die niedersächsischen Kleinstadt münden sollen. Dabei können viele der in diesem Sammelband aufgestellten Thesen mit der Realität konfrontiert werden.

Alexandra Engel, Ulrich Harteisen, Anke Kaschlik (Hrsg.), 2012: Kleine Städte in peripheren Regionen. Prozesse, Teilhabe und Handlungsbefähigung. Integriertes Stadtentwicklungsmanagement, Verlag Dorothea Rohn, Detmold 2012, 158 Seiten, ISBN: 978-3-939486-68-8



### ... angebündigt

#### Gemeinsam für den ländlichen Raum

Zum siebten **Zukunftsforum Ländliche Entwicklung** lädt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Experten der ländlichen Entwicklung und die interessierte Öffentlichkeit am **22. und 23. Januar 2014** nach Berlin ein. Gerahmt von der Eröffnungs- und der Abschlussveranstaltung des BMELV bieten 21 Begleitveranstaltungen eine gute Mischung aus Praxisberichten und fachpolitischen wie wissenschaftlichen Diskussionen. So geht es um neue Ansätze der Daseinsvorsorge, die auf die Konsequenzen demografischer Veränderungen Antworten finden, und um die Innenentwicklung von Dörfern. Und immer wieder ist es Thema, wie sich Menschen mit Eigeninitiative und Leidenschaft beteiligen können. Ohne wirtschaftliche Grundlage allerdings haben ländliche Räume keine Zukunft, deshalb dreht sich eine

Veranstaltung auch um die Wertschöpfung in ländlichen Räumen. Aber auch die neue EU-Förderperiode und die Zeit „nach dem Solidaripakt“ werden behandelt. Diese und viele weitere Themen machen auch 2014 den Besuch in Berlin wieder lohnend, zumal neben dem Fachinput das Networking nicht zu kurz kommt, nicht zuletzt auf dem Abendempfang des BMELV am 22. Januar.

**Anmeldeschluss für alle Veranstaltungen des Zukunftsforums ist der 14. Januar 2014.**

Programm und Anmeldung: [www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de](http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de)  
 Informationen zur Begleitveranstaltung „(Wieder) wohnen und einkaufen im Ortskern – gute Ideen für Gemeinde und Region“ auf Seite 8.



Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz



## LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren.  
 Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe \_\_\_\_\_ Exemplare.

Institution \_\_\_\_\_

Vorname/Nachname \_\_\_\_\_

Straße/Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren.

Sie können LandInForm auch im Internet unter [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de) bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung  
 Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
 Deichmanns Aue 29  
 53179 Bonn





Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:

## Rückkehrer in ländliche Räume



Bild: Fotolia / Kzenon

### Termine

Zusammengestellt von Stefan Kämper

17. bis 26. Januar	<b>Hier sind wir – zusammen läuft's besser</b> Gemeinschaftsstand in der Halle 4.2 „Lust aufs Land“, Internationale Grüne Woche 2014 in Berlin <small>Info auf Seite 8</small>	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw</a>	
22. und 23. Januar	<b>Gemeinsam für den ländlichen Raum</b> Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2014 in Berlin <small>Info auf Seite 51</small>	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz <a href="http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de">www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de</a>	
22. Januar	<b>(Wieder) wohnen und einkaufen im Ortskern – gute Ideen für Gemeinde und Region</b> Begleitveranstaltung des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin <small>Info auf Seite 8</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum</a>	
23. Januar	<b>Innenentwicklung im Dorf – Methoden, Mittel, Möglichkeiten</b> Begleitveranstaltung des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin	Agrarsoziale Gesellschaft e.V. <a href="http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de">www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de</a>	
20. und 21. März	<b>Bioenergiedörfer</b> Kongress in Berlin	Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) <a href="http://veranstaltungen.fnr.de/bioenergiedoerfer2014">http://veranstaltungen.fnr.de/bioenergiedoerfer2014</a>	
27. bis 29. Oktober	<b>euregia. Kommunal- und Regionalentwicklung in Europa</b> Fachmesse und Kongress in Leipzig	Messe Leipzig <a href="http://www.euregia-leipzig.de">www.euregia-leipzig.de</a>	

Terminkalender unter: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine)

### Unser Fokuscartoon

Von Mele

